



Wie Wählen ab 16 die Demokratie stärken kann

Strategien und Handlungsansätze

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Oktober 2023

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Sigrid Meinhold-Henschel
Senior Project Manager
Telefon +49 5241 81-81252

s.meinhold-henschel@bertelsmann-stiftung.de
bertelsmann-stiftung.de

© Titelfoto: bearbeitet: © Lisa F. Young - stock.adobe.com

DOI 10.11586/2023073

Wie Wählen ab 16 die Demokratie stärken kann

Strategien und Handlungsansätze

Professor Dr. Roland Roth

Inhalt

Wie Wählen ab 16 die Demokratie stärken kann	3
1 Wählen mit 16: Zur Ausgangslage Anfang 2023	3
2 Ziel und Aufbau der Studie	4
3 Argumente und Maßstäbe für eine demokratisch nachhaltige Wahlbeteiligung junger Menschen	6
3.1 Die Absenkung des Wahlalters auf allen politischen Ebenen in Deutschland ist ein Gebot der Wahlrechtsgleichheit.....	6
3.2 Der Widerstand gegen das Wahlalter 16 setzt eine unbegründete Altersdiskriminierung fort, die es zu überwinden gilt.....	6
3.3 Privilegien und Machtinteressen thematisieren	8
3.4 Der <i>Jugendbonus</i> kann die repräsentative Demokratie stärken und zur Erneuerung parlamentarischer Politik beitragen.....	9
3.5 Das Wahlrecht zur <i>Stärkung junger Bürgerschaft</i> (young citizenship) und als Impuls zum <i>Demokratielernen</i> nutzen	11
3.6 Den <i>Pioniereffekt</i> fördern	13
4 Handlungsfelder und strategische Ansatzpunkte	14
4.1 Eltern als primäre politische Sozialisationsinstanz – der „Nesteffekt“.....	16
4.2 Bildung und Schule.....	17
4.3 Politisches Interesse und politische Selbstwirksamkeit (political efficacy).....	21
4.4 Soziale Einbettung und Peers.....	21
4.5 Vertrauen in repräsentative Politik: politische Parteien, Parlamente und Regierungen.....	22
4.6 Bürgerschaftliches Engagement.....	24
4.7 Ausweitung des politischen Handlungsrepertoires	26
4.8 Digitale Medien.....	27
4.9 Angebots- und Nachfragestrategien, Kampagnen.....	28

5	Ausgewählte Initiativen und Projekte.....	34
5.1	„Jugendbeben“	34
5.2	Brand New Bundestag.....	35
5.3	Parlamentarische Formate verstärken und nutzen.....	36
5.4	STEM’RNE – Die Stimmen.....	37
5.5	Wahlscouts	38
5.6	Demokratie-Wagen.....	39
5.7	„Vote16 – Wahlrecht ab 16 in Bayern“	41
6	Zusammenfassung.....	42
7	Empfehlungen in Kurzfassung	44
7.1	Ziele und „Framing“ von Initiativen und Mobilisierungen	44
7.2	Handlungsfelder und strategische Ansatzpunkte	44
8	Literatur	49
9	Endnoten	59

1 Wählen mit 16: Zur Ausgangslage Anfang 2023

Weltweit gibt es verstärkte Bestrebungen, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. In Europa ist Österreich bereits 2007 zum Vorreiter dieser Entwicklung geworden. Vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene haben sich zahlreiche Länder angeschlossen. Auch in Deutschland sind einige Weichen in diese Richtung gestellt. Zuletzt hat der Bundestag eine entsprechende Senkung des Wahlalters für die kommenden Europawahlen beschlossen, mit Mecklenburg-Vorpommern hat das sechste Bundesland jungen Menschen ab 16 Jahren die Beteiligung an Landtagswahlen ermöglicht, auf kommunaler Ebene ist dies bereits in elf Ländern der Fall. Lediglich in fünf Bundesländern gilt das Wahlalter 18 für alle landesweiten Wahlen. In weiteren Ländern, vor allem in Nordrhein-Westfalen und Berlin, sowie auf Bundesebene gibt es Koalitionsaussagen für die Senkung des Wahlalters, deren Umsetzung noch aussteht.

Allerdings zeigen aktuelle Debatten und Abstimmungen in den Landtagen von Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saarland, dass der Trend in Richtung Wahlalter 16 auch hierzulande, wie in anderen westlichen Demokratien, kein Selbstläufer ist und weiterhin mit politischen Widerständen gerechnet werden muss. Die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag für eine Senkung des Wahlalters auf Bundesebene zeichnet sich gegenwärtig nicht ab. Es ist also auf absehbare Zeit bei diesem Thema ein föderaler Flickenteppich zu erwarten. Für junge Menschen im Alter von 16 bis 17 Jahren bedeutet dies nach jetzigem Stand, dass sie bei den kommenden Europawahlen wählen dürfen, bei den Bundestagswahlen allerdings nicht und dann wieder, je nach Bundesland, bei den Landtags- und/oder Kommunalwahlen – oder auch nicht. Das heißt, sie sehen sich mit einem „temporären Wahlrechtsverlust“ konfrontiert (Faas und Leininger 2022; Leininger et al. 2022).

Dieser Zustand ist nicht nur wegen seiner Uneinheitlichkeit eine Zumutung. Er verdeutlicht auch, dass es weiterer Anstrengungen bedarf, um die Senkung des Wahlalters voranzubringen. Dazu können gute Begründungen und öffentliche Debatten ebenso beitragen wie Initiativen von Jugendlichen und ihren Unterstützer:innen. Zurzeit fehlt es in Deutschland (noch) an einer starken politischen und sozialen Bewegung für das Wahlalter 16. Das gilt vor allem für die „Betroffenen“ selbst, das heißt, es fehlt an einer breiten Mobilisierung junger Menschen für ihr Wahlrecht, auch wenn sich Kinder- und Jugendverbände verstärkt zu Wort melden. Die Zahl der zivilgesellschaftlichen Initiativen nimmt ebenfalls insgesamt zu, das Interesse an ausländischen Erfahrungen und Vorbildern wächst und auch im parlamentarischen Raum erfährt die Absenkung des Wahlalters zunehmende Unterstützung.

Mit Wählen ab 16 sind unterschiedliche Herausforderungen verbunden:

Erstens geht es um die generelle Umsetzung dieser Senkung des Wahlalters. Trotz der benannten nationalen und internationalen Ansätze ist dieser Prozess weder selbstverständlich noch unaufhaltsam. Hier bedarf es – traditionell gesprochen – weiterer Überzeugungsarbeit, guter Beispiele und breiter politischer und gesellschaftlicher Koalitionen und Mobilisierungen.

Zweitens soll die Einführung des gesenkten Wahlalters ein Erfolg werden. Es geht in erster Linie darum, dass die neuen Jungwähler:innen ihr Wahlrecht auch nutzen. Dies scheint nach dem vielfach

beschriebenen Pioniereffekt (auch First-Time Boost) keine allzu große Herausforderung. 16- und 17-Jährige nutzen in der Regel ihr neu gewährtes Wahlrecht stärker als die nachfolgende Altersgruppe, die bereits seit fünfzig Jahren über das Recht zu wählen verfügt. Nach einem negativen Trend scheint aktuell die Wahlbeteiligung junger Menschen wieder zu steigen, wie die letzte Bundestagswahl gezeigt hat.¹ Ob der erste Impuls durch das gesenkte Wahlalter längerfristige Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung hat, scheint jedoch, wie das Beispiel Österreich zeigt (Kritzinger/Wagner 2023), eher ungewiss.

Drittens soll die Senkung des Wahlalters ein Beitrag werden, um die demokratische Qualität der politischen Kultur unseres Landes zu stärken. Hier dürften die größten Herausforderungen liegen. Für die jungen Menschen selbst, die erstmals wählen dürfen, kann zweifellos von einem demokratischen Zugewinn gesprochen werden. Aber wird diese erste Begegnung mit der Wahlurne eine dauerhafte Beziehung begründen, wie dies für viele der älteren Wähler:innen im Sinne einer selbst empfundenen „Wahlpflicht“ einmal der Fall war? Verstärkt das Wahlrecht für eine Altersgruppe, deren Alltag vor allem durch Familie, Schule und Peers geprägt ist, nicht notwendig die politische Ungleichheit, wenn politikferne und wahlabstinente Herkunftsmilieus ungebrochen wirksam werden? Wie kann Wählen für die neuen Erstwähler:innen zu einer demokratischen Wirksamkeitserfahrung werden, wenn ihre Altersgruppe demografisch klein ist und bislang keine besondere politische Aufmerksamkeit in Wahlkämpfen und Parteiprogrammen erfahren hat? Werden die Jugendlichen in der Lage sein, durch die Beteiligung an Wahlen ihrer eigenen politischen Agenda stärkeres Gewicht zu verschaffen?²

2 Ziel und Aufbau der Studie

In diesem Kontext ist es das Ziel dieser Studie, Begründungen und Maßstäbe für eine erfolgreiche Senkung des Wahlalters zu überprüfen sowie mögliche strategische Ansatzpunkte und Handlungsfelder für zivilgesellschaftliche Akteure aufzuzeigen. Normativer Ausgangspunkt ist dabei die Stärkung repräsentativer Demokratie. Es kann nicht darum gehen, junge Menschen – mit welchen Mitteln auch immer – an die Wahlurnen zu bringen. Wahlen stehen zwar im Zentrum westlicher Demokratien, aber wie historische Beispiele und aktuelle Erfahrungen zeigen, können sie auch zum Mittel ihrer Zerstörung werden. Der Aufstieg neuer antidemokratischer Parteien und die autoritäre Rückbildung etablierter politischer Kräfte finden auch über den Wahlschein statt.

Es geht somit um demokratisches Wählen. Ziel ist nicht nur der faire Zugang zum Wahlzettel, sondern auch sein verantwortlicher und demokratischer Gebrauch. Dies schließt die Orientierung an den Grundnormen demokratischer Wahl ein (wie etwa das Mehrheitsprinzip, die Akzeptanz von Niederlagen und Regierungswechseln, Minderheitenschutz, politische Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit etc.). Ausgeschlossen sind dagegen politische Überwältigungsstrategien und ein rein instrumentelles Vorgehen zur Steigerung der Wahlbereitschaft.

Schließlich geht es mittelfristig darum, dass Wählen zu einem festen und bedeutsamen Bestandteil im demokratischen Handlungsrepertoire junger Bürger:innen wird. Diese demokratiepolitische Perspektive sollte auch die zentrale Begründung für die Senkung des Wahlalters sein.

Nach allem, was wir über das politische Interesse, die Informiertheit und Urteilskraft junger Menschen wissen, unterscheiden sich 16- und 17-Jährige nicht grundlegend von den bereits seit einem halben Jahrhundert wahlberechtigten 18-Jährigen. Das gängige Argument der „Reife“ hat ausgedient. Die längst überfällige Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre beendet eine nicht zu rechtfertigende altersbezogene Diskriminierung junger Menschen. Deren Beseitigung ist eine notwendige Voraussetzung, um weitergehende demokratiepolitische Ziele erreichen zu können. Es ist jedoch sinnvoll, Mobilisierungen für eine Wahlrechtsreform mit demokratischen Standards zu verknüpfen und so als Beitrag zur politischen Kultur in einer Zeit zu verstehen, die durch antidemokratische Kräfte herausgefordert wird.

Einigen eher allgemeinen Überlegungen zu zentralen Handlungsfeldern und strategischen Ansatzpunkten folgen konkrete und spezifische Vorschläge. Ihre Reihenfolge ist nicht nach Wirkungen oder Erfolgserwartungen sortiert.

Die strategischen Hinweise und möglichen Wege zur Verankerung des Wahlalters 16, die den Hauptteil dieser Studie ausmachen, stützen sich auf mehrere Quellen:

- Für die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Wahlbeteiligung hat die Wahlforschung einige generelle Faktoren identifiziert, auf die politische Strategien Einfluss nehmen können.
- Zudem liegen Erfahrungen mit Wahlrechtssenkungen in einigen Bundesländern und aus dem benachbarten Ausland mit vergleichbaren politischen Verhältnissen vor.
- Wahlsysteme, Wahlrecht und Wahlbereitschaft sind jedoch tief in nationale und regionale politische Kulturen eingebettet. Dies setzt strategischen Übernahmen Grenzen. Was in anderen Ländern funktioniert hat, muss nicht für Deutschland passen. Die jeweils genutzten Kampagnen und Mittel sind stark kontext- und zeitabhängig. Was zu Beginn des letzten Jahrzehnts im ländlichen Norwegen erfolgreich war, fällt möglicherweise aktuell an anderen Orten durch. Das kann angesichts höchst unterschiedlicher Bildungssysteme und politischer Partizipationsniveaus in der Europäischen Union nicht verwundern (vgl. Kitanova 2019). Das Gleiche gilt für die Alterslücke bei Wahlen, die in Schweden nur sehr gering ausgeprägt ist, während sie in den USA fast 40 Prozent beträgt. Die Bundesrepublik Deutschland liegt im Mittelfeld.³ Dennoch werden in diesem Text auch vielversprechende strategische Handlungsansätze aus dem Ausland vorgestellt.

Wählen ist nur auf den ersten Blick eine einfache Sache. Zu vielen der strategischen Ansatzpunkte und Handlungsfelder liegen widersprüchliche Befunde vor. Hinzu kommen wissenschaftliche Zweifel und Fragezeichen, die bei strategischen Überlegungen oder politischen Initiativen eher stören und die Handlungsbereitschaft beeinträchtigen könnten. Die folgende, stark handlungsorientierte Darstellung geht daher sparsam mit wissenschaftlich begründeten Vorbehalten und Quellen um. Sie sind meist in den Endnoten zu finden.

3 Argumente und Maßstäbe für eine demokratisch nachhaltige Wahlbeteiligung junger Menschen

3.1 Die Absenkung des Wahlalters auf allen politischen Ebenen in Deutschland ist ein Gebot der Wahrgleichheit

Der selektive Ausschluss Minderjähriger vom Wahlrecht innerhalb eines Staatsgebiets verletzt die demokratische Basisnorm der politischen Gleichheit. Das Wahlrecht sollte zumindest innerhalb eines Staatsgebiets keine Frage des Wohnorts sein. Es wäre zu überprüfen, ob der aktuelle Flickenteppich zumindest auf Landesebene gegen das fundamentale Prinzip der Wahrgleichheit verstößt.⁴ Während 16- und 17-Jährige in einer Reihe von Bundesländern über ihre politische Vertretung in der Länderkammer mitentscheiden, trifft dies in Ländern mit Wahlalter 18 nicht zu. Sie sind deshalb wahlrechtlich schlechter gestellt, wenn es um den Einfluss auf zustimmungspflichtige Gesetze im Bundesrat geht.

Die uneinheitlichen Chancen zur Wahlbeteiligung auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen verfestigen zudem den Eindruck einer Hierarchie von „wichtigen“ und „weniger wichtigen“ Wahlen, die sachlich – etwa mit Blick auf die Lebenswelt von jungen Menschen – nur schwer zu begründen ist. Erinnerung sei nur an die zentrale Bedeutung der wesentlich von den Bundesländern zu verantwortenden Bildungspolitik für den Alltag junger Menschen oder das Gewicht der lokalen Ebene bei der Ausgestaltung der Jugendpolitik. Zudem ist die unterschiedliche Gewichtung von Wahlen geeignet, die föderale Verfassung des politischen Gemeinwesens zu beschädigen.

3.2 Der Widerstand gegen das Wahlalter 16 setzt eine unbegründete Altersdiskriminierung fort, die es zu überwinden gilt

Gesetzliche Diskriminierungen entlang des kalendarischen Alters sind prinzipiell möglich, bedürfen aber einer überzeugenden Begründung. Dies können vor allem Schutzinteressen der Betroffenen sein. Bei 16- und 17-Jährigen dürfte es heute schwierig sein, mit dem „Schonraum Kindheit“ zu argumentieren. Auch die im Grundgesetz noch gegebene Bindung an das Volljährigkeitsalter 18 steht nach den grundlegenden Einlassungen des Bundesverfassungsgerichts im Lissabon-Urteil zum Wahlrecht auf europäischer Ebene zur Debatte: „Der Anspruch auf freie und gleiche Teilhabe an der öffentlichen Gewalt ist in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG) verankert“. Dies schließt junge Menschen unter 18 Jahren selbstverständlich ein. Nicht die Senkung des Wahlalters ist aus dieser verfassungsrechtlichen Sicht begründungsbedürftig, sondern dessen Beibehaltung. Nationale Traditionen im Wahrausschluss von Minderjährigen bieten aus der Perspektive des Bundesverfassungsgerichts ebenfalls keine hinreichenden Legitimationsgründe: „Traditionalität ist kein von der Verfassung legitimer Grund“ (vgl. von Rochow 2019). Dies sind zumindest Anzeichen, dass einer Senkung des Wahlalters durch den Bundestag keine verfassungsrechtlichen Bedenken entgegenstehen (vgl. Ziekow 2021; Heußner 2022).

Keinen Bestand dürften auch populäre entwicklungspsychologische Begründungen haben. Über viele Jahre dominierte die Idee der „politischen Reife“ und Einsichtsfähigkeit die

Auseinandersetzung über das angemessene Wahlalter. Jungen Menschen wurde sie von den Verteidigern des Status quo mit Hinweisen auf fehlende Lebenserfahrung, selbstständige Lebensführung, politisches Interesse oder Wissen und fehlende Urteilskraft mehr oder weniger pauschal abgesprochen. Ein Großteil der Beiträge für eine Wahlalter-Senkung konzentrierte sich deshalb auf den Nachweis, dass die 16- bis 17-Jährigen sehr wohl über die nötige „politische Reife“ verfügen und zumindest keine signifikanten Unterschiede zu älteren Jugendlichen bestehen. Die aus verschiedenen Wissensgebieten beigesteuerten Argumente sind erdrückend (vgl. DKHW 2016; FÖV 2022).

Bereits mit Schuleintritt verfügen Kinder in der Regel über politische Kenntnisse und ein grundlegendes Moral- und Normenverständnis. Die Grundschulforschung sieht sie auf dem „Pfad demokratischer Bürger:innentugenden“ (Abendschön et al. 2017) und fordert mehr unterstützende politisch-demokratische Bildung, denn offensichtlich leben heute auch Kinder nicht in einer politikfreien Welt (Abendschön 2022: 655f.).

Es kann daher nicht verwundern, dass sich der Bundesjugendring, der Kinderschutzbund und das Deutsche Kinderhilfswerk bereits vor Jahren für ein Wahlalter 14 ausgesprochen haben. Der prominente Jugendforscher Klaus Hurrelmann fordert sogar eine Absenkung auf zwölf Jahre. Weitergehende Vorschläge für ein Elternwahlrecht, ein Wahlrecht von Geburt an bzw. den generellen Verzicht auf jegliche Altersgrenzen werden zwar mit bedenkenswerten Argumenten vorgebracht (vgl. Schmidt 2013; Wall 2022), aber nach allen Erfahrungen sind derart weitreichende Reformen auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Der behutsame Schritt von 18 auf 16 Jahre scheint dagegen gesellschaftlich mehrheitsfähig.

Hinzu kommt eine wachsende Zahl von empirischen Studien, die sich mit den Folgen der Wahlalter-Senkung in anderen Staaten (allen voran in Österreich seit 2008) und in den deutschen Bundesländern befassen (vgl. Vehrkamp et al. 2015; Eichhorn/Bergh 2020; Eichhorn/Hübner 2022). Auch wenn die Ergebnisse im Detail variieren, ist die gemeinsame Richtung der Befunde unübersehbar: Bereits vollzogene Senkungen des Wahlalters auf 16 Jahre bieten keine wissenschaftlich gestützten Argumente, um dieser Altersgruppe das Wahlrecht pauschal abzusprechen.

Konservative Befürchtungen, bei der Wahlaltersenkung handele es sich um eine „schiefe Ebene“, bei der es letztlich keinen Halt mehr für weitere Senkungen gäbe, finden in diesem Kontext keine empirische Bestätigung. Jüngste Erfahrungen mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre sprechen dafür, dass weitergehende Schritte auch bei jenen jungen Menschen zurzeit nicht populär sind, die bereits heute als 16- und 17-Jährige wahlberechtigt sind (vgl. Faas/Leininger 2023).

Auch die Bindung des Wahlalters an die Volljährigkeit kann nicht überzeugen. Schon die letzte Senkung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre wurde 1972 drei Jahre vor der Neufestlegung des Volljährigkeitsalters (1975) vorgenommen. Schließlich geht es um ein Nebeneinander von Selbstbestimmungs-, Straf-, Schutz- und politischen Gestaltungsrechten, für die schon heute mit durchaus nachvollziehbaren Argumenten unterschiedliche Altersbestimmungen gelten, die teilweise unter, teilweise über dem zurzeit geltenden Volljährigkeitsalter von 18 Jahren liegen. Wer sich für das Wahlalter 16 einsetzt, muss nicht gleichzeitig für die Abschaffung des Jugendstrafrechts oder einen Militärdienst ab 16 Jahren sein, wie dies von konservativer Seite gern nahegelegt wird (vgl. Silbaugh 2020). Vielmehr sind altersspezifische Regelungen jeweils für das konkrete Handlungsfeld entlang der sich entwickelnden Fähigkeiten junger Menschen zu begründen. Einschränkungen in der

Geschäftsfähigkeit sind kein Argument gegen die Ausweitung politischer Rechte für junge Menschen. Mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 hat sich die Bundesrepublik Deutschland ohnehin verpflichtet, auch unter 18-jährige junge Menschen zu allen sie betreffenden Angelegenheiten zu hören und ihre Stimmen angemessen zu berücksichtigen (Artikel 12). Wahlalter 16 kann ein Schritt auf dem Weg zur Umsetzung dieses gesetzlichen Auftrags sein.

Angesichts dieser Forschungslage sollte in der Mobilisierung für das Wahlalter 16 ein sich bereits abzeichnender Diskurswandel verstärkt genutzt werden: Nicht die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist begründungsbedürftig, sondern das Festhalten am Wahlalter 18 (so in der Tendenz schon Vehrkamp et al. 2015). Der Oberste Gerichtshof in Neuseeland hat am 21.11.2022 in einem wegweisenden Urteil diese Beweislastumkehr eingefordert. In der Auseinandersetzung mit einer Kampagne von Jugendlichen für die Senkung des Wahlalters⁵ kommt das Gericht zu dem Schluss, „dass das derzeitige Wahlalter von 18 Jahren ‚diskriminierend‘ sei und die Rechte junger Menschen verletze“ (Barkhausen 2022). Wahlalter 16 richtet sich damit auch gegen einen verbreiteten Adultismus, der junge Menschen nicht als gleichberechtigte politische Akteure akzeptiert – besonders dann nicht, wenn sie eigene politische Forderungen erheben (Liebel/Meade 2023: 286).

Die strategischen Vorteile einer stärkeren Gewichtung des Antidiskriminierungsarguments in der Mobilisierung für die Senkung des Wahlalters liegen auf der Hand:

- Aufgrund der Beweislastumkehr sind nun die Verfechter:innen des Status quo genötigt, überzeugende Argumente für dessen Beibehaltung vorzubringen. Bloßer Machterhalt ist in Demokratien keine allgemein akzeptierte Begründung.
- Ob und wie die Altersgruppe der 16- und 17-Jährigen ihr Wahlrecht nutzen wird, spielt für dessen Ausweitung keine maßgebliche Rolle. Vielmehr geht es um ein bislang vorenthaltenes politisches Bürgerrecht.
- Auf mittlere und längere Sicht kann das Wahlalter 16 dazu beitragen, die diskriminierend geringe Präsenz jüngerer Menschen auf Wahlzetteln, in Parteien, Parlamenten und Regierungen abzubauen.
- Auch vermutete oder erhoffte Systemeffekte sind für diese Argumentation unerheblich. Die neuen Jungwähler:innen müssen weder die Demokratie retten, noch droht durch sie deren Untergang.
- Antidiskriminierung ist ein national wie international anschlussfähiger und verstärkt genutzter Interpretationsrahmen (Kober 2023), wie zuletzt die Mobilisierungen von „Me Too“ und „Black Lives Matter“ gezeigt haben.

3.3 Privilegien und Machtinteressen thematisieren

Auch wenn die Gründe für die Beibehaltung des Wahlalters 18 aus wissenschaftlicher und verfassungspolitischer Sicht wenig stichhaltig sind, wäre es unangemessen, in dieser politischen Auseinandersetzung allein auf die Kraft wissenschaftlicher Argumente zu vertrauen. In den Debatten über die Ausweitung des Wahlrechts spielen – neben Ressentiments und Adultismus – stets auch machtpolitische Motive eine Rolle, die in der Regel nicht öffentlich verhandelt werden. Wie

das Beispiel der Auseinandersetzung um das Wahlrecht für zugewanderte Menschen ohne deutschen Pass gezeigt hat (vgl. Kösemen 2014), geht es dabei auch um eine ganze Reihe politischer Kalküle. Zunächst sind die (vermuteten) parteipolitischen Präferenzen der potenziellen neuen Wähler:innengruppe von Belang. Von jugendlichen Wähler:innen wird beispielsweise oft erwartet, dass sie das linke bzw. progressive politische Spektrum stärker unterstützen. Um die möglichen Neuwähler:innen anzusprechen, ist es zudem wahlstrategisch sinnvoll, diese Zielgruppe bei der Kandidat:innenauswahl innerhalb der Parteien stärker zu berücksichtigen. Damit sinken für einige der etablierten Kräfte potentiell die Chancen einer Wiederwahl. Auch innerhalb der politischen Parteien ist durch die jugendlichen Newcomer mit einer verstärkten Konkurrenz um die Schwerpunkte der politischen Agenda sowie um Macht und Einfluss auf allen organisatorischen Ebenen zu rechnen.

Einige dieser verdeckten Argumente für die Beibehaltung des Status quo können in der Regel leichter überwunden werden, wenn es entweder eine breite proaktive gesellschaftliche Bewegung bzw. Stimmungslage gibt, keine nennenswerten Verschiebungen in den Wahlpräferenzen erwartet werden oder die Gruppe der potenziellen Neuwähler:innen insgesamt zu klein ist, um wahlpolitisch einflussreich zu werden.

3.4 Der Jugendbonus kann die repräsentative Demokratie stärken und zur Erneuerung parlamentarischer Politik beitragen

Wenn der Anteil der Wahlberechtigten in der Bevölkerung ausgeweitet wird, kann die Attraktivität und Legitimation von Wahlen sowie der repräsentativen Demokratie insgesamt gestärkt werden. Die Geschichte der westlichen Demokratien lässt sich auch als eine der Ausweitung des Wahlrechts auf bis dahin ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen lesen. Junge Menschen erhalten durch das Wahlrecht, zumindest mit Blick auf ihre politischen Rechte, nicht nur die volle Bürgerschaft, sondern verbessern damit die Chance, ihre Interessen und Wünsche in den politischen Prozess einbringen zu können. Mit der verbesserten Berücksichtigung der nachwachsenden Generation bei politischen Entscheidungen wird die Gesellschaft insgesamt zukunftsfähiger. Die 16- und 17-Jährigen können – bei entsprechenden Informationen und durch passgenaue politische Bildungsangebote – nicht nur für eine einmalige kompetente Wahlbeteiligung gewonnen werden. Diese frühe Erfahrung als Erstwähler:in kann auch ihre künftige Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, positiv beeinflussen.

Es geht bei der Senkung des Wahlalters somit nicht um eine politische Marginalie – vielmehr ist mit weiterreichenden Effekten zu rechnen. Die repräsentative Demokratie wird durch die Ausweitung des Wahlrechts auf jüngere Menschen gestärkt, sie wird repräsentativer, inklusiver und responsiver. Zudem kann die frühere Wahlberechtigung dazu beitragen, die vielfach beklagte Alterslücke zwischen Jungwähler:innen und den älteren Generationen zu schließen. Die 16- und 17-Jährigen werden so zu strategisch besonders wichtigen Hoffnungsträgern für eine resiliente repräsentative Demokratie.

Gerade für Gruppen, die bislang kein Wahlrecht hatten, ist die Chance, sich an Wahlen beteiligen zu können, ein wichtiger Schritt zur politischen Sichtbarkeit und Anerkennung. Angesichts vielfältiger realer Barrieren und Ausgrenzungen ist dieser politische Inklusionsprozess allerdings noch lange nicht abgeschlossen, wenn rechtliche Diskriminierungen überwunden worden sind, wie nicht zuletzt am Beispiel des Frauenwahlrechts deutlich wird (Tatar/Apateanu 2019).

Die Forschungsliteratur rät jedoch zur Vorsicht gegenüber allzu großen demokratiepolitischen Erwartungen. In der Mehrzahl der westlichen Demokratien, auch in Deutschland, sind Jugendliche zu einer gesellschaftlichen Minderheit geworden. Schon numerisch ist es unwahrscheinlich, dass ihre Wählerstimmen ausreichen, um vorhandene Trends zu konterkarieren. Selbst wenn die Ergebnisse von Probewahlen der noch nicht Wahlberechtigten mitgezählt würden, ist es eher unwahrscheinlich, dass es zu größeren Veränderungen in der Zusammensetzung von Parlamenten kommt. Nicht die „Rettung“ der repräsentativen Demokratie, sondern mehr demokratische Gleichheit und elektorale Fairness sollten deshalb im Zentrum von Wahlkampagnen für junge Erstwähler:innen stehen.

Zudem ist es gar nicht so einfach, praktische Hebel zu finden, die nicht nur kurzfristig für eine Wahl mobilisieren, sondern dazu beitragen, dass Wählen zu einem festen Bestandteil im demokratischen Handlungsrepertoire von Bürger:innen wird. Zahlreiche Umbrüche in der repräsentativen Politik der letzten Jahrzehnte – bis hin zum Zerfall etablierter Parteiensysteme wie in Italien oder Frankreich – verbieten im Grunde Hochrechnungen mit Blick auf die künftige Wahlbeteiligung der Neuwähler:innen von heute und deren Effekte. Sicher scheint zurzeit nur, dass es weiterhin zu erheblichen Veränderungen in den Rahmenbedingungen parlamentarischer Politik kommen wird. Dies ist auch die Botschaft von drei Jahren Pandemie, die weltweit autoritäre Tendenzen verstärkt und viele Demokratien unter Druck gesetzt hat.⁶

Zum demokratiepolitischen Realismus gehören aber auch Aktivposten der politischen Kultur, die wesentlich von jungen Menschen initiiert und vorangebracht worden sind. Ein Blick auf das zurückliegende Jahrzehnt zeigt gerade auch im Feld elektoraler Politik zahlreiche Bewegungen, mit denen es politischen Unternehmern und „neuen“ Parteien (wie Obama in den USA, Macron mit „En Marche“ in Frankreich, Cinque Stelle in Italien, Podemos und M15 in Spanien oder den „Piraten“ und Bündnisgrünen in Deutschland) zumindest vorübergehend gelungen ist, sich ein junges Image zu geben und vergleichsweise erfolgreich eine junge Wählerschaft anzusprechen.

Durch die Ausweitung der jungen Wählerschaft kann auch künftig mit einem verstärkten „Jugendbonus-Effekt“ gerechnet werden. Die junge Wählerschaft gibt neuen Parteien überproportional eine Chance und sorgt so für institutionellen Wandel, wie eine international vergleichende Studie für den Zeitraum von 1948 bis 2019 in 21 Ländern zeigt (Rekker 2022). Allerdings wirkt dieser „Jugendbonus-Effekt“⁷ nicht nur in eine politische Richtung, sondern streut über das gesamte politische Spektrum (Rekker 2022: 10). Mit ihrem innovativen Wahlverhalten beeinflussen Jungwähler:innen auch die ältere Wählerschaft, die sie zudem allmählich ersetzen, und sie tragen so maßgeblich zum Wandel des Parteiengefüges bei. Die politisch ambivalenten Folgen verdeutlicht das Beispiel Österreichs: Als erstes Land der Europäischen Union verabschiedete unser Nachbarland bereits 2007 eine Senkung des Wahlalters auf Bundesebene. Die Konsequenzen dieser Reform waren nicht politisch neutral, sondern gingen zu Lasten der Parteien der politischen Mitte (SPÖ und ÖVP), die den Reformimpuls ursprünglich gegeben hatten (Bronner/Ifkovits 2019: 1). FPÖ und

Grüne profitierten weit stärker als die Parteien der Mitte. Ob es sich um längerfristige Wählerbindungen handelt, ist jedoch offen.

Der Jugendbonus-Effekt im Parteiengefüge belegt zudem, dass von einer allgemeinen Politikverdrossenheit junger Menschen keine Rede sein kann, auch wenn sie mit dem konventionellen Politikbetrieb unzufrieden sind. Sie verändern das Parteiengefüge, wie in Deutschland am Beispiel der Bündnisgrünen zu beobachten ist. Noch stärker dürfte allerdings ihr Einfluss auf den vormals unkonventionellen Bereich der Politik sein. Das gilt vor allem für das Engagement in Initiativen, Protesten und sozialen Bewegungen.⁸

Wenn es um das politische Interesse und Engagement der jüngeren Generationen geht, wird oft übersehen, dass sie bereits in den vergangenen Jahrzehnten wichtige Promotoren einer beachtlichen politischen Repertoire-Erweiterung gewesen sind. Vormals „unkonventionelle“ Formen der Beteiligung, wie Demonstrieren oder politischer Konsum, gehören heute zum „normalen“ politischen Handlungsrepertoire – auch der Erwachsenen. Konventionelle Erhebungen zum politischen Interesse blenden dieses erweiterte Politikverständnis oft aus.

3.5 Das Wahlrecht zur *Stärkung junger Bürgerschaft* (young citizenship) und als Impuls zum *Demokratielernen* nutzen

Das Wahlrecht ist das zentrale Element der politischen Bürgerrechte (political citizenship) in repräsentativen Demokratien. Die Wahrnehmung und verantwortliche Nutzung dieses Bürgerrechts ist ein lebenslanger Lernprozess. Die Chance, daran teilzuhaben, sollte jungen Menschen deshalb möglichst früh eröffnet werden. Dabei gilt es, das für die Verwirklichung der Kinder- und Jugendrechte maßgebliche Prinzip der „evolving capacities“ (sich entwickelnden Fähigkeiten) zu beachten. Danach geht es nicht um starre Altersgrenzen oder einmal fixierte, abprüfbare Kompetenzen, sondern um eine ermöglichende und experimentelle Grundhaltung, die von dem Vertrauen geprägt ist, dass wesentliche Kompetenzen im Beteiligungsprozess selbst gelernt werden können, wenn dieser entsprechend ausgestaltet wird. Dass zum Beispiel Vorschulkinder die Qualität ihrer Kita bewerten und den Alltag in ihrer Einrichtung zum Nutzen aller Beteiligten praktisch mitgestalten können, ist eine Erfahrung in Reformprozessen der letzten Jahrzehnte, die sich erst noch herumsprechen muss. Auch bei der Einführung des Wahlalters 16 geht es um die Förderung dieser evolving capacities, also um die Ermöglichung von Lernprozessen durch die Ausweitung von Rechten und eine Ausgestaltung angemessener Rahmenbedingungen.

Junge Menschen unter 18 Jahren sind darauf rechtlich gut vorbereitet. Sie verfügen bereits seit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland 1992 über wichtige politische Rechte (wie das Recht auf Partizipation, die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, siehe UN-KRK Art. 12-15). Teilweise haben diese Rechte schon in Einzelgesetzen von Bund und Ländern Eingang gefunden und werden intensiv genutzt. Gerade in Zeiten, in denen Jugendliche verstärkt auf die Straße gehen, um auf ihre Interessen und Sorgen aufmerksam zu machen, wird die noch bestehende Wahlrechtslücke im Kanon der politischen Bürgerrechte junger Menschen schmerzlich spürbar (vgl. Bessant 2020).

Auch wenn der Wahlakt selbst individuell vollzogen wird, sind Wahlen insgesamt als ein hervorgehobenes und bedeutsames soziales Ereignis zu verstehen. Sie sind wichtiger Impulsgeber für die politische Meinungsbildung und öffentliche Debatten. Wahlen gehen einher mit verstärkter politischer Aufmerksamkeit und politischen Diskussionen in Familien, Freundeskreisen und Einrichtungen. Eine Befragung zur letzten Bundestagswahl von 2021 macht deutlich, in welchem Ausmaß dies auch aktuell der Fall ist. Von den befragten 16- bis 29-Jährigen äußerten 54 Prozent (sehr) starkes Interesse am Wahlkampf, 79 Prozent (sehr) starkes Interesse am Wahlausgang und 91 Prozent haben vor der Wahl mindestens einmal pro Woche mit Freunden oder in der Familie Gespräche über Politik geführt (FES/dIpart 2022: 17).

Diese Erfahrung wird jungen Menschen ohne Wahlrecht weitgehend vorenthalten – zumindest fehlt dieser kommunikativen Praxis ohne die Chance auf Wahlbeteiligung der Ernstcharakter.

Das Wahlrecht wird von vielen jungen (aber auch älteren) Menschen als Impuls für verstärktes politisches Interesse⁹ und die Wahlbeteiligung als Ausgangspunkt für politisches Erfahrungslernen erlebt. Die Forschungsergebnisse zu diesen Annahmen sind zwar widersprüchlich, aber in der Tendenz eher unterstützend. Eine britische Studie sieht erhebliche Unterschiede in der politischen Reife der 16- bis 17-Jährigen im Vergleich mit den 18- und 19-Jährigen, während eine österreichische Studie keine Unterschiede zwischen beiden Altersgruppen feststellen kann. Diesem Befund widerspricht eine Studie über die norwegischen Kommunalwahlen von 2011, als nur in einigen Kommunen das Wahlalter gesenkt wurde, in anderen aber nicht – die Unterschiede zwischen beiden Altersgruppen waren allerdings eher gering (Bergh 2013: 99). Letztlich beantwortet die Studie zum Kommunalwahlexperiment in Norwegen nicht die Frage nach den Lernchancen, die mit einer Senkung des Wahlalters verbunden sind. Bei Probewahlen („mock voting“) im Herbst 2018 in der Stadt Ghent (Belgien), begleitet von einer umfangreichen Befragung der 15- bis 20-jährigen Ghen-ter:innen sowie eine Befragung ihrer Eltern, konnten keine Unterschiede im „proximity voting“ bzw. „congruent voting“ (Übereinstimmung zwischen den eigenen politischen Präferenzen mit denen der gewählten Partei)¹⁰ zwischen adolescenten und erwachsenen Wähler:innen festgestellt werden. Die 16-Jährigen schnitten dabei nicht schlechter oder besser ab als ihre Eltern (Stiers et al. 2020: 10). Dies gilt auch für sozioökonomische Unterschiede bei der Fähigkeit zum „congruent voting“.

Die unterschiedlichen Fallstudienresultate aus verschiedenen europäischen Ländern und Kontexten lassen nicht nur einen Mangel an systematischer vergleichender Forschung erkennen. Sie können auch als Auftrag etwa an die politische Bildung verstanden werden, die Fähigkeit zum informierten und „kongruenten“ Wählen durch entsprechende Angebote zu fördern. Gleichzeitig ist kongruentes Wählen auch davon abhängig, ob die Gewählten und die von ihnen gebildeten Regierungen sich ihren eigenen Wahlaussagen entsprechend verhalten. Wo dies dauerhaft oder häufiger nicht der Fall ist, wird kongruentes Wählen zur Fiktion und die demokratische Qualität von Wahlen insgesamt beschädigt (Lau et al. 2014: 258).

3.6 Den Pioniereffekt fördern

Für das Wahlalter 16 werden vor allem zwei weitere empirische Befunde geltend gemacht, die – wenn auch nicht unwidersprochen – in mehreren Studien bestätigt wurden. Zum einen gehen 16- und 17-Jährige, wenn sie die Gelegenheit dazu erhalten, häufiger zur Wahl und sind politisch etwas interessierter als die nächste Altersgruppe (so schon Bergh 2013, zusammenfassend Rossteutscher et al. 2022: 17). Worauf dieser *Pioniereffekt* letztlich beruht, ist jedoch weniger klar. Vermutet wird ein besonderes Anerkennungsmoment bzw. die stärkere soziale Einbettung dieser Altersgruppe in Familie, Schule und Freundchaftskreise. Offensichtlich ist die Wahlberechtigung etwas Spezielles.¹¹ Die 16- bis 17-Jährigen reagieren auf ihre neue Wahlberechtigung mit einem stärkeren politischen Interesse – so auch der Befund der bereits erwähnten Studie zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 2017.¹²

Zum anderen gibt es die Hoffnung, dass eine frühe Wahlbeteiligung die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Jungwähler:innen auch bei künftigen Wahlen ihre Stimme abgeben werden.¹³ Die Erwartung lautet: „Wer bereits als Erstwähler seine Stimme abgegeben hat, der wird sich auch mit größerer Wahrscheinlichkeit an künftigen Wahlgängen beteiligen; deshalb ist die Frage, ab wann gewählt werden darf, von besonderer Bedeutung. Die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung von 16-jährigen Erstwählern höher als die Wahlbeteiligung von 18-jährigen Erstwählern ist, ist ein wichtiges Argument für ‚Wählen mit 16‘“ (Wiebusch 2019: 1). Solche Pioniereffekte werden nicht nur durch eine österreichische Studie zum Wahlalter 16 bekräftigt (Bronner/Ifkovits 2019: 2). Auch die Befunde einer Studie zur letzten Bundestagswahl von 2021 passen in dieses Bild. Die Wahlbeteiligung sei bei den 18- bis 20-Jährigen insgesamt um 0,5 Prozent gestiegen, in Ländern mit Kommunalwahlalter 16 um ein Prozent, in Ländern mit Wahlalter 16 um 4,6 Prozent. Bei den 21- bis 24-Jährigen lauten die entsprechenden Prozentzahlen: 4,2 – 3,9 – 8,6; bei den 25- bis 29-Jährigen: 3,1 – 2,9 – 5,6 (Eichhorn/Huebner 2022a). Allerdings bleiben wichtige Gestaltungsaufgaben, um „Wahlalter 16“ zu einem demokratischen Erfolg zu machen. Das gilt vor allem für die Vermeidung verstärkter politischer Ungleichheit.¹⁴

Zudem sind verallgemeinernde Aussagen mit Vorsicht zu betrachten. In der Regel werden in diesen Studien andere Einflüsse als die der Wahlaltersenkung nicht kontrolliert und die Zeitspanne ist meist zu kurz, um längerfristige Wirkungen dieser Senkung verlässlich auszumachen. Zudem gibt es international auch abweichende Studienergebnisse, die eine zurückhaltende Deutung nahelegen (Eichhorn/Bergh 2020). Erwünschte Pioniereffekte sind jedenfalls kein Selbstläufer. Sie sind vor allem abhängig von frühzeitigen Informations- und Mobilisierungskampagnen, die wesentlich von Jugendlichen getragen werden sollten, von begleitenden schulischen und außerschulischen Angeboten der politischen Bildung und einer möglichst breiten politischen Unterstützung (Eichhorn/Hübner 2022b).

Dass der Pioniereffekt nach der Einführung des Wahlalters 16 im Zeitverlauf wieder abnimmt, ist zudem erwartbar. So lag in Österreich bereits bei den Nationalratswahlen von 2013 – anders als noch 2008 – die Wahlbeteiligung der Erstwähler:innen wieder deutlich unter der allgemeinen Beteiligung. Selbst wenn ein dauerhafter Boom ausgeblieben ist, konnte auch 2013 ein leichter Pioniereffekt beobachtet werden. Die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen lag vier Prozentpunkte höher als die der 18- bis 20-Jährigen (Kritzinger et al. 2013).

Dennoch sind die genannten positiven Effekte bei der Einführung von Wahlalter 16 nicht selbstverständlich und ggf. auch nicht dauerhaft. Dies verdeutlicht ebenfalls eine Studie zu Reformen des Kommunalwahlrechts in Deutschland in der Zeit von 1978 bis 2019. Die Senkung des Wahlalters hat auf lokaler Ebene insgesamt keine längerfristige Steigerung der Wahlbeteiligung gebracht. Die deutliche Steigerung der kommunalen Wahlbeteiligung in den Jahren 2018/19 sei eine Ausnahme und könnte eher Ergebnis einer Repolitisierung der Kommunalpolitik sein, nicht zuletzt erzielt durch die Mobilisierungen von „Fridays for Future“ (Vetter et al. 2021: 14).

Allerdings kann die Befürchtung als widerlegt gelten, dass die Senkung des Wahlalters auf 16 zu einer Überforderung der Erstwähler:innen führt. Stattdessen nehme die Zufriedenheit mit der Demokratie und das Vertrauen in die eigene Wirksamkeit in dieser Gruppe zu.

Bemerkenswert positiv ist auch, wie sich die Bevölkerungsmeinung nach der Einführung des Wahlalters 16 verändert hat. So hat sich beispielsweise in Schottland das Meinungsbild von mehrheitlicher Ablehnung zu mehrheitlicher Zustimmung gewandelt (FES/dlpart 2022: 13).

Andere Studien heben hervor, dass sich die frühe Wahlberechtigung auch positiv auf andere Formen der politischen Beteiligung auswirkt (Khoban 2019: 1). Wer junge Menschen für eine „starke Demokratie“ mit erweiterten Formen der deliberativen und direkten Bürgerbeteiligung gewinnen will, sollte daher das Wahlrecht für 16-Jährige nicht geringschätzen. Die Gelegenheit zur Wahlbeteiligung mag zwar keine hinreichende Form der politischen Partizipation darstellen, aber ohne das grundlegende Wahlrecht bleibt politische Bürgerschaft unzulänglich und fragil. Das Wahlrecht bildet einen unverzichtbaren „Sicherheitsgurt“ für weitergehende und anspruchsvollere Formen der Beteiligung (vgl. ebd.: 6).

4 Handlungsfelder und strategische Ansatzpunkte

Empirische Studien, die Strategien zur Steigerung der Wahlbeteiligung von 16- und 17-Jährigen vergleichend darstellen, überprüfen und bewerten, liegen zurzeit nicht vor. Die Entwicklung in Richtung Wahlalter 16 ist noch zu jung, es gibt nur wenige Fälle, ihre Kontexte (Wahl- und Parteiensysteme, politische Kultur etc.) sind zu unterschiedlich und mögliche weitere Einflussfaktoren (z. B. politische Polarisierung, jugendgeprägte soziale Bewegungen, veränderte Mediennutzung) können nicht systematisch geprüft werden. Unstrittig sind dagegen die besonderen Lebensumstände von 16- und 17-Jährigen, ihre (noch) vergleichsweise starke soziale Einbettung in Familie, Bildungseinrichtungen und Gleichaltrigengruppen. Meist werden die besonderen Mobilisierungschancen betont, die sich daraus ergeben. Allerdings gibt es auch besorgte Stimmen, die auf die Gefahr der sozialen Vererbung politischer Ungleichheiten aufmerksam machen.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, Strategien in einem ersten Schritt an den allgemeinen Faktoren zu orientieren, die das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung junger Menschen insgesamt beeinflussen. In einem zweiten Schritt sollte es um die spezifischen nationalen und föderalen Gelegenheitsstrukturen gehen. Schon der erste Schritt stellt keine einfache Aufgabe dar. Obwohl die Zahl der einschlägigen Studien und Ratgeber – vor allem im internationalen Kontext – kaum zu

überblicken ist, trifft noch immer, vielleicht sogar verstärkt zu, wovon ein Handbuchartikel bereits vor 15 Jahren gewarnt hat: Die Gründe, warum Menschen zur Wahl gehen oder dies nicht tun, sind komplexer, als zunächst vermutet wird.¹⁵ Hinzu kommt das Dilemma, dass sich gerade die anerkannt wichtigsten Einflussfaktoren wie Bildung und sozioökonomischer Status dem strategischen Zugriff durch zeitlich begrenzte Projekte oder kurzfristige Wahlmobilisierungen entziehen (Smets/van Ham 2013: 356).

Dies legt auch der erste Teil einer aktuellen und umfassenden Sekundäranalyse empirischer Vergleichsstudien zur politischen Beteiligung junger Menschen im europäischen Kontext nahe, die das Centre for European Youth Policy jüngst vorgelegt hat.¹⁶ Zudem lassen die Aggregatdaten, mit denen internationale Vergleiche arbeiten, notwendigerweise offen, wovon das individuelle Partizipationsverhalten in bestimmten Kontexten aktuell beeinflusst wird. Hier geht es sehr bunt zu – von unterschiedlichen und komplexen Faktoren ist die Rede.¹⁷ Ähnlich komplex ist das Verhältnis von europäischen Jugendlichen zur Demokratie. Sie glauben überwiegend an die Demokratie und ihre eigene Wirksamkeit, aber das Vertrauen in die demokratische Praxis in ihren Ländern fällt sehr unterschiedlich aus – wobei die Demokratiezufriedenheit in jüngerer Zeit unabhängig vom Alter abgenommen hat.¹⁸

Um die Darstellung der verschiedenen Faktoren zu erleichtern, die Einfluss auf die politische Partizipation von jungen Menschen haben, orientiert sich dieser Abschnitt an den beiden, die Debatte prägenden politikwissenschaftlichen Modellen, ohne auf deren Theorietraditionen und Entwicklungsschritte näher einzugehen. Ausgangspunkt ist eine aktuelle Zusammenschau von Schlozman und Brady (2022). Eine ältere Traditionslinie hat vor allem sozialstrukturelle Faktoren betont, besonders den maßgeblichen Einfluss des sozioökonomischen Status einer Person auf ihre politische Beteiligung (socioeconomic status – SES-Modell). Eine sozialpsychologische Erweiterung stellt das empirisch gut bestätigte „Civic Voluntarism Model“ dar, das drei miteinander verknüpfte individuelle Faktoren unterscheidet: (1) Ressourcen, wie Zeit, Geld und zivilgesellschaftliche Kompetenzen, (2) Mentales Engagement für Politik und politische Themen, (3) Anreize und Mobilisierungsanstrengungen, die von Dritten, vor allem von sozialen Netzwerken ausgehen, politisch aktiv zu werden (vgl. Gabriel 2022: 154ff.). Politische Partizipation hängt von diesen Dispositionen ab, die wiederum in sozialen Kontexten erworben werden – oder auch nicht. Zu diesen Kontexten zählen Familie, frühkindliche Erziehung und Bildung, Schule, später der Arbeitsplatz, religiöse und gesellschaftliche Institutionen. Aber auch politische Kontexte spielen eine Rolle, wie etwa die Charakteristika des politischen Systems, inklusive Wahlgesetze oder die Parteienfinanzierung.

Alltagssprachlich übersetzt, geht es um drei einfache Fragen, die klären helfen, warum Menschen sich *nicht* politisch engagieren: „Weil sie nicht können“, „weil sie nicht wollen“ oder „weil sie niemand gefragt hat“. „Weil sie nicht können“, verweist auf individuelle Ressourcen, Fähigkeiten, besondere Wahlhindernisse, Zeit und Geld. „Weil sie nicht wollen“, macht auf fehlendes politisches Interesse und Wissen aufmerksam, einen Mangel an (Selbst)Vertrauen, etwas politisch bewirken zu können, oder andere private oder berufliche Prioritäten. „Weil sie niemand gefragt hat“, verweist darauf, dass sie nicht angesprochen würden oder nicht in politisch mobilisierende Netzwerke eingebunden sind (Schlozman/Brady 2022: 27).

Besonders mit dem letzten Punkt verweist das Modell darauf, welche besondere Rolle politische Netzwerke und Mobilisierungen für die individuelle politische Partizipation spielen.

Die nachfolgend skizzierten Handlungsfelder und strategischen Ansatzpunkte lassen sich zwar analytisch trennen, sind aber in der Praxis vielfach miteinander verknüpft. Daher ist mit wechselseitiger Verstärkung, aber auch mit Blockierungen zu rechnen.

4.1 Eltern als primäre politische Sozialisationsinstanz – der „Nesteffekt“

Mit Blick auf das „Können“ und „Wollen“ spielt das Elternhaus eine unmittelbar prägende Rolle. Eltern geben ihre Ressourcen weiter, sie prägen den sozialen Status und meist auch den Bildungsstatus ihrer Kinder. Letzteres gilt besonders in Deutschland, wo die „Vererbung“ des Bildungsstatus als wesentliche „Leistung“ des gegliederten Bildungssystems anzusehen ist, die den demokratischen Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit massiv verletzt. Dass Eltern eine herausragende Rolle einnehmen, wenn es um die politischen Orientierungen und Verhaltensweisen von jungen Menschen geht, betonen zahlreiche Studien. Mit der Senkung des Wahlalters nimmt ihre Bedeutung noch zu.¹⁹ Dabei lassen sich unterschiedliche Wirkungen nachzeichnen, die insgesamt darauf hinweisen, dass Eltern für ihre Kinder meist Vorbild sind. Dabei scheint es weniger darauf anzukommen, worüber die Eltern reden, sondern was sie tun („imitation effect“).²⁰ Dieser Nachahmungseffekt kann auch die Bereitschaft stärken, zur Wahl zu gehen.²¹ Junge Menschen, deren Eltern zu Hause über Politik sprechen und als besonders politisch interessiert und aktiv wahrgenommen werden, fördern das politische Interesse und die politische Beteiligung ihrer Kinder in allen Dimensionen (Rottach et al. 2022: 15).

Wenn Kinder das „Nest“ verlassen, lässt der Einfluss der Eltern nach und Netzwerke mit geringerer Wahlneigung gewinnen an Einfluss. Allerdings ist, wenn auch seltener, mit einem umgekehrten Effekt bei einem wahlabstinenten, wahlfernen und meist sozial schwächeren Elternhaus zu rechnen.

Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wirkt sich auf die Herkunftsfamilie aus und unterstreicht, dass politische Diskussionen meist zu Hause beginnen. Hooghe und Stiers (2020) berichten von einer deutlichen Zunahme politischer Diskussionen in der Familie bei der Einführung des Wahlalters 16. Eine belgische Lokalstudie betont zudem den Transfer grundlegender politischer Orientierungen von den Eltern auf die Heranwachsenden.²² Allerdings setzt deren Übertragung bereits früher ein, denn im Alter von 15 Jahren sind grundlegende politische Einstellungen bereits ausgeprägt.²³

Der Nesteffekt und das Übertragungsmodell haben jedoch deutliche Erklärungsgrenzen. Unberücksichtigt bleibt zum Beispiel die Möglichkeit von Generationeneffekten, Generationenkonflikten und Rückwirkungen politischer Debatten von den jungen Menschen auf ihre Eltern. Die generationenspezifisch sehr unterschiedliche Gewichtung des Klimathemas bei den letzten Bundestagswahlen in Deutschland lässt sich mit dem Nestmodell jedenfalls nicht erklären. Das gilt auch für den bereits erwähnten Jugendbonuseffekt bei der Wahl neuer Parteien.

Dennoch ist es erstaunlich, dass Eltern als Zielgruppe zur Stärkung der politischen Partizipation ihrer Kinder im Allgemeinen und in strategischen Überlegungen zur Absenkung des Wahlalters im Besonderen bislang keine prominente Rolle spielen.²⁴ Wenn ihre grundlegenden Orientierungen, Verhaltensweisen und Kommunikationsverhalten als politische Mitgift an die nachwachsende Generation von grundlegender Bedeutung sind, wie dies zahlreiche Untersuchungen nahelegen, wäre es sinnvoll, sie stärker in die Wahlrechts- und Wahlalterdebatte einzubeziehen. Dabei lassen sich verschiedene strategische Ansatzpunkte denken:

- Unterstützung eines demokratischen Erziehungsstils in Familien, denn in „Verhandlungsfamilien“ können junge Menschen grundlegende politische Kompetenzen erwerben, die auch ihre Wahlbeteiligung fördern
- Ermunterung zu politischen Debatten in Familien, die traditionell politische Streitthemen eher ausblenden
- Unterstützung der Vorbildwirkung der Eltern am Wahltag und darüber hinaus
- Sichtbare öffentliche Mobilisierung von Eltern (vielleicht auch von Prominenten) für ein Wahlrecht mit 16 (nicht nur) für ihre Kinder („Unsere Kinder sind politisch interessiert, sie können wählen und sollten eine Stimme haben!“). Solche Kampagnen könnten besonders in konservativen Milieus politische Resonanz erzielen.

4.2 Bildung und Schule

Die Bedeutung der Schule als Institution für die politische Partizipation und das Wahlverhalten junger Menschen ist umstrittener und komplexer (Willeck/Mendelberg 2022; Rottach et al. 2022: 20). Als erstes bzw. nach der Kita zweites nicht familiäres Umfeld, das den Alltag junger Menschen über zehn und mehr Jahre prägt, üben Schulen enormen Einfluss aus. Ein Blick in die UN-Kinderrechtskonvention (vgl. Roth 2021), aber auch in die Schulgesetze der Bundesländer zeigt, dass Kinder und Jugendliche dort auch elementare politische Kenntnisse und demokratische Fähigkeiten erwerben sollen. Dazu soll nicht zuletzt eine demokratische Schulkultur beitragen, die auf eine umfassende Partizipation der Schüler:innen setzt.²⁵ Zweifel sind allerdings erlaubt, wenn es um die Verbreitung einer demokratischen Schulkultur oder die Qualität der schulischen politischen Bildung geht.²⁶ Auch das Autorenteam einer Erstwähler:innenstudie zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 2017 sieht sich zu Revisionen veranlasst. Nicht der Schulbesuch an sich fällt ins Gewicht, sondern der Schultyp (Gymnasium) macht den Unterschied. Nicht das offizielle Curriculum der Schule zählt, sondern die politischen Gespräche mit Gleichaltrigen und das Vorbild sowie die Gespräche mit den Eltern.²⁷

Diese skeptische Sicht auf die Wirkung klassischer schulischer politischer Bildung bestätigt eine US-Studie: Schulische politische Bildung im Sinne von „civic education“ hat nahezu keine positiven Effekte auf die Wahlbeteiligung im Erwachsenenalter (Weinschenk/Dawes 2022: 946). Die Vorbildwirkung der Eltern scheint auch hier wesentlich bedeutsamer.

Zudem gilt es, die Ungleichheitseffekte schulischer Bildung in den Blick zu nehmen. Bereits in der Grundschule sind die Zugänge zur politischen Bildung sehr ungleich. Grundschulen versäumen es dabei meist, die herkunftsbedingten Unterschiede auszugleichen. Dies setzt sich auf den weiteren

Schulstufen fort. Mit Blick auf die demokratische Norm politischer Gleichheit scheinen die Schuleffekte eher negativ. Schulabschlüsse wirken auf politisches Wissen, politische Orientierungen und politisches Verhalten zunehmend diskriminierend. In jüngerer Zeit weisen mehrere Studien „darauf hin, dass sich bei der Wahlbeteiligung in den letzten drei Jahrzehnten die Schere zwischen Wahlberechtigten mit Abitur, Realschulabschluss und Hauptschulabschluss kontinuierlich geöffnet hat. Junge Erwachsene, die das Abitur haben, gehen häufiger zur Wahlurne, als dies ihre Altersgenossinnen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen tun“ (Abendschön 2022: 655).

Die positiven Erwartungen an den Schulbesuch im Allgemeinen und die formale politische Bildung im Besonderen scheinen sich vor allem für junge Menschen in den höheren Bildungsgängen zu erfüllen, während Bildungsbenachteiligung zu einem gewichtigen Faktor wird, wenn es um gering ausgeprägte politische Beteiligung allgemein und Wahlabstinenz im Besonderen geht. Der Beitrag von Schulen zur Ungleichheit in der politischen Beteiligung ist besonders für die Senkung des Wahlalters eine zentrale Herausforderung, wenn sich die durch Herkunft und Elternhaus vorgeprägte Partizipationslücke nicht ausweiten soll.²⁸

Vor diesem Hintergrund setzen die strukturellen Barrieren im Bildungssystem Deutschlands einer schnellen und aussichtsreichen Mobilisierung für das Wahlalter 16 in Schulen deutliche Grenzen. An Vorschlägen, was zu ändern wäre, mangelt es nicht. Dazu gehören beispielsweise

- eine demokratische Schulkultur, die Schüler:innen demokratische Handlungsräume und Partizipationserfahrungen eröffnet, etwa durch die Einführung von Klassenräten, aber auch mit Schülerhaushalten, die es Schüler:innen ermöglichen, ihre Schule mit eigenen Vorschlägen, über die demokratisch abgestimmt wird, zu einem lebenswerten Ort zu machen;
- die innere und äußere Öffnung des noch immer weithin in Form von Anstaltsschulen abgeschotteten Bildungswesens;
- ein diskriminierungsarmer und anerkennender Schulalltag, der Kinder- und Jugendrechte respektiert und Ausgrenzungen vermeidet;
- verstärkte politische Bildung und Diskussionsräume besonders an Förder-, Haupt- und Realschulen sowie berufsbildenden Schulen;
- Öffnung für die politischen Themen und Anliegen aus der Schülerschaft, was – wie zuletzt einige abwehrende und abwertende Reaktionen auf die Schulstreiks und Demonstrationen von Fridays for Future gezeigt haben – keineswegs selbstverständlich ist;²⁹
- eine digitale Ertüchtigung des Schulwesens, damit Schulen nicht länger von den Kommunikationsmedien der Schüler:innen abgekoppelt sind und resilienter auf Krisen, wie zuletzt die Corona-Pandemie reagieren können.

Schulische und außerschulische politische Bildung. Was für die Schule insgesamt gilt, lässt sich auch für die schulische politische Bildung festhalten: Ihre Wirkungen sind umstritten. Autor:innen einer dänischen Fallstudie betonen die positiven Auswirkungen schulischer Auseinandersetzungen mit Politik – sei es in curricularer Form oder als Element der Schulkultur.³⁰ Ähnlich unterstützend fällt eine Studie zur Bundestagswahl 2017 aus, die die positiven Effekte schulischer Wissensvermittlung auf die Wahlbeteiligung junger Menschen hervorhebt.³¹

Im Kontrast zur dänischen Studie berichten andere Untersuchungen über negative Effekte von schulischen Angeboten zu Wahlen, die stark mit der Institution Schule verknüpft sind. Die Ungleichheitserfahrungen im Bildungssystem verringern das Vertrauen in die eigene Wirksamkeit insgesamt, auch in die politische Wirksamkeit und in der Folge in die künftige Wahlbeteiligung.³² Eine Schweizer Studie kommt ebenfalls zu negativen Ergebnissen: Politische Bildung in Unterrichtsform ist nicht geeignet, politisches Interesse zu wecken oder zu stärken.³³ Eine Übersicht zu US-Forschungsergebnissen sieht positive Effekte für marginalisierte Jugendliche, wenn aktivierende Formate eingesetzt werden (Willeck/Mendelberg 2022). Insgesamt sind der Nutzen und die Reichweite schulischer Angebote zur politischen Bildung umstritten (vgl. Rossteutscher et al. 2022).

Die Ursachen dieser divergierenden Einschätzungen dürften vielfältig sein. Das nationale und lokale Schulsystem, der Schultyp, die Dauer sowie die Inhalte der schulischen Curricula oder das Engagement der beteiligten Lehrer:innen können einen Unterschied machen. Offensichtlich spielt auch eine wichtige Rolle, in welchen Formaten politische Bildung in Schulen vermittelt wird (so auch Willeck/Mendelberg 2022).

Ein besonderes Augenmerk sollte auf Demokratieerfahrungen in der Bildungseinrichtung selbst gelegt werden. In einer aktuellen neun Länder umfassenden europäischen Vergleichsstudie wird die Bedeutung von Demokratieerfahrungen in Schule und Hochschule für die (künftige) Wahlbeteiligung untersucht. Die Befunde sind allerdings uneinheitlich. Eine demokratische Schulkultur oder „civic education“ führen nicht automatisch zu einer stärkeren Wahlbeteiligung, aber sie stärken die demokratische Bürgerschaft.³⁴

Zu den bewährten Mitteln der wahlbezogenen politischen Wissensvermittlung und kognitiven Mobilisierung gehören digitale Probewahlen durch Voting Advice Applications (VAA). Der bereits 2002 eingeführte Wahl-O-Mat ist wahrscheinlich das Instrument zur Wahlmobilisierung mit der größten Verbreitung in Deutschland. Es wird intensiv beforscht und seine Vor- und Nachteile sind ausgeleuchtet. Auf eine detaillierte Darstellung dieses bekannten Tools kann hier verzichtet werden.³⁵ Es ist hilfreich, wenn es um kongruentes Wählen geht. Nutzer:innen können spielerisch überprüfen, ob aktuelle Parteiprogramme mit ihren politischen Präferenzen übereinstimmen. Offensichtlich ist allerdings, dass der Wahl-O-Mat vor allem netzaffine, politisch interessierte und besser gebildete Jugendliche (bzw. Erwachsene) anspricht,³⁶ wie auch eine aktuelle Wahlstudie noch einmal zeigt (Faas/Leininger 2023).

Schulische Ungleichheitseffekte. Gerade für Deutschland lässt sich zeigen, dass Bildung von großer Bedeutung für die Wahlbeteiligung ist.³⁷ „Der Bildungseffekt ist im Vergleich zu anderen Ländern besonders deutlich und relativiert auch Effekte des Alters“ (Althoff 2020: 159). Dabei zeichnet sich eine zunehmende soziale Spreizung ab, die besonders auf das Wahlverhalten der jüngeren Generationen erhebliche Auswirkungen hat.³⁸

Ob die Ungleichheitseffekte als gestiegene Einstiegskosten für einen Teil der jungen Generation oder als „erfolgreiche“ Klassenpolitik³⁹ gerahmt werden, ist für demokratiestärkende Wahlmobilisierungen unerheblich. Es kommt darauf an, das „ungelöste demokratische Dilemma ungleicher Beteiligung“ (Lijphart 1997) nicht zu vergrößern und nach Möglichkeit zu verkleinern.⁴⁰ Die Aufgabe

ist herausfordernd, denn Programme, die sich unspezifisch an „die“ Jugendlichen wenden, laufen Gefahr, bestehende Ungleichheiten zu vergrößern und an einer Abwärtsspirale politischer Ausgrenzung zu drehen. Es geht vielmehr um eine gezielte Ansprache und angemessene Unterstützung der sozial und bildungsbenachteiligten jungen Menschen, um sie zur Ausübung ihres Wahlrechts zu ermutigen. Dabei hilft eine systematische und flächendeckende deliberative politische Bildung in Schulen, in der junge Menschen politische Themen kritisch hinterfragen und diskutieren können.

Solche gezielten Angebote für bestimmte Gruppen stoßen oft auf Unverständnis („Privilegierung“) und politischen sowie rechtlichen Widerstand. Aus demokratiepolitischer Perspektive geht es darum, Ungleiches ungleich zu behandeln und die Beteiligungsbarrieren benachteiligter Gruppen von potenziellen Jungwähler:innen gezielt zu senken. Dies ist vor allem als öffentliche und zivilgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen, weil die „schwer erreichbaren“ jungen Menschen – berücksichtigt man die Trends der letzten Jahrzehnte – von dem Gros der politischen Parteien „abgeschrieben“ wurden. Es sind zu wenige potenzielle Wähler:innen und der Aufwand scheint zu groß, um für gezielte Kampagnen und Maßnahmen aus einer Kosten-Nutzen-Perspektive attraktiv zu sein. Aus Demokratieförderprogrammen und professionellen Kontexten wie der Sozialarbeit liegen hinreichend Erfahrungen vor, wie benachteiligte Gruppen von Jugendlichen und Heranwachsenden erreicht werden können. Mobilisierungsstrategien können

- in Schulen ansetzen, in denen sich bildungsbenachteiligte junge Menschen konzentrieren (Förder-, Haupt- und Realschulen, Berufsschulen), und in Bildungseinrichtungen, die Schulabbrecher:innen ansprechen, Berufsförderung betreiben und Übergänge in das Berufs- und Arbeitsleben unterstützen;
- sozialräumliche Schwerpunkte in Quartieren mit einem hohen Anteil von Transferbezieher:innen setzen. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die sozialräumliche Ungleichheitsentwicklung auch in Deutschland deutlich akzentuiert. Dabei kann in Kooperation mit Jugendeinrichtungen und Treffs zum Beispiel ein Programm der außerschulischen Jugendbildung aufgelegt werden, das gezielt die elektoralen Herausforderungen in den Blick nimmt.⁴¹ Es hat sich bewährt, Angebote der alltagsnahen politischen Bildung mit konkreten Unterstützungsleistungen (Hausaufgabenhilfe, Beratungsangebote, kostengünstiges Mittagessen etc.) zu verknüpfen (siehe den Kölner Demokratie-Wagen, vgl. 5.6);
- gezielt Jugendliche mit Migrationsgeschichte einbeziehen und ihre Lebenswelten aufsuchen, denn ihre Bildungshürden sind deutlich höher und oft können sie nicht mit der Unterstützung durch wahlbezogene politisch orientierende Diskussionen im Elternhaus oder in Gleichaltrigengruppen rechnen. Eine große Zahl von Migrant:innenorganisationen bieten sich als Kooperationspartnerinnen für gezielte Kampagnen an. Auch die Kooperation mit und die Wahlen für Integrations- und Ausländerbeiräte auf kommunaler und auf Landesebene können hilfreich sein. Die politische Integration von Zugewanderten wird in Deutschland bislang nicht als integrationspolitischer Schwerpunkt angesehen, wie zuletzt die Debatte über die Reform des Staatsbürgerrechts gezeigt hat.

4.3 Politisches Interesse und politische Selbstwirksamkeit (political efficacy)

Politisches Interesse gilt als ein zentraler Faktor, der politische Beteiligung in all ihren Formen prägt, also auch die Beteiligung an Wahlen.⁴² Dieser Zusammenhang soll sich laut Allgemeiner Bevölkerungsumfrage in den letzten Jahrzehnten noch verstärkt haben, wobei das politische Interesse jüngerer Generationen weiterhin deutlich niedriger liegt.⁴³ In den vergangenen 30 Jahren ist das politische Interesse der Bevölkerung allerdings stark schwankend. Alter und Abitur haben erheblichen Einfluss, aber auch das West-Ost-Gefälle ist noch immer erheblich.⁴⁴

Die ALLBUS-Daten sind nicht ohne Widerspruch geblieben. Verschiedene Untersuchungen zeigen, „dass in der Altersspanne zwischen 14 und 17 Jahren sowie im jungen Erwachsenenalter jeweils ein substantieller Anstieg des politischen Interesses stattgefunden hat. Männer und Frauen zeigen dabei zwar nahezu parallele Entwicklungen, jedoch mit deutlichen Niveauunterschieden, die über die Zeit eher zunehmen“ (Kuger/Gille 2020: 1106).

Dieser Anstieg des politischen Interesses dürfte auch ein Effekt der Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte sein. Individuell besonders bedeutsam für die Entwicklung des politischen Interesses sei, so Kuger und Gille (2020), die Altersspanne zwischen 12 und 16 Jahren. Die in dieser Altersspanne angesiedelten Kampagnen und Initiativen für das Wahlalter 16 können deshalb mit einiger Resonanz rechnen, denn sie nutzen ein offenes Zeitfenster. Politisches Interesse ist allerdings kein unabhängiger Faktor, sondern Herkunft, Bildung, Peers und Beteiligungserfahrungen nehmen darauf nachhaltigen Einfluss.

Dies gilt auch für die mit dem Interesse eng verknüpfte politische Wirksamkeitserwartung (political efficacy). Sie kommt als weiterer wichtiger Faktor ins Spiel, der zur politischen Beteiligung motivieren kann. Üblicherweise wird zwischen interner und externer Wirksamkeit unterschieden. „Ich bin überzeugt, dass ich selbst in der Lage und fähig bin, politische Prozesse und Entscheidungen zu beeinflussen“ bzw. „ich gehe davon aus, dass mein politisches Handeln auf ein responsives politisches System trifft bzw. in politischen Kontexten eingebracht wird, die auf diesen Impuls reagieren“ – da diese subjektive Einschätzung erfahrungsabhängig ist, unterliegt sie biografischen Konjunkturen. Junge, besser gebildete Menschen rechnen üblicherweise mit größerer Wirksamkeit als ihre schlechter gebildeten Altersgenoss:innen und ältere Menschen (Rottach et al. 2022: 16). Deshalb spricht auch dieser Faktor für frühe Wahlmobilisierungen.

- Um früh auf Wahlen vorzubereiten, ist der Ausbau von „Partizipationsnischen“ (Torney-Purta/Amadeo 2011) in später Kindheit und früher Adoleszenz als Sozialisationschance wichtig. Im Prinzip eignen sich dafür alle schulischen und außerschulischen Projekte und Angebote, die Gestaltungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen in sozialen Gruppen ermöglichen.

4.4 Soziale Einbettung und Peers

Auch wenn Wählen letztlich als individueller Akt allein in einer Wahlkabine ausgeübt wird, ist die Teilnahme oder Nichtteilnahme an Wahlen stark in soziale Netze eingebunden und abhängig von Vorbildern bzw. Gruppenerfahrungen. Für junge Menschen sind das vor allem Eltern, Peers, Schulen

und außerschulische Vereine oder andere zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen. Vor allem in den letztgenannten Kontexten können sie zivile Kompetenzen entwickeln und so auch zur Wahlbeteiligung angeregt werden.

In einer Analyse der Landtagswahl von 2017 in Schleswig-Holstein kommt eine Forschungsgruppe (in einem Post-election-online-Survey) zu dem Ergebnis, dass 16- bis 17-Jährige verhältnismäßig häufiger zur Wahl gehen als die klassischen Erstwähler:innen ab 18 Jahre. Dies wird auf die Einbindung Jüngerer in soziale Netzwerke mit einer größeren Wahlneigung zurückgeführt. Dadurch wächst zugleich die Gefahr, dass sich durch diese homogenen Netzwerke bestehende Ungleichheiten verstärken (Rossteutscher et al. 2022). Im Detail werden das „elterliche Nest“ und die Gleichaltrigen in der Schule als Sozialisationsinstanzen hervorgehoben und es wird auf die durch den Schultyp bedingten Unterschiede aufmerksam gemacht.⁴⁵ Schüler:innen in Haupt- und Berufsschulen sowie Jugendliche, die bereits die Schule verlassen haben, zeigen weniger politisches Interesse, diskutieren seltener über Politik mit ihren Eltern und Gleichaltrigen. Entsprechend geringer ist ihre Beteiligung an Wahlen (vgl. ebd.: 17).

Für die Debatte über die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre spielen Peers eine hervorgehobene Rolle, da sie gerade in dieser Altersphase für die individuelle Entwicklung insgesamt wichtiger werden. Ungefähr 75 Prozent der Vorschulkinder haben Freundschaftsbeziehungen zu Gleichaltrigen, im Teenageralter steigt der Anteil auf 80 bis 90 Prozent. In der Adoleszenz verschiebt sich die Aufmerksamkeit von den Eltern zu Gleichaltrigengruppen, die damit zu wesentlichen Einflussfaktoren für deren Weiterentwicklung werden (vgl. Reitz et al. 2014: 281). Dabei wächst das politische Interesse bei Jugendlichen mit Freund:innen aus unterschiedlichen Milieus im Vergleich zu Jugendlichen mit homogenen Freundschaftsnetzwerken (Rottach et al. 2022: 15). Dieser Befund spricht dafür,

- Wahlinitiativen und -mobilisierungen so anzulegen, dass sie nicht nur eine relativ homogene Zielgruppe ansprechen, sondern die Chance entsteht, „bridging social capital“ zu bilden durch Kontakte zwischen unterschiedlichen sozialen Milieus;
- dass Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung die Begegnung unterschiedlicher Peergroups fördern und Wahlen zum Thema in ihren Einrichtungen machen;
- dass die Öffnung und Interaktion zwischen unterschiedlichen Jugendmilieus gefördert wird (z. B. durch Straßenfußball, Städtepartnerschaften, interkulturelle Picknicks).

4.5 Vertrauen in repräsentative Politik: politische Parteien, Parlamente und Regierungen

„Ich glaube, es ist ein großes Imageproblem, dass man häufig denkt, das ist ein Club von älteren Männern. Das ist ja auch häufig so. Und das schreckt junge Leute eher ab, glaube ich.“⁴⁶

Die Stärkung des Vertrauens in repräsentative Politik dürfte wohl die größte Herausforderung sein, wenn es darum geht, junge Menschen dauerhaft für eine Beteiligung an Wahlen zu gewinnen.⁴⁷ Hilfreich sind in jedem Fall positive Erfahrungen in partizipativen Formaten mit repräsentativem

Charakter, wie lokale Kinder- und Jugendparlamente, auf die weiter unten eingegangen wird. Abgesehen von solchen lokalen Beteiligungsformaten, die bislang nur in etwa fünf Prozent der deutschen Kommunen genutzt werden (vgl. Roth/Stange 2020), gilt die Diagnose, die einer aktuellen international vergleichenden Studie den Titel gibt: „Jugend ohne Repräsentation – Das Fehlen von jungen Erwachsenen in Parlamenten, Regierungen und bei Kandidaturen“ (Stockemer/Sundström 2022). Die weitgehende Abwesenheit von jüngeren Menschen, zumindest die beachtlichen Defizite in ihrer sichtbaren (deskriptiven) Repräsentation⁴⁸ (gemessen am Bevölkerungsanteil) verstärkt – so die Autoren – eine Abwärtsspirale politischer Entfremdung. Damit vergrößert sich tendenziell das Repräsentationsdefizit der Jüngeren, wenn es nicht zu Reformen kommt, die den sichtbaren Anteil junger Menschen in der repräsentativen Politik steigern und Altersbarrieren abbauen. Während in einigen Ländern das Durchschnittsalter in den Parlamenten gestiegen ist, stagniert es in Deutschland zwischen 1980 und 2017 auf einem relativ hohen Niveau von rund 50 Jahren, auch der Anteil der 40-Jährigen und Jüngeren bleibt bei rund 20 Prozent relativ konstant. Die Grünen und die Linkspartei haben als neue Parteien zunächst jüngere Mandatsträger:innen entsandt, aber im Laufe der Zeit weitgehend zu den „Altparteien“ aufgeschlossen (Stockemer/Sundström 2022: 74f.). Ein wachsender Anteil jüngerer Bewerber:innen in Wahlkreisen und auf Listen hat noch immer deutlich geringere Chancen auf einen Sitz im Parlament als ihre älteren Mitbewerber:innen. Regierungsglieder von 35 Jahren und jünger stellen in diesem Zeitraum nicht nur in Deutschland mit etwas mehr als einem Prozent eher eine „Anomalie“ dar (ebd.: 107).

Bei der deskriptiven Repräsentation geht es nicht nur um junge Gesichter. Wo sie fehlt, kommt es verstärkt zur Nichtberücksichtigung der jeweiligen Interessen und Prioritäten. Dieser gut belegte negative Zusammenhang gilt vor allem für „schwache“ Interessengruppen, zu denen heute auch die nachwachsende Generation gehört (Holbein/Hillygus 2020; Elsässer/Schäfer 2022).

Für die Auswahl der zur Wahl stehenden Kandidat:innen sind in Deutschland wesentlich (von freien Wählerlisten abgesehen) die politischen Parteien zuständig. Mobilisierungsstrategien zur erfolgreichen Senkung des Wahlalters, die zur Repräsentation junger Menschen und ihrer Interessen beitragen wollen, erfordern einen Blick auf die innere Verfassung der politischen Parteien. Sind sie bereit und in der Lage, die Interessen junger Menschen glaubwürdig aufzugreifen und zu bündeln? Zweifel sind angebracht. „Party-Divide-Studien diagnostizieren übereinstimmend einen säkularen Schwund an Parteimitgliedern, Parteiidentifikation und Wahlbeteiligung, einen Anstieg des volatilen Wahlverhaltens und einen massiven Vertrauensverlust in Parteien und Parteipolitiker:innen ... Der Wählerschwund spricht dafür, dass die Mobilisierungs- und Integrationsfähigkeit der Parteien gegenüber der Wählerschaft chronisch abnimmt. Als Hauptgrund ihrer gesellschaftlichen Loslösung kann deren wachsende Entfremdung und Isolierung von ihrer Unterstützer- und Wählerumwelt angesehen werden“ (Wiesendahl 2021: 250f.).⁴⁹

Die Unterrepräsentation jüngerer Menschen in den politischen Parteien ist dramatisch. Sie stellt auch zivilgesellschaftliche und parteiübergreifende Wahlinitiativen vor große Herausforderungen. Dies gilt nicht zuletzt für Versuche, jüngere Wählerschichten glaubhaft zu repräsentieren und jungen Menschen Ansprechpartner:innen sowie einen Ort in der parlamentarischen Politik anzubieten. „Der Anteil der Mitglieder bis 20 Jahre ist bei allen Parteien noch sehr gering und liegt – außer bei der FDP und den Grünen – mehr oder minder deutlich unter dem der über 85-Jährigen. Der Anteil der jüngeren Mitglieder (bis 30 Jahre) ist im Jahre 2019 insbesondere bei den Grünen, aber auch bei

der FDP und der Linkspartei gestiegen. Er liegt jetzt bei den Grünen bei knapp 18 Prozent, bei der FDP bei 17 Prozent und bei der Linken bei gut 19 Prozent. Bei der CDU liegt der Anteil immer noch unter 6 Prozent und bei der CSU ist nach einem zwischenzeitlichen Abfall wieder etwas auf gut 5 Prozent gestiegen, während er bei der SPD nach einem zwischenzeitlichen Anstieg wieder auf knapp 8 Prozent gefallen ist. Bei den Christdemokraten und der SPD ist die absolute Mehrheit der Mitglieder älter als 60 Jahre, bei der Linkspartei war dies bis 2015 der Fall, jetzt liegt der Anteil bei 44 Prozent. Bei der FDP ist ein Drittel der Mitglieder älter als 60 Jahre, bei den Grünen nur knapp 24 Prozent. Betrachtet man das Durchschnittsalter aller Mitglieder, so sind die Grünen mit 48 Jahren die ‚jüngste‘, die CSU und SPD mit einem Durchschnitt von 60 und die CDU mit 61 Jahren die ‚ältesten‘ Parteien“ (Niedermayer 2020: 4).

Es sind offensichtlich nicht nur der soziale Status, das Elternhaus und die Schule, die zur politischen Ausgrenzung von jungen Menschen beitragen. Die politischen Parteien verstärken mehrheitlich diesen Effekt, der sich sowohl in der deskriptiven als auch in der substanziellen Repräsentation der besonderen Interessen und Zukunftsperspektiven von jungen Menschen widerspiegelt. Umso mehr gilt es, diesen altersspezifischen Ungleichheitsverstärker abzuschwächen.

Bei parteipolitisch neutralen Wahlinitiativen, die junge Menschen zur Wahlurne bringen wollen, sollte es daher vor allem darum gehen,

- die Sichtbarkeit und Repräsentation von jungen Menschen in der Politik zu steigern,
- die vernachlässigte politische Agenda der nachwachsenden Generation in die politische Debatte zu bringen und zu stärken,
- eine jugendgemäße Ausgestaltung repräsentativer Politik anzumahnen und sich für entsprechende Regelungen einzusetzen (z. B. Freistellungen, Bildungsurlaube),
- repräsentative Formate in der Kinder- und Jugendbeteiligung zu stärken (kommunale Kinder- und Jugendparlamente, Schüler:innenhaushalte etc.)
- Druck aufzubauen, um politische Parteien für Jugendliche zu öffnen,
- Zeichen gegen einen verbreiteten Adultismus zu setzen; gerade im politischen Bereich wird Jungsein häufig mit Inkompetenz gleichgesetzt,
- die besondere Leistung von jugendgeprägten sozialen Bewegungen hervorzuheben, die sich für Generationengerechtigkeit und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft einsetzen.⁵⁰

4.6 Bürgerschaftliches Engagement

Für die Bereitschaft, sich freiwillig zu engagieren, gelten ähnliche Bedingungen wie für die Bereitschaft zu wählen (Dávila et al. 2022). Es lohnt deshalb ein genauerer Blick auf die Erfahrungen junger Menschen im Engagement und die sich daraus ergebenden Handlungspotenziale. Bürgerschaftliches Engagement ist ein möglicher Weg, aus der Geschlossenheit von Freundschaftsnetzwerken auszusteigen, und eine Chance, zivilgesellschaftliche Fähigkeiten zu erwerben. Eine zentrale Rolle kommt dabei dem privaten Umfeld (Freundinnen und Freunden) und besonders den Eltern zu. Auch hier gibt es einen Nesteffekt. „Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem freiwilligen Engagement junger Menschen und dem ihrer Eltern. Waren oder

sind die Eltern in der Jugendzeit ihrer Kinder selbst engagiert, ist der Anteil der Kinder, die sich ebenfalls freiwillig betätigen, deutlich höher, als wenn die eigenen Eltern nicht engagiert waren oder sind“ (Kausmann et al. 2017: 40). Mehr als 50 Prozent der in Freiwilligensurveys befragten jungen Menschen bestätigen für sich diesen Zusammenhang. An zweiter Stelle steht mit 34 Prozent der Anstoß zum Engagement durch die Schule – etwa durch soziale Projekte, Arbeitsgemeinschaften, Beteiligung in Schulgremien etc. (Picot 2011: 167). Lokale Informations- und Kontaktstellen vermitteln nur zu rund zehn Prozent ins Engagement (Kausmann et al. 2017: 34f.).

Analog zur Partizipationsspirale (Fatke et al. 2006: 32) lässt sich in diesem Kontext auch eine Engagementspirale ausmachen: Engagierte Eltern, eine engagierte Peergroup, eine für Engagement offene Schule und die Mitgliedschaft in Vereinen verstärken sich wechselseitig – eventuell unterstützt von kommunalen Fördereinrichtungen.

Ungleichheit gibt es auch im Engagement: „Ältere, geringer Gebildete und junge Leute mit Migrationshintergrund sind weniger häufig freiwillig engagiert als Jüngere, höher Gebildete und junge Menschen ohne Migrationshintergrund“ (Kuger/Gille 2020: 1107). Die Bedeutung eines frühen Starts gilt nicht nur für Wahlen, sondern auch für das freiwillige Engagement.⁵¹

Zu den oft genannten, aber kaum belegten Annahmen über die segensreichen Wirkungen freiwilligen Engagements gehören dessen demokratiepolitischen Effekte. Dass bürgerschaftliches Engagement die Demokratie stärkt, gehört zu den Grundüberzeugungen vieler staatlicher Förderprogramme. Der Freiwilligensurvey 2019 ist diesem Zusammenhang erstmals intensiver nachgegangen und kann eine Grundüberzeugung der Engagementpolitik empirisch bestätigen: „Freiwilliges Engagement und politische Partizipation hängen eng miteinander zusammen. Freiwillig engagierte Menschen geben deutlich häufiger eine politische Partizipation an als nicht-engagierte Personen. In allen Partizipationsformen sind die Beteiligungsquoten der freiwillig Engagierten etwa doppelt so hoch wie bei den nicht freiwillig engagierten Menschen“ (Simonson et al. 2022: 264). Dieser positive Zusammenhang⁵² ist keineswegs trivial, denn es gibt durchaus die Möglichkeit, dass zivilgesellschaftliches Engagement in Distanz und Abgrenzung zur politischen Beteiligung gesehen wird, wie dies beispielsweise in den USA intensiv diskutiert wurde (Dionne 1991). Zudem zeigen junge Engagierte ein größeres Vertrauen in politische Institutionen als ihre Mitmenschen. „Bei jüngeren Menschen und Personen mit hoher Bildung ist das Institutionenvertrauen höher als bei älteren Menschen und Menschen mit niedriger Bildung“ (Simonson et al. 2022: 291).

Auch wenn die Wirkungszusammenhänge zwischen bürgerschaftlichem Engagement und politischer Beteiligung im Detail ungeklärt sind (vgl. Roth 2022), zeichnet sich die deutsche Zivilgesellschaft durch steigende Ansprüche an die gesellschaftliche und politische Mitgestaltung aus, die auch in Krisenzeiten nicht reduziert wurden (Schubert et al. 2023). Eine noch unveröffentlichte Auswertung des ZiviZ-Surveys 2023 zum Themenschwerpunkt Demokratie bestätigt dieses politische Potenzial.

Mobilisierungen für das Wahlalter 16 können und sollten an dieses zivilgesellschaftliche Selbstbewusstsein anknüpfen, zumal die jungen Menschen, um deren politisches Bürgerrecht es geht, zu den besonders aktiven Altersgruppen im freiwilligen Engagement zählen.

- Der jüngst vom Bundespräsidenten angestoßenen Debatte über Pflichtdienste sollten Wahlkampagnen, die sich an Erst- und Jungwähler:innen wenden, wertschätzend den Anstieg des

ohnehin starken bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen⁵³ – etwa in selbst organisierten Gruppen und nicht organisationsgebundenen Kontexten⁵⁴ – entgegensetzen.

- Junge Menschen in Freiwilligenorganisationen dürften – auch jenseits der politischen Jugendverbände, der Jugendorganisationen der Parteien und der örtlichen Jugendringe – für die Forderung „Wahlalter 16“ besonders ansprechbar sein. Vor allem die Jugendorganisationen großer Verbände (Jugendfeuerwehren, Landjugend, Sportjugend, katholische Jugendverbände etc.) können wichtige Multiplikator:innen gerade im ländlichen Raum sein, wie sich bereits in der Unterschriftenkampagne für die Zulassung einer Volksabstimmung „Vote16 – Wahlrecht ab 16 in Bayern“ abzeichnet.
- Für die „Erwachsenen“-Organisationen könnte die Unterstützung von Wahlalter 16 zu einer Anerkennungskultur für ihre jüngeren Aktiven gehören.
- Schließlich bieten sich für eine Senkung des Wahlalters lokale Kooperationen an, bei denen den „klassischen“ Vereinen und Jugendorganisationen eine wichtige Verstärkerrolle zukommen könnte. Gelungene lokale Vernetzungen und inspirierende Praxisformen⁵⁵ auf einschlägigen Netzseiten und über soziale Medien bei einer Wahlkampagne bekannt zu machen, dürfte deren Ausbreitung unterstützen.

4.7 Ausweitung des politischen Handlungsrepertoires

Mit der in den vergangenen Jahrzehnten beobachteten Ausweitung des politischen Handlungsrepertoires⁵⁶ lassen sich im Prinzip zwei konträre Wirkungen für das Wählen erwarten: Entweder führt dies zu einer Konkurrenz zwischen konventionellen und unkonventionellen Handlungsmöglichkeiten, die zu Lasten der Wahlbeteiligung geht, oder aber die Repertoireerweiterung erschließt neue soziale Gruppen und Erfahrungsmöglichkeiten, die das politische Wissen und das Interesse stärken und damit die Beteiligung am relativ niedrighschwelligem Wahlakt befördert. Für beide Wirkungsrichtungen gibt es Anhaltspunkte. Das mögliche und faktische Zusammenspiel der verschiedenen Handlungsmöglichkeiten verdient jedenfalls mehr Aufmerksamkeit (vgl. Giugni 2021).

Das in den letzten Jahren zu beobachtende verstärkte politische Interesse geht nicht auf schulische Reformanstrengungen oder eine erweiterte politische Bildung zurück. Der entscheidende aktivierende politische Impuls dürfte – wie auch die Analysen der letzten Bundestagswahlen verdeutlicht haben – von den vielfältigen, oft weltweiten Mobilisierungen junger Menschen entlang des Klimathemas ausgegangen sein. Gleichzeitig ist mit dem Aufstieg rechtspopulistischer Strömungen und Parteien eine politische Polarisierung zu beobachten, die sich letztlich auch mobilisierend auf die Wahlbeteiligung junger Menschen auswirken dürfte. Ob sich aus diesen bewegungsinduzierten außerparlamentarischen Mobilisierungen Perioden- oder Kohorteneffekte ergeben werden, hängt nicht zuletzt davon ab, ob und wie weit sich das etablierte politische Gefüge für die Themen der nachwachsenden Generation öffnet. Die globalen Mobilisierungen junger Menschen entlang des Klimathemas haben in vielen Demokratien einen transformativen Schub ausgelöst, der zu einer Erneuerung parlamentarischer Praxis führen kann (Sloam et al. 2022). Wenn diese Einschätzung zutrifft, sollte dies auch Konsequenzen für politische Wahlkampagnen und -mobilisierungen haben:

- Ohne eine Agenda, die Themen und Personen der neuen jugendgeprägten Bewegungen glaubhaft repräsentiert, dürfte es kaum gelingen, junge Erstwähler:innen in nennenswerter Zahl anzusprechen.⁵⁷
- Es ist darauf zu achten, dass die Mobilisierung für eine Wahlbeteiligung aktuell nicht in den Verdacht gerät, andere Formen der politischen Beteiligung wie das Demonstrieren abzuwerten.
- Ohne eine Aussicht auf weitere direkte Beteiligungsangebote jenseits der Senkung des Wahlalters dürften Teile der jüngeren Generation nicht für den Gang an die Wahlurne zu mobilisieren sein.
- Besonders chancenreich dürften Wahlmobilisierungen sein, die mit glaubwürdigen und pragmatischen parlamentarischen Handlungsmöglichkeiten verbunden werden und damit politische Wirksamkeit in Aussicht stellen. Auf kommunaler Ebene sind dies beispielsweise die Mitwirkung an lokalen Klimaschutzplänen und die Einrichtung von Klimabudgets für Initiativen aus der Bürgerschaft.

4.8 Digitale Medien

Wie Analysen der letzten beiden Bundestagswahlen gezeigt haben, gibt es einschneidende Veränderungen im Informations- und Kommunikationsverhalten bei Wahlen, wobei digitale Medien für jüngere Wählergruppen schon heute eine dominante Rolle spielen.⁵⁸ Vor allem Erstwähler:innen nutzen verstärkt digitale Plattformen.⁵⁹ Über die Wirkungen des Booms der sozialen Medien im Kontext gibt es kontroverse Einschätzungen, wobei bislang skeptische Stimmen dominieren.⁶⁰ Im Vordergrund steht dabei die Befürchtung, dass die polarisierende Wirkung digitaler Kommunikation die Tendenz zu polarisierten Wahlkämpfen und politischen Anhängerschaften oder durch negative Parteiidentifikation⁶¹ noch weiter verstärkt. Für solche Mobilisierungserfolge ist ein hoher demokratischer Preis zu entrichten, weil durch die zunehmende Polarisierung gerade Jungwähler:innen in einer Weise sozialisiert werden, die letztlich zu Lasten der gemeinsamen politischen Handlungsfähigkeit gehen könnte.⁶²

Obwohl soziale Medien in aktuellen Wahlkämpfen boomen,⁶³ ist die Mediennutzung deutlich vielfältiger, aber auch altersspezifisch und nach bevorzugten Plattformen segmentiert.⁶⁴ Interessant ist ebenfalls der Befund, dass es erhebliche Unterschiede in der Mediennutzung bei der Anhängerschaft der verschiedenen Parteien gibt: „Neben Altersunterschieden gab es auch deutliche Unterschiede im Informationsverhalten unter den jungen Anhänger*innen der Parteien. Während für die meisten jungen Wähler*innen von SPD, Grünen, FDP und der Linken die sozialen Medien Informationsquelle Nr. 1 waren, setzten mehr junge Unionswähler*innen in erster Linie auf das Fernsehen. Für den Wahlkampf aller Parteien gleich wichtig waren dagegen Wahlplakate: So ziemlich alle jungen Menschen (98 Prozent) gaben an, im Wahlkampf über Wahlplakate auf die Parteien und Kandidat*innen aufmerksam geworden zu sein“ (Hübner et al. 2022: 35). Ob die hervorgehobene Bedeutung von Social Media bei der Bundestagswahl von 2021 einen allgemeinen Trend beschreibt oder (auch) durch die Pandemie mitbedingt ist, lässt sich aktuell nicht sagen (ebd.: 36).

Eine empirische Studie aus Dänemark über die nationalen Wahlen von 2015 geht der Frage nach, ob die neuen Medien eher bestehende Ungleichheiten in der Wahlbeteiligung verstärken oder kompensieren können.⁶⁵ Die damaligen Befunde sind durchaus hoffungsvoll. SMS-Nachrichten, die in der Woche vor dem Wahltag zur Wahl auffordern, haben sich bei Kommunalwahlen in Norwegen besonders bei jungen Wähler:innen und bei Migrant:innen als effektiv erwiesen. Offizielle digitale Wahlbenachrichtigungen ermuntern besonders Erstwähler:innen und Migrant:innen, die sich hinsichtlich ihrer Wahlberechtigung unsicher sind (Bergh et al. 2021). Soziale Medien können zur verstärkten informellen politischen Kommunikation beitragen und so sozial bedingte Ungleichheiten im politischen Interesse reduzieren.⁶⁶

- Wahlbenachrichtigungen, Wahlwerbung und perspektivisch auch das Wählen selbst sollten stärker als bislang „barrierefrei“ sein und die Kommunikationspraxis der Digital Natives berücksichtigen.

4.9 Angebots- und Nachfragestrategien, Kampagnen

Die Beschäftigung mit Wahlmobilisierungen für jüngere Menschen leidet oft an zwei Schwächen. Zum einen wird fast ausschließlich die Nachfrageseite in den Blick genommen.⁶⁷ Die Betreiber:innen solcher Kampagnen und ihre Finanziere hinterfragen dagegen ihr eigenes Angebot nur ungern (vgl. die Befunde in Abschnitt 5). Die schlichte Frage lautet, ob Parteien jungen Menschen überhaupt ein attraktives Angebot machen. Überparteiliche und zivilgesellschaftliche Initiativen sollten dagegen nicht darauf verzichten, auch das Angebot von Parteien, Parlamenten und Regierungen kritisch zu inspizieren und auf eine größere Nähe zur „Kundschaft“ zu drängen.

Zum anderen ist der Zeithorizont dieser Mobilisierungen oft so kurz angelegt, dass viele der notwendigen Schritte, um zu einer nachhaltigen bzw. dauerhaften Wahlbeteiligung junger Menschen beizutragen, nicht gegangen werden können. Das in mehreren Auflagen erschienene US-Standardwerk zum Thema, „Get Out the Vote: How to Increase Voter Turnout“ (Green/Gerber 2019), spricht von Tagen oder wenigen Wochen, die für die von ihnen thematisierte, empirisch intensiv evaluierte Mobilisierungsarbeit zur Verfügung stehen. Alles andere sei angesichts einer Vielzahl von Wahlen ohnehin nicht bezahlbar.⁶⁸ Es geht hier nicht darum, den Nutzen kurzfristiger Mobilisierungsstrategien in Zweifel zu ziehen. Sie können gerade bei erwarteten knappen Wahlausgängen das Zünglein an der Waage sein. Sie nutzen die verstärkte politische Aufmerksamkeit um den Wahltermin herum und tragen dazu mit ihren Medienkampagnen bei. Aber es gilt, ihre begrenzte Reichweite und ihre Kernaufgabe im Blick zu behalten, unentschlossene und wahlmüde Wähler:innen an die Urne bzw. den Wahlautomaten zu bringen oder zur Briefwahl zu animieren. Darin liegen die Stärken und Schwächen der üblichen Wahlmobilisierungen. Dass diese eingegrenzte Aufgabe in der Regel kein gezielter Beitrag zu grundlegenden politisch-kulturellen Veränderungen oder ausreichend für die gezielte Ansprache von Jungwähler:innen sein kann, betonen auch die GOTV-Ratgeber. Sie dürften deshalb nur begrenzt geeignet sein, im Kontext der Senkung des Wahlalters Orientierung zu bieten.

Die Angebotsseite

In einer ländervergleichenden Studie kritisierte eine britische Forschungsgruppe bereits vor fast einem Jahrzehnt das Bild einer politisch apathischen Jugend, die durch Kampagnen gleichsam „wachgeküsst“ werden müsse. Stattdessen stimme schlicht das politische Angebot nicht.⁶⁹ Zu diesem Ergebnis kommt auch eine aktuelle Studie über Jungwähler:innen in Deutschland, für die im Januar 2023 16- bis 30-Jährige befragt wurden: „Junge Menschen schreiben der Politik eine hohe Alltagsrelevanz für ihr eigenes Leben zu. Was sie hingegen nicht sehen, ist, dass Politik auch für sie – und nicht nur die Älteren – gemacht wird“ (Döbele et al. 2023: 48). Die Themen und Interessen junger Menschen tauchten in den Wahlprogrammen der dominierenden Parteien nicht auf. Die Autor:innen eines europäischen Sechsländervergleichs diagnostizieren zudem ein Missverhältnis zwischen den demokratischen Erwartungen junger Leute („Wir wollen gern wählen, aber wir wollen seriös und als intelligente Menschen behandelt werden“) und der Art, wie sie in der Wahlwerbung angesprochen werden.⁷⁰

Auf die herausragende Bedeutung der Angebotsseite hat eine internationale „Jugendbeben“-Debatte („youthquake“) aufmerksam gemacht, die ihren zentralen Impuls durch die spektakulären Zuwächse in der Wahlbeteiligung junger Menschen bei den britischen Unterhauswahlen 2017 erhalten hatte. Bei Wähler:innen unter 25 Jahre stieg die Wahlbeteiligung damals um neun Prozent, bei den 25- bis 29-Jährigen um 13 Prozent (Sturgis/Jennings 2020: 3). Diese starke Wahlbeteiligung junger Menschen bei „Jugendbeben-Wahlen“⁷¹ war nicht singulär, sondern lässt sich international bei Kandidat:innen beobachten, die in ihrer Agenda die politisch-kulturellen Themen eines politisch aktiven Teils der nachwachsenden Generation – zumindest symbolisch – aufgegriffen haben, wie etwa Barack Obama in den USA (2008), Justin Trudeau in Kanada (2015), Jeremy Corbyn in Großbritannien (2017), später Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders in den USA. Auf einen gemeinsamen kritischen Ausgangspunkt des Jugendbebens machen zahlreiche Studien aufmerksam: Konventionelle Politiker:innen werden als desinteressiert wahrgenommen, wenn es um die Belange von Jugendlichen geht (vgl. Grasso/Giugni 2022a: 35).

Neben wichtigen aktuellen Themen (Austeritätspolitik, 2016 EU-Referendum etc.) kam in der Unterhauswahl von 2017 in Großbritannien auch ein Generationenkonflikt zum Ausdruck, der durch ein verändertes, deutlich partizipatorisch geprägtes Politikverständnis ausgelöst wurde.⁷² Die damit verbundene politische Repertoire-Erweiterung durch „unkonventionelle“ politische Aktionsformen (Demonstrationen, Bürgerinitiativen etc.) bringt einzelne Themen auf die Agenda und verändert damit die Ansprüche an konventionelle Politik. Es ist nicht so, dass es kein Engagement in konventionellen und elektoraler Politik mehr gäbe, aber es hängt zunehmend von den Themen ab, die dort verhandelt werden (Sloam/Henn 2019: 8). Wenn Parteien und Kandidat:innen auf diese Themen und die partizipativen Erwartungen positiv reagieren, können sie mit Wahlunterstützung durch Jüngere rechnen. Gleichzeitig ist klar, dass diese kosmopolitischen und postmaterialistischen Werte nur von einem Teil der nachwachsenden Generation vertreten werden.

An Vorschlägen, wie Parteipolitik weniger „jugendfrei“ gestaltet werden könnte, herrscht kein Mangel. Probate Mittel könnten die Öffnung der Parteien für junge Mitglieder sein, eine verstärkte Nachwuchswerbung, junge Kandidat:innen sowie ihre verstärkte Sichtbarkeit in Parlamenten und Wahlämtern. Analog zur Genderdebatte wird die Einführung einer Jugend- bzw. Nachwuchsquote

empfohlen (Tremmel et al. 2015: 137ff.). Durch die Einführung derartiger Quoten – so die Idee – berücksichtigen Parteien bei der Aufstellung von Landeslisten auf freiwilliger Basis junge Kandidat:innen bis zu 35 Jahren entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Damit werden Parlamente jünger und für jugendliche Wähler:innen attraktiver, so auch die Vorstellung der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“. Eine international vergleichende Studie macht darauf aufmerksam, dass die Einführung solcher Jugendquoten die gewünschten Erfolge zeitigen kann (Stockemer/Sundström 2022).

Wenn in Parlamenten mehr gleichaltrige (und insbesondere mehr weibliche) Abgeordnete säßen und zudem mehr Themen mit Jugendrelevanz behandelt würden (bzw. die jeweilige Jugendrelevanz besser sichtbar gemacht würde), könnte dies das Interesse jugendlicher Wähler:innen stärken („Eine:r von uns“; „Mein Thema“). Hilfreich wäre auch eine jugendgerechte Informationsarbeit von Legislative und Exekutive, die „auf allen staatlichen Ebenen ihre Bemühungen verstärken, durch eine jugendgerechte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit junge Menschen zu erreichen; Jugendliche werden über die von ihnen genutzten sozialen Medien angesprochen, dabei werden Jugendliche bestmöglich direkt beteiligt“ (Wiebusch 2019: 3).

Parteien und ihre Kandidat:innen sind beispielsweise aktuell gut beraten, Umweltthemen verstärkt aufzunehmen, wenn sie eine größere Zahl junger Menschen erreichen wollen.⁷³ Seit 2017 haben unter dem Einfluss von Fridays for Future die Klimasorgen bei jungen Menschen zwischen 17 und 27 Jahren massiv zugenommen – von 43 auf 61 Prozent. Klimawandel und Umweltprobleme haben für Jugendliche aller Schichten in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen – allerdings auf unterschiedlichem Niveau (Unterschicht: 57 Prozent, Oberschicht: 76 Prozent). Auch das allgemeine Umweltbewusstsein junger Menschen nimmt stark zu: 2019 fanden 71 Prozent Umweltfragen sehr wichtig.

Angesichts dieser Daten hat die letzte Shell-Jugendstudie von 2019 bereits den Abschied von der „pragmatischen Generation“ verkündet, die auf das individuelle Fortkommen bedacht ist, im Hier und Jetzt lebt und den Nahbereich kultiviert. „Die neue Generation hat die Zukunft als Thema für sich entdeckt“ (Shell 2019: 314). Aber auch soziale Gerechtigkeit ist ein hoher Wert für die befragten Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren angesichts konstanter Armutslagen und verfestigter Ungleichheiten (ebd.: 315 ff.). Dies gilt in gleicher Weise für die Anerkennung von Vielfalt und gegenseitigen Respekt.

Noch 2019 hatte die Shell-Jugendstudie allerdings davon gesprochen, dass diesen Einstellungsveränderungen noch kein Handeln entspräche. Ein Jahr später stellt eine Sinus-Jugendstudie fest, dass „von Abstinenz oder gleichgültiger Distanz zur ‚Welt der Politik‘ nicht mehr die Rede sein“ kann (Calmbach et al. 2020: 390). Bereits Mitte 2019 hatte eine repräsentative Jugendbefragung ergeben, dass 24 Prozent der 14- bis 24-Jährigen an mindestens einer Veranstaltung von Fridays for Future beteiligt waren. Die Erwachsenengeneration sei deshalb gut beraten, ihre verbreitete Ignoranz gegenüber den Sorgen der Jugendlichen zu überwinden. „Verbreitet ist die Einschätzung, dass die Klimakrise von den Verantwortlichen (Politik/Regierung sowie Wirtschaft) nicht ernst genommen wird und mögliche Problemlösungen verschleppt oder sogar hintertrieben werden. Die Teenager fordern, verbindliche Klimaziele zu setzen und diese auch durchzusetzen, den Kohleabbau zu stoppen und regenerative Energien zu fördern. Insgesamt, so die übereinstimmende Meinung,

muss das existenzielle Thema ‚Klima und Umwelt‘ noch sehr viel höhere politische Priorität bekommen“ (Calmbach et al. 2020: 406).

Auch in Deutschland ist bereits ein leichtes Jugendbeben spürbar geworden: „Insgesamt lag das Thema Klima und Umwelt bei den bis 30-Jährigen bei der Bundestagswahl 2021 weit vor anderen politischen Problemen (58 %). Unter älteren Menschen war das anders (Klima 28 %): Für diese waren häufiger auch andere Themen wie etwa Wirtschaft, Zuwanderung und Gestaltung von Renten wichtig“ (Hübner et al. 2022: 28).⁷⁴ Auch die Initiative Brand New Bundestag (s. u.) ist vom Jugendbeben inspiriert.

In puncto Selektivität der Themenagenda bei der letzten Bundestagswahl kommt eine Studie zu dem Ergebnis: „Empirisch zeigt sich, dass sich Parteien i. d. R. an den Vorstellungen männlicher Wähler sowie der oberen sozialen Schichten orientieren. Diese Diskrepanz ist im Tagesgeschäft weniger auffällig, als man erwarten könnte, da die Präferenzen von Frauen und Männern sowie von unteren und oberen Schichten oft übereinstimmen. Tun sie dies nicht, stellt sich heraus, dass abweichende Vorstellungen von Frauen und unteren Schichten in der demokratischen Repräsentation weitgehend folgenlos bleiben“ (Weber 2021: 175).

Die zitierten Befragungen junger Menschen lassen die Vermutung zu, dass deren Themen ähnlicher Selektivität ausgesetzt sind. Bündnis 90/Die Grünen haben ihre Agenda bei der letzten Bundestagswahl stärker an junge Menschen adressiert.⁷⁵ Auch die FPD hat sich wahlpolitisch erfolgreich ein jugendliches Image gegeben und dabei den libertären Gegenpol besetzt.

Die Nachfrageseite

Die Kritik an den – oft fehlenden – jugendspezifischen Repräsentationsangeboten, für die junge Menschen ihre Stimme abgeben sollen, hat bereits deutlich werden lassen, worauf es jungen Wähler:innen ankommt:

- Sie wollen bezogen auf ihre eigene politische Agenda angesprochen und als seriöse und intellektuell kompetente Gruppe ernstgenommen werden. Mit Wahlwerbung auf Waschniveau lässt sich eine Generation kaum erreichen, von der inzwischen mehr als die Hälfte nicht nur in höheren Bildungsgängen unterwegs ist, sondern in einem hohen Maß politisch interessiert und aktiv ist. Junge Menschen wollen davon überzeugt werden, warum und aufgrund welcher Versprechen sie für bestimmte Parteien bzw. Kandidat:innen stimmen sollen. Dazu gehört auch, dass mit ihnen wertschätzend kommuniziert wird.
- Umgekehrt sind abwertende Konnotationen zu vermeiden. Das gilt für einen Adultismus, der jungen Menschen immer wieder politische Kompetenzen abspricht. Das gilt auch für Formen der Wahlwerbung, die Jung- und Erstwähler:innen als aktivierungsbedürftiges, potenziell apathisches Objekt unterstellt. Die größte Gegenmobilisierung geht aktuell von konservativen Gegner:innen des Wählens mit 16 aus, die Jugendlichen nicht nur politische Kompetenzen und die nötige „Reife“ absprechen, sondern – wie der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktionen im Bundestag, Thorsten Frei – in der Senkung des Wahlalters letztlich eine „Entwertung des Wahlrechts“ sehen (Tagesspiegel vom 17.05.2023).

- Junge Menschen haben ein Recht, in ihren bevorzugten Kommunikationsformen informiert und angesprochen zu werden. Das gilt auch für Veranstaltungsformate und Events, die jugendlichen Lebenswelten entsprechen und ein Maximum an Mitgestaltung erlauben. Peer-to-peer-Formate und die maßgebliche Beteiligung jugendgeführter Initiativen und Organisationen sollten selbstverständlich sein.
- Bei all dem ist zu berücksichtigen, dass junge Menschen keine homogene Gruppe sind. Auf die Gefahr, dass ein Wahlalter 16 durch den Nesteffekt die politische Ungleichheit verstärkt, wurde schon mehrfach hingewiesen. Dies legitimiert gezielte inklusive Strategien, die sich an Milieus und Gruppen von jungen Menschen wenden, die in ihren Zugängen zu konventionellen Formen der politischen Beteiligung auf besondere Hindernisse stoßen bzw. nicht unterstützt werden. Dies gilt für benachteiligte Stadtquartiere ebenso wie für jene ländliche Räume, in denen junge Menschen keine Einrichtungen und Organisationen finden, in denen ihr politisches Interesse Resonanz findet. Aber auch schulbezogen sind Strategien gefragt, die jungen Menschen in Förder-, Haupt- und Realschulen etwas anzubieten haben.

Kampagnen

Für die mobilisierende Ansprache junger Menschen in Wahlzeiten existiert eine Fülle von Formaten, die von der themenspezifischen politischen Bildung (schulisch, außerschulisch) über jugendspezifische Medien und Informationen (z. B. durch die Jugendpresse Deutschland und Schüler:innenzeitungen) bis zur persönlichen überparteilichen Ansprache im Tür-zu-Tür-Wahlkampf reichen. Systematische Evaluationen der Wirkungen solcher Ansätze liegen jedoch nur vereinzelt und zu ausgewählten Formaten vor (etwa zum Wahl-O-Mat oder zu Wahlscouts). Bislang spielte die Zielgruppe Jung- und Erstwähler:innen keine hervorgehobene Rolle in den Wahlkampagnen der politischen Parteien. Dies gilt nicht nur für Deutschland (vgl. Greiner 2023), sondern auch für die USA.

Die *persönliche Ansprache* an der Wohnungstür durch neutrale Personen (etwa durch Wahlscouts) gilt international als Goldstandard kurzfristiger Wahlmobilisierung. Hierzu liegen auch für Deutschland positive Erfahrungen vor, etwa bei der Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg (Huber 2018: 51) sowie 2020/2021 in Berlin und Bremen (Faas et al. 2022).⁷⁶

Das Gros der Studien über die Effekte von Kampagnenpolitik stammt aus den USA (vgl. Ohme et al. 2020). Insgesamt besteht jedoch der Eindruck, dass auch in den USA junge Leute mit den dort praktizierten Wahlkampagnen nur schwer zu erreichen sind.⁷⁷ Es stellt sich zudem die Frage, ob deren Ergebnisse auf Westeuropa bzw. Deutschland übertragbar sind und für die Mobilisierung von Erst- und Jungwähler:innen taugen. Analysen zur kurzfristigen Kampagnenpolitik kommen zu folgenden Ergebnissen:

- Junge Wähler:innen sind ebenso empfänglich für Schmeicheleien wie ältere, aber deutlich schwieriger zu erreichen.⁷⁸
- Jugendliche sind vor allem nach der Schule eine sehr bewegliche und damit nur schwer zu erreichende Zielgruppe. Deshalb ist es laut Nickerson sinnvoll, die Alltagsinstitutionen von jungen Menschen (Vereine, Jugendeinrichtungen etc.) zu nutzen.⁷⁹

In ihrem wissenschaftlich soliden, auf Feldstudien, Evaluationen mit Kontrollgruppen basierenden Standardwerk „Get Out the Vote (GOTV) – How to Increase Voter Turnout“, das 2019 in vierter Auflage erschienen ist, heben Green und Gerber u. a. folgende Ergebnisse hervor:

- Je persönlicher die Ansprache potenzieller Wähler:innen ist, desto größer ist die Chance, dass sie zur Wahl gehen.⁸⁰
- Automatische Telefonanrufe mit gespeicherten Botschaften sind zu unpersönlich und bringen niemanden an die Wahlurne. Hier gibt es allerdings einen trade-off: je persönlicher die Interaktion, desto schwieriger ist die große Verbreitung des Ansatzes. Deshalb sind Hausbesuche schon aus Ressourcengründen nicht für jede Kampagne machbar (Green/Gerber 2019: 10).
- Bewährt haben sich beispielsweise Festivals in Wahlzeiten und am Wahltag (Ohme et al. 2020: 888f.).
- Auch das gemeinsame Anschauen von Debatten mit Kandidat:innen im Fernsehen oder live mit anschließender Aussprache („*Debate-A-Palooza*“) wurde als erfolgreich evaluiert.⁸¹ Ähnlich positive Aussagen gibt es über ein ähnlich angelegtes Event: „Rock the Vote/CNN“ 2003. Allerdings bestehen begründete Zweifel, ob solche Veranstaltungen dauerhafte Effekte haben können.⁸²

Erinnert sei an einen Vorschlag aus dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): „Im Rahmen einer bundesweiten Kampagne, die unter Mitwirkung von Jugendlichen kreiert wurde, motivieren ältere und jüngere Testimonials Erst- und Jungwähler, ihre Stimme am Wahltag abzugeben. Schwerpunkt liegt bei der Präsenz in den sozialen Medien, die von Jugendlichen aktuell genutzt werden“ (Wiebusch 2019: 2). Doch anders als bei der historischen Arbeiter- oder Frauenbewegung fehlt es hierzulande an machtvollen Jugendbewegungen für eine Senkung des Wahlalters. Dies führt zur skeptischen Nachfrage, ob die gegenwärtige Jugendgeneration die Senkung des Wahlalters überhaupt anstrebt.⁸³

Solche Skepsis ist unangebracht, verweist jedoch auf ein markantes und folgenreiches Defizit der deutschen Debatte über das Wahlalter 16. Bislang sind Jugendinitiativen und ihre Unterstützer:innen nur wenig sichtbar. Es gibt sie durchaus, und fast täglich melden sich lokale und regionale Jugendringe und Jugendverbände mit dieser Forderung zu Wort. Aber es fehlen gemeinsame Auftritte, größere Veranstaltungen und der dadurch mögliche öffentliche Druck. Außerdem wäre eine Vernetzung der organisierten Jugendszene (Jugendverbände, Jugendringe, Jugendinitiativen, proaktive Jugendorganisationen der Parteien etc.) wünschenswert, die sich zwar mehrheitlich für die Senkung des Wahlalters vor allem im Vorfeld von Wahlen ausgesprochen hat, aber bislang nicht gemeinsam mobilisierende Aktionen und Events initiiert hat. Wie das neuseeländische Beispiel zeigt, wäre auch eine intensive Kooperation mit jugendgeprägten Bewegungsorganisationen im Klimabereich wünschenswert, um breitere Mobilisierungen zu erreichen.

Ein „natürlicher“ Bündnispartner sind zudem die rund 700 kommunalen Kinder- und Jugendparlamente und ihre Zusammenschlüsse auf Länderebene. Es gibt bereits einige lokale Initiativen aus diesem Umfeld für das Wahlalter 16. Stiftungen könnten die notwendige Infrastruktur für Vernetzungsinitiativen anbieten sowie die Entwicklung einer gemeinsamen Agenda und Strategie anregen und unterstützen.

Nachfolgend werden einige nachahmenswerte Initiativen und Projekte überwiegend aus der Zivilgesellschaft vorgestellt – sie können stilbildend im Sinne der dargestellten Anforderungen an eine demokratisch nachhaltige Senkung des Wahlalters wirken.

5 Ausgewählte Initiativen und Projekte

5.1 „Jugendbeben“

Angeregt durch die Debatte über ein „Jugendbeben“ gab 2019 eine Koalition von kanadischen Jugendhilfe-Organisationen eine Studie in Auftrag mit dem Titel „Another Youthquake? Exploring the concerns, priorities, and political engagement of Canadian youth aged 15 to 30“ (Coletto/Kishchuck 2019), deren Resultate auch für andere westliche Demokratien gelten dürften:

„Youth are unsatisfied with the action, or lack thereof, being taken by the political system to address the issues they care most about. Most young Canadians are not actively involved in their communities, but they still see a value in it, and still see value in the political process.

They need more opportunities to get involved and more effort to make politics, government, and community engagement more accessible and inclusive. Not all youth engage in their community in the same way but can be encouraged to increase their involvement. This doesn't mean that all youth will take up volunteering, but it does mean that there is a willingness and a desire to increase involvement among most youth. The potential for another 'youthquake' is there. To activate it, requires collective action by government, civil society, businesses, and educators“ (Coletto/Kishchuck 2019: 28).

Das kanadische Vorbild – eine Kombination von partizipativer Jugendstudie, Konferenz und Kampagne – könnte auch für Deutschland interessant sein. Die Vorteile sind die Stärkung der Nachfrageseite durch eine selbstständige Jugendagenda und artikulierte Forderungen an die Angebotsseite. Gleichzeitig gibt es verschiedene Elemente von Empowerment, denn die Ressourcen und Interessen von jungen Menschen stehen im Mittelpunkt und diese benennen die Defizite institutioneller Politik aus ihrer Sicht. Gleichzeitig geht es um eine Selbstverpflichtung zum politischen Engagement der beteiligten Jugendlichen selbst.

An einer empirisch gehaltvollen, partizipativ erstellten Jugendstudie, die ihre Befunde zu einer unabhängigen politischen Agenda verdichtet, fehlt es in Deutschland. In den Shell-Jugendstudien beispielsweise dominieren meist die Deutungen der älteren Verfasser:innen. Die ansonsten durchaus verdienstvollen, vom BMFSFJ verantworteten Kinder- und Jugendberichte sparen den Bereich repräsentativer Politik selbst dann aus, wenn es um die „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ geht (16. Kinder- und Jugendbericht vom November 2020). Diese Ausblendung ist bei einer gleichzeitigen Ausweitung des Jugendalters auf 27 Jahre nicht nachzuvollziehen.

5.2 Brand New Bundestag

Der 2019 gegründete Verein Brand New Bundestag (BNB)⁸⁴ widmet sich einer für deutsche Verhältnisse neuen und ungewöhnlichen politischen Initiative. Sie nimmt mit einer vorwiegend digitalen Variante des Community Organizing Einfluss auf die Zusammensetzung des gegenwärtigen Bundestags und nachfolgender Landtage, indem sie – teils erfolgreich – für die Nominierung und Wahl „progressiver“ Kandidat:innen quer zu den Parteien mobilisiert hat. Das Unbehagen des Vereins entzündete sich an der wenig repräsentativen Zusammensetzung der Parlamente und der unzulänglichen gesellschaftlichen Verankerung von Parteien und Mandatsträger:innen:

„Das politische System in Deutschland hat ein Problem: Viele Menschen wünschen sich Veränderung, fühlen sich aber von der Politik nicht mehr repräsentiert und wahrgenommen. Unsere Gesellschaft wird immer diverser, unsere Parlamente jedoch nicht. Gerade der Bundestag ist oft mehr mit dem Erhalt des Status quo beschäftigt, anstatt die rapiden gesellschaftlichen Veränderungen aufzugreifen und mit mutigen Entscheidungen die Zukunft zu gestalten. Bei vielen Menschen führt dies zu einer wachsenden Politikverdrossenheit. Dabei mangelt es nicht an Menschen, die politisch denken und sich engagieren. Das Engagement konzentriert sich jedoch häufig auf die Zivilgesellschaft – der Politik mangelt es an breiten Bewegungen und neuen Perspektiven. Brand New Bundestag versteht sich als Antwort auf dieses Problem: Wir wollen den Schulterschluss von Zivilgesellschaft und Parteien, um mutig unsere Zukunft gestalten zu können. Wir verstehen uns als Bindeglied zwischen engagierter Zivilgesellschaft und institutionalisierter Politik. Wir wollen progressive Strömungen bündeln und ein Momentum für Veränderung anstoßen. Wir setzen uns für mehr Diversität im Bundestag ein; denn nur wenn Menschen angemessen repräsentiert sind, können gute Entscheidungen für die gesamte Bevölkerung getroffen werden“ (BNB-Netzseite <https://brandnewbundestag.de/>).

In der digitalen Selbstdarstellung des Vereins liest sich das so: „Brand New Bundestag (BNB) ist eine unabhängige und überparteiliche Graswurzel-Organisation, die sich für eine progressive, zukunftsorientierte Politik einsetzt. Wir unterstützen Menschen, die mit progressiven Ideen frischen Wind in die Parlamente bringen, bei ihrem Weg in politische Ämter. Wir wollen, dass die Parlamente alle Menschen unserer Gesellschaft repräsentieren.

Dafür bauen wir eine Brücke zwischen Zivilgesellschaft und Politik, damit die Stimmen der Bewegungen in die politische Entscheidungsfindung einbezogen werden. Zu diesem Zweck schaffen wir Orte der Vernetzung zwischen unterschiedlichen Akteur:innen und sorgen somit dafür, dass wir gemeinsam, innovativ und pragmatisch eine lebenswerte Zukunft gestalten“.

Eine gemeinsame progressive Agenda ist Grundlage für die offene Bewegung BNB und umfasst die vier Eckpunkte Klimakrise, soziale Gerechtigkeit, nachhaltiges Wirtschaften und Europa als vernetzte Solidargemeinschaft – angereichert mit erstaunlich konkreten Vorschlägen, etwa auch zur Bildungs- und Migrationspolitik. Ihre erste große digitale Kampagne startete BNB zur Bundestagswahl 2021 unter #GemeinsamZukunftWählen. In einem aufwändigen mehrstufigen Auswahlprozess hat BNB unter den Bundestagskandidat:innen „TOP50 Progressives“ identifiziert. Ein Auswahlkomitee hat daraus eine Shortlist mit elf Kandidat:innen entlang von Lebensgeschichte, politischen Entscheidungen, Diversitätsmerkmalen, Parteizugehörigkeit, Regionen, Wahlchancen etc. erstellt,

die dann durch digitales Community Organizing, aber auch mit klassischen Formen der Wahlkampf- arbeit unterstützt wurden. Dieser Einsatz war aus Sicht des BNB durchaus erfolgreich: Drei der elf BNB-Kandidierenden zogen in den 20. Deutschen Bundestag ein. Auch in den Medien wurden die BNB-Unterstützungsaktionen und Erfolge überwiegend positiv aufgenommen.

Die fortschreitende Digitalisierung hat die Kampagnenpolitik von sozialen Bewegungen, Interessen- gruppen und Parteien seit einiger Zeit massiv verändert und vielfältige Spielarten von digitaler Grassroots-Mobilisierung hervorgebracht (vgl. Schiffers 2022). Nicht alle Varianten können demo- kratischen Ansprüchen genügen. Der Beitrag von BNB zum politischen Willensbildungsprozess kann in einigen Dimensionen durchaus als vorbildlich gesehen werden. Dies gilt besonders für die Transparenz der Ziele, die Verknüpfung von pragmatischen politischen Interventionen mit einem grundlegenden Politikwandel, das hohe Maß an Öffentlichkeit bei der Auswahl der unterstützten Kandidat:innen und der eigenen pro-aktiven Kampagnen. Zudem ist es BNB bislang gelungen, den Graswurzelcharakter ihrer digitalen Organisierung zu bewahren.

Es ist durchaus möglich, dass BNB mit seiner digitalen Kampagnenpolitik neue progressive Impulse in Parlamenten und Parteien anstoßen kann. Die deutsche Initiative wird es dabei einerseits schwe- rer haben als ihr Vorbild, der 2016 mit einer ähnlichen progressiven Agenda gegründete *Brand New Congress*, der sich für Kandidat:innen wie Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez eingesetzt hat. Zivilgesellschaftlich agierende „Political Action Committees“ (PACs) sind ein traditioneller Be- standteil von US-Wahlkämpfen, während sie in Deutschland die Rolle von Parteien eher herausfordern. BNB könnte andererseits jedoch auch erfolgreicher als sein US-Vorbild sein, weil das Ausmaß an politischer Polarisierung hierzulande deutlich geringer ist und es damit eine progressive Agenda leichter haben könnte, gesellschaftliche Sichtbarkeit und integrative Wirkung zu entfalten.

5.3 Parlamentarische Formate verstärken und nutzen

Eine mittelfristige Strategie sollte auf die Stärkung parlamentarischer Erfahrungen von jungen Men- schen setzen. Solche Beteiligungsformate tragen nicht nur zum Verständnis repräsentativer Politik bei, sondern bieten auch ein Forum, das Lernchancen für künftige Vertreter:innen im parlamentari- schen Raum eröffnet. Folgende Ansätze sollten gestärkt werden:

- Kinder- und Jugendbudgets in Kommunen, in Schulen (z. B. durch „Schülerhaushalte“) und Ju- gendeinrichtungen, aber auch in politischen Programmen (z. B. „Demokratie leben!“ , das in rund 360 Partnerschaften für Demokratie ein Jugendforum mit einem Jugendfonds unter- stützt) erfreuen sich insgesamt steigender Beliebtheit. Durch konkurrierende Projektideen und demokratische Abstimmungsverfahren können junge Menschen basale politische Erfah- rungen machen, wie sie in Konkurrenzdemokratien üblich sind. Das direktdemokratische Moment garantierter Budgets erlaubt zudem die zeitnahe Umsetzung ausgewählter Vorhaben und damit die Erfahrung starker (Selbst-)Wirksamkeit (Roth 2020).
- Anspruchsvoller ist die Einrichtung kommunaler Kinder- und Jugendparlamente, die es aktuell in etwa 700 Kommunen gibt. Ein Förderprogramm des BMFSFJ („Starke Kinder- und Jugend- parlamente“) unterstützt deren Verbreitung. Solche Parlamente galten lange als zu

anspruchsvoll und wenig jugendgemäß oder als bloße Alibiveranstaltung. Eine jüngere Studie hat gezeigt, dass lokale Kinder- und Jugendparlamente erfolgreich sind durch eine Praxis, die kinder- und jugendrelevante Themen des Stadt- oder Gemeinderats mit dem Einsatz für selbst gewählte Projekte verknüpft. Auch hierfür werden den Kinder- und Jugendgremien vielerorts eigene Budgets zur Verfügung gestellt (vgl. Roth/Stange 2020).

- Mehr als die Hälfte der Bundesländer hat regelmäßige Jugendlandtage eingerichtet, deren Funktion zwischen parlamentarischer Nachwuchsförderung, politischer Bildung und einer Interessenvertretung junger Menschen changiert (Roth/Wenzl 2019). Besonders interessant scheint eine Variante, die zuletzt in Baden-Württemberg entwickelt wurde. Dabei wird der Jugendlandtag flächendeckend von lokalen bzw. regionalen Konferenzen vorbereitet, die Delegierte entsenden und ihnen eine abgestimmte Agenda mit auf den Weg geben, um die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Parteien damit zu konfrontieren. Dabei hat sich u. a. gezeigt, dass die wesentlich von den Ländern verantwortete Schul- und Bildungspolitik ein wichtiges Themenfeld darstellt, für das es auf anderen Beteiligungsebenen keine Ansprechpartner:innen gibt.
- Auf Bundesebene gibt es bislang keinen Versuch, eine (selbst)ständige Vertretung junger Menschen aufzubauen. Verglichen mit einigen europäischen Nachbarländern fällt eine besondere Zurückhaltung in Deutschland auf, wenn es um eine eigenständige Interessenvertretung von jungen Menschen auf allen politischen Ebenen geht, die durch eigene parlamentarische Strukturen unterstützt wird (vgl. Janta et al. 2021). Die von den Verbänden getragenen Jugendringe, die sich kommunal, auf Landes- und auf Bundesebene zu Wort melden, können dieses Defizit nur bedingt ausgleichen, weil sie allenfalls die verbandlich organisierten jungen Menschen repräsentieren können. Auch die Landes- und Bundesschülerkonferenzen haben nur ein begrenztes politisches Mandat.

5.4 STEM'RNE – Die Stimmen

Im europäischen Kontext werden immer wieder Zweifel am Nutzen der GOTV-Praxis im US-Stil für die Zielgruppe Erstwähler:innen vorgebracht, um deren politische Bürgerschaft es gehen sollte. Vor allem die vorgelagerte Registrierungspraxis bietet besondere Hürden für die Wahlbeteiligung junger Menschen in den USA, die nicht zuletzt deshalb im internationalen Vergleich den mit Abstand geringsten Anteil junger Altersgruppen bei Wahlen aufweisen (vgl. Holbein/Hillygus 2020: 4).

Dennoch können auch hierzulande kurzfristige Events und mediale Inszenierungen zum Ausgangspunkt politischen Interesses und politischer Bürgerschaft werden.⁸⁵ Interessante Hinweise auf die europäischen Bedingungen für GOTV-Initiativen bietet die Analyse einer dänischen Kampagne, die schulische politische Bildung, Events und einen Social-Media-Einsatz kombiniert hat:

„STEM'RNE (Danish: The Voices), the campaign ... was an informational non-partisan get-out-the-vote campaign in a specific region in Denmark situated in the context of the 2017 local elections. The campaign was initiated by six established Danish media outlets in collaboration with the local university and its library. The goal of STEM'RNE was to target, engage, and communicate directly with 18–25-year-olds through events and informational efforts in the classroom, combined with journalistic coverage of the election on social media” (Ohme et al. 2020: 892).

Dabei war das Lehrpersonal der zehnten bis zwölften Klassen an 16 Schulen verpflichtet, den Wahlen zehn bis zwölf Doppelstunden zu widmen. Außerdem gab es eine Probeabstimmung in jeder Schule. Zu Beginn und zum Ende der Kampagne wurde jeweils ein Festival veranstaltet mit Musikgruppen, DJs, Besuchen von Influencer:innen, öffentlichen Debatten, Videobotschaften, Testimonials junger Wähler:innen. Zudem gab es 25 Live-Debatten mit jungen lokalen Kandidat:innen, die auch im Fernsehen und via Facebook übertragen wurden. „The journalistic coverage of STEM’RNE’s was almost entirely disseminated through social media, specifically Snapchat, Facebook, and Instagram, and featured text, picture, and video uploads” (Ohme et al. 2020: 893). Die Facebook-Beiträge sollten lustig sein und zu Debatten anregen: „Examples of Facebook content include celebrities telling off nonvoters, the video ‘Grandpa decides’ on what the world would look like if only old people voted, and short debates with young candidates from opposing parties” (ebd.: 893).

Fragebögen zur Evaluation der Kampagne wurden klassenweise in zwei Wellen ausgefüllt (vor und nach den Wahlen, vor allem in Gymnasien) und waren dort besonders ergiebig, wo es engagierte Lehrer:innen gab. Vielleicht lag es auch an diesem Auswahlverfahren, dass die schulischen Bildungsangebote bei den Schüler:innen besonders gut abschnitten. Insgesamt konnte durch die Kampagne das politische Interesse und das politische Wissen der Schüler:innen deutlich gesteigert werden,⁸⁶ während der Einsatz der sozialen Medien eher kritisch betrachtet wurde und teilweise sogar negative Effekte zeitigte.⁸⁷

„In sum, we find political interest and political knowledge to be most affected by STEM’RNE interventions, while changes in political efficacy are only loosely connected to any campaign effort. In general, civic education seems to be more effective than attending political events, but event participation also fostered certain types of political engagement. With regards to the social media efforts of STEM’RNE, our results indicate that, over the course of the campaign, students may have decreased in their political interest when engaging with some of the campaign’s social media activities ... A strong personalization of campaign information on Instagram may also hinder positive outcomes for democratic key variables” (Ohme et al. 2020: 899).

Insgesamt erfährt dieser aus mehreren Elementen bestehende Kampagnentyp eine vorsichtig positive Einschätzung: „Get-out-the-vote campaigns can affect the political engagement of young citizens beyond the mere act of voting. Employing different communication means bundled as part of a specific campaign seems to meet young voters on a level where different campaign interventions help them to become more engaged with politics in general” (ebd.: 901).

5.5 Wahlscouts

Wahlscouts will als überparteiliche, neutrale Kurzzeitintervention der politischen Bildung an der Haustür erstens den Jungwähler:innen niederschwellige und übersichtlich aufbereitete Basisinformationen zur Wahl anbieten und sie zweitens ermutigen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Gleiche politische Teilhabe soll durch Hausbesuche in Gebieten mit Quartiersmanagement erreicht werden. Aufgrund einer Intervention des Bundesinnenministeriums wurde das Projekt nach

kurzer Zeit gestoppt. Insgesamt waren die Wahlscouts damit in Bremen nur vier, in Berlin nur fünf Tage im Einsatz, ehe die Besuche an Haustüren eingestellt wurden.

„Die ‚Wahlscouts‘ sind ein Teilprojekt des Modellprojekts ‚Gleiche politische Teilhabe‘ – Erprobung von Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung“, das die Berliner Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen der ressortübergreifenden Strategie ‚Soziale Stadt – Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier‘ seit November 2020 durchführt. Mit dem Städtebauförderprogramm ‚Sozialer Zusammenhalt‘ (ehemals ‚Soziale Stadt‘) unterstützt das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen die Stabilisierung und Aufwertung benachteiligter Stadtquartiere. Ziel des Programms ist, in einem integrierten Ansatz die Chancen ihrer Bewohner:innen auf Teilhabe und Integration zu verbessern; angesichts der anhaltenden Herausforderungen in benachteiligten Quartieren sollen alle föderalen Ebenen die Quartiere noch effizienter und integrierter unterstützen. Für die Ebene des Bundes hat das Bundeskabinett am 31.08.2016 eine ressortübergreifende Strategie ‚Soziale Stadt – Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier‘ beschlossen. Ziel ist die Entwicklung und Förderung von Modellvorhaben, die bundesweit vor Ort in den Quartieren fachübergreifende Kooperationen und innovative Vernetzungsstrukturen anstoßen sollen. Die ressortübergreifende Strategie umfasst zehn Handlungsfelder. Das Modellprojekt ‚Gleiche politische Teilhabe‘, in dessen Rahmen die ‚Wahlscouts‘ aktiv wurden bzw. werden sollten, ist dem Handlungsfeld ‚Bürgerschaftliches Engagement, Teilhabe und Demokratieförderung‘ zugeordnet.

Erfahrungen aus einem Pilotprojekt ‚Wahlscouts‘ anlässlich der Bürgerschaftswahl 2019 in Bremen haben gezeigt, dass viele der aufgesuchten Menschen durchaus Interesse an Politik oder Wahlen äußerten, aber zugleich das Gefühl hatten, es interessiere niemanden, ob man wählen gehe oder nicht. Daher wurde schon die bloße Anwesenheit der Scouts im eigenen Quartier und die persönliche Ansprache an der Haustür von vielen Gesprächsteilnehmer:innen 2019 als wertschätzend und motivierend empfunden.“ (Auszüge aus einem Bericht zum Projekt „Wahlscouts“ von Thorsten Faas, Carsten Koschmieder, Lisa Peyer und Annette Wallentin, Ms. Berlin 2022)

5.6 Demokratie-Wagen

Demokratie-Wagen, Coach e. V. Köln.⁸⁸ Eine Gruppe von Jugendlichen gestaltete mit Unterstützung eines Bildungsträgers einen 2020 erworbenen, ausrangierten Camping-Wohnwagen zu einem „Demokratie-Wagen“ um. Aus dem Innenraum wird ein Treff für junge Leute. Das Äußere macht mit auffälligen und ansprechenden Graffitis auf den „Demokratie-Wagen!“ aufmerksam. Der Wohnwagen wird als Treff und für Workshops genutzt sowie für den Besuch öffentlicher Orte wie Schulen, Wochenmärkte und Straßenfeste. Vor den Kommunal- und Integrationsratswahlen im September 2020 versuchte die jugendliche Projektgruppe mit ihrem mobilen Angebot die Wahlbereitschaft unter jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu stärken, aber auch allgemeine politische Debatten zu Themen anzuzetteln, die gemeinsam interessierten.

Seither wird der Wagen weiter als Begegnungsraum zum Austausch über politische und gesellschaftliche Fragen bei sich bietenden Gelegenheiten genutzt, so auch im Vorfeld der Bundestagswahlen 2021 und der NRW-Landtagswahlen 2022.

- Mit dem Fokus Wahlmobilisierung handelt es sich um eine Initiative, die zur *Stärkung der repräsentativen Demokratie* beitragen will. Es geht nicht darum, für eine bestimmte Partei zu werben, sondern potenzielle Erst- und Jungwähler:innen für eine Wahlbeteiligung zu gewinnen und die erhöhte politische Aufmerksamkeit in Wahlzeiten für Debatten über politische Handlungsmöglichkeiten in der Demokratie zu nutzen. Die zeitliche Verknüpfung von Kommunal- und Integrationsratswahlen in Nordrhein-Westfalen im September 2020 hat zudem für junge Zugewanderte ohne Kommunalwahlrecht die Chance geboten, über die Wahlen zum Integrationsrat ihre Interessenvertretung in der Kommunalpolitik mitzubestimmen. Da generell die Wahlbeteiligung von jungen Menschen – zumal mit Migrationshintergrund – relativ niedrig ist, zielt das Projekt auf die Verkleinerung einer oft beklagten Repräsentationslücke in Vertretungen und Parlamenten.
- Der „Demokratie-Wagen!“ ist vor allem ein Projekt von Jugendlichen für Jugendliche. Die Idee entstand bei Coach e. V., weil der Bildungsträger keine eigenen Treffmöglichkeiten anbieten konnte, wie dies in der offenen Jugendarbeit üblich ist. Dennoch sollte der Wohnwagen mehr bieten als nur einen Ort zum Abhängen – politische Partizipation war das von Jugendlichen gewählte Thema. Die betreuenden Mitarbeiter:innen von Coach e. V. betonen den partizipativen Charakter des Vorhabens von der handwerklichen Umgestaltung und kreativen Renovierung des Wohnwagens über die inhaltliche Bestimmung der Nutzungsziele bis hin zur Bildung eines jugendlichen Projektteams, das mit dem Wagen auf Tour geht und sich politischen Debatten stellt. Peer-to-peer-Formate gelten zurecht als ideale Ansätze, um junge Menschen anzusprechen, die aus eher bildungs- und politikfernen Milieus kommen und meist negative Erfahrungen im deutschen Bildungssystem gemacht haben. Hier droht keine weitere Belehrung durch Erwachsene. Outfit und Design des Wagens, die lockere Verknüpfung von Chillen, Treffen und Abhängen mit politischer Aktivierung in der Nutzung des Wagens und das jugendliche Projektteam sorgen für lebensweltliche Nähe und machen die politischen Reflexions- und Handlungsangebote jugendgemäß und glaubwürdig.
- Als eine vergleichsweise klein gewordene Zielgruppe sind Jugendliche, besonders solche mit Migrationsgeschichte, durch eine asymmetrische Wahlmobilisierung zusätzlich in der Gefahr, vernachlässigt zu werden. Ihre Themen und Anliegen schaffen es nur selten auf die offizielle politische Agenda oder in Beschluss- und Gesetzesvorlagen der Parlamente und der kommunalen Vertretungen. Umso wichtiger sind Initiativen, die ihnen Raum und Gelegenheiten geben, ihre eigene politische Agenda zu entwickeln und diese mit dem bestehenden politischen Angebot abzugleichen.
- Das mobile Angebot des Demokratie-Wagens erfüllt alle Voraussetzungen, um niedrigschwellig und aufsuchend mit Jugendlichen in Quartieren mit hoher Sozialhilfedichte ins Gespräch zu kommen. Die Verknüpfung von Treff und Unterhaltungsangeboten mit politischer Bildung und Mobilisierung senkt noch einmal die Zugangsbarrieren, ohne das politische Ziel „Demokratie-Wagen!“ zu verbergen. Das mobile Angebot bietet nicht nur die Chance, junge Leute an ihren Treffs und Freizeitorten aufzusuchen. Es vermeidet auch eine Konkurrenz um knappe örtliche Nutzungen, weil es temporären Charakter hat. Hier liegt gleichzeitig eine wichtige Einschränkung. Mobile Wohnwagen-Angebote können den Wunsch junger Menschen nach festen Treffs im Quartier nicht dauerhaft ersetzen.

- Ob es dem Projekt tatsächlich gelungen ist, die Wahlbeteiligung der angesprochenen Jugendlichen nennenswert zu erhöhen, muss hier offenbleiben. Das eigentliche demokratiepolitische Verdienst dürfte vielmehr darin bestehen, durch alltagsnahe politische Diskussionen mit einer eher bildungs- und politikfernen Zielgruppe einen kleinen Beitrag zur politischen Chancengleichheit zu leisten, indem demokratische Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und debattiert werden. Angesichts der verbreiteten Vernachlässigung politischer Bildung in Förder-, Haupt- und Realschulen (Achour/Wagner 2020) wird hier ein außerschulischer Kontrapunkt gesetzt. Indem Jugendliche mit Migrationsgeschichte von Mitgliedern ihrer Peergroup vermittelt durch einen Bildungsträger gezielt angesprochen und nach ihrer politischen Agenda gefragt werden, ist zudem mit einem Mut machenden Anerkennungseffekt zu rechnen.

Trotz dieses überzeugenden Profils dürfte eine Übertragung des Ansatzes nicht leichtfallen, denn eine zentrale Gelingensbedingung des Projekts „Demokratie-Wagen!“ ist der Träger „Coach e. V.“ selbst, sein Leitbild, sein Tätigkeitsprofil und seine lokale Verankerung. Die 2004 gegründete Migrant:innenselbstorganisation ist ein anerkannter Kölner Bildungsträger, der inzwischen mit 25 Beschäftigten an vier Standorten und einem Umsatz von 1,4 Millionen Euro aktiv ist. Er ist divers aufgestellt, das Team verfügt über 15 Sprachen, die angesprochenen Jugendlichen über 30 Sprachen. Obwohl der Träger seine Räumlichkeiten in benachteiligten Quartieren hat, möchte er nicht nur benachteiligte Jugendliche ansprechen, sondern auch in dieser Hinsicht divers aufgestellt sein. Da die Ansprache wesentlich über das Angebot zur kostenlosen Nachhilfe erfolgt, werden vor allem Kinder mit Schulproblemen erreicht. Sie kommen allerdings inzwischen aus 50 Schulen unterschiedlicher Formen. Das Angebot setzt in der fünften Klasse an und wird in der Regel vier bis fünf Jahre wahrgenommen.

5.7 „Vote16 – Wahlrecht ab 16 in Bayern“

Anfang Mai 2023 startete in Bayern mit prominenter Unterstützung das Volksbegehren „Vote16“ mit dem Ziel, die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei den bayerischen Kommunal- und Landtagswahlen durchzusetzen. Wenige Wochen zuvor hatte sich die Landtagsmehrheit erneut gegen eine Senkung ausgesprochen. In Bayern gibt es reichhaltige Erfahrungen mit der Nutzung direktdemokratischer Verfahren, nachdem durch einen Volksentscheid die Hürden für dieses Instrument drastisch gesenkt wurden.⁸⁹ Getragen wird die Initiative vom Verein „votesixteen“ und dem Bayerischen Jugendring. Bereits die Unterschriftensammlung für die Zulassung des Volksbegehrens hat eine beachtliche Resonanz und mediale Aufmerksamkeit erfahren. Jugendorganisationen wie die Bayerische Landjugend gehören zu den Unterstützer:innen, Mitglieder der Katholischen Landjugendbewegung Bayern sammeln mit Plakaten „Ich will meine Zukunft selbst wählen. #ALTGENUG“ für Unterschriften. Mit 25.000 Mitgliedern und 900 Ortsgruppen ist der Katholische Landjugendverband der größte ländliche Jugendverband des Freistaats. Nicht nur die Landtagsopposition unterstützt die Kampagne, sondern auch in der CSU bröckelt der Widerstand. So kann sich auch die CSU-Sozialministerin Ulrike Scharf Wahlalter 16 „gut vorstellen“.

Selbst wenn das Volksbegehren und ein möglicher Volksentscheid nicht erfolgreich sein sollten, dürften die Mobilisierungseffekte beachtlich sein. Lokale Jugendringe mobilisieren nach Brüssel und

zu den Landtagswahlen, veranstalten Jugendkulturfestivals, Aktionswochen und Aktionstage – wie etwa die Kreisjugend Ostallgäu.

6 Zusammenfassung

Weltweit gibt es einen Trend in Richtung Wahlalter 16, der sich auch in Deutschland bei einer Mehrzahl der Landtags- und Kommunalwahlen durchgesetzt hat. Jüngst sind die Wahlen zum Europäischen Parlament für 16- und 17-Jährige geöffnet worden. Es fehlt die Bundesebene und auch in einigen Bundesländern ist der Widerstand gegen eine Senkung des Wahlalters massiv. Sogar von einer drohenden „Entwertung des Wahlrechts“ ist die Rede.

Wahlalter 16 ist somit kein Selbstläufer. Es lohnt, die Argumente für diese Reform zu schärfen. Dies geschieht in einem ersten längeren Abschnitt. Dabei werden die bekannten Argumente vorausgesetzt, die aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen überzeugend belegen können, dass auch 16- und 17-Jährige alle entwicklungsbedingten Voraussetzungen erfüllen, die für ein kompetentes, mit den eigenen Überzeugungen kongruentes Wählen notwendig sind. „Fehlende Reife“ kann heute kein solides Argument mehr sein, um dieser Altersgruppe das Wahlrecht vorzuenthalten. Stattdessen werden sechs Argumente geltend gemacht, die für ein Wahlrecht 16 sprechen. (1) Aktuell gibt es in Sachen Wahlalter einen Flickenteppich. Es ist daher eine Frage der *Wahlrechtsgleichheit*, diesen Zustand bundesweit zu überwinden und allen jungen Menschen den gleichen Zugang zu Wahlen zu ermöglichen. (2) Da es keine überzeugenden Argumente gegen das Wahlrecht für 16- und 17-Jährige gibt, handelt es sich bei der Weigerung, das Wahlalter zu senken, um eine unberechtigte *Altersdiskriminierung*. (3) Dieser Widerstand ist gleichzeitig der Versuch, *Macht und Privilegien* gegen den Zugriff der nachwachsenden Generation zu sichern. (4) Mit der Senkung des Wahlalters entsteht ein *Jugendbonus*, der zur Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie beitragen kann. (5) Gleichzeitig stärkt sie die *Bürgerschaft junger Menschen*. (6) Wenn 16- und 17-Jährige erstmals wählen können, kann ein *Pioniereffekt* entstehen, der auch längerfristig die Wahlbereitschaft stärkt.

Um die Widerstände gegen die Senkung abzubauen und Wählen mit 16 zu einem demokratischen Erfolg für die jungen Menschen und die Gesellschaft insgesamt zu machen, lohnt es sich, folgende Handlungsfelder als strategische Ansatzpunkte zu wählen:

1. *Eltern als primäre politische Sozialisationsinstanz – der „Nesteffekt“*. Je jünger die Wähler:innen sind, desto stärker ist der Einfluss des Elternhauses. Es gilt, die Eltern als Unterstützer:innen der Wahlrechtsreform zu gewinnen und ihre Vorbildfunktion zu stärken.
2. *Bildung und Schule*. Ähnliches Gewicht kommt Schulen und ihren Angeboten zu, da sich ein Großteil der nachwachsenden Generation dort aufhält. Mit der Senkung des Wahlalters steigen die Anforderungen an außerschulische und schulische politische Bildung sowie eine demokratische Schulkultur.
3. *Politisches Interesse und politische Selbstwirksamkeit (political efficacy)*. Politisches Interesse und die Fähigkeit, kongruent, also in Übereinstimmung mit den eigenen politischen

Prioritäten zu wählen, entstehen nicht am Wahltag, sondern sind abhängig von vorgängigen demokratischen Alltagserfahrungen in Schulen, Vereinen, in der Familie und in der Kommune.

4. *Soziale Einbettung und Peers.* Für 16- und 17-Jährige spielen Peers eine zentrale Rolle. Es gilt die Möglichkeit des Wählens in Gleichaltrigengruppen populär zu machen.
5. *Vertrauen in repräsentative Politik: politische Parteien, Parlamente und Regierungen.* Viele junge Menschen nehmen Politik als eine Altherren-Veranstaltung wahr, die keinen Bezug zu ihren Interessen hat. Es ist nicht zuletzt an Parteien, Parlamenten und Regierungen, sich für junge Menschen zu öffnen, ihnen Mitgestaltungsmöglichkeiten anzubieten und das eigene Image glaubwürdig zu verjüngen.
6. *Bürgerschaftliches Engagement.* Im bürgerschaftlichen Engagement steckt oft das Motiv, im Kleinen etwas gestalten zu können. Junge Menschen gehören zu den aktivsten Altersgruppen des freiwilligen Engagements. Es kommt deshalb darauf an, Brücken aus dem Engagement hin zur repräsentativen Demokratie zu bauen.
7. *Ausweitung des politischen Handlungsrepertoires.* Junge Menschen nutzen heute sehr selbstverständlich ein breites politisches Handlungsrepertoire. Sie engagieren sich in Bürgerinitiativen, in kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten, protestieren auf der Straße und haben vor allem im Klimabereich eine der stärksten sozialen Bewegungen weltweit hervorgebracht. Die Institutionen der repräsentativen Politik sollten dieser erweiterten politischen Kultur Rechnung tragen und positiv reagieren.
8. *Digitale Medien.* Der Alltag junger Menschen ist heute, anders als noch der ihrer Eltern, von der Nutzung sozialer Medien geprägt. Sie haben ein Recht darauf, auch auf ihren Kanälen angesprochen zu werden. Die berechtigten Sorgen vor den negativen Folgen digitaler Kommunikation sollten deren Nutzung nicht verhindern.
9. *Angebots- und Nachfragestrategien, Kampagnen.* Auch junge Menschen können nur erreicht werden, wenn ihre Lebenswelten, ihre Wünsche und Interessen im politischen Raum ernstgenommen werden. Daran mangelt es nicht nur in Wahlkämpfen. Gefordert ist eine Verjüngung, nicht nur der Personen und Parteien, die sich zur Wahl stellen, sondern auch der politischen Agenda.

In der Darstellung dieser Handlungsfelder und strategischen Ansätze sind konkrete Vorschläge und Projekte enthalten, die zur Stärkung einer Kampagne „Wählen ab 16“ beitragen. Von entscheidender Bedeutung dürfte es sein, bereits vorhandene Initiativen und Akteure so zu vernetzen, dass ihre öffentliche Resonanz und Wirksamkeit gesteigert werden.

7 Empfehlungen in Kurzfassung

7.1 Ziele und „Framing“ von Initiativen und Mobilisierungen

7.1.1 Prämisse: Es geht bei der Senkung des Wahlalters um Demokratiestärkung – sowohl für die 16- und 17-Jährigen als auch für die Gesellschaft insgesamt

(1) Der aktuelle Flickenteppich in Sachen Wahlalter verletzt die *Wahlrechtsgleichheit*. Junge Menschen haben bundesweit das Recht auf gleichen Zugang zu Wahlen auf allen politischen Ebenen.

(2) Das Wahlrecht für 16- und 17-Jährige überwindet eine unberechtigte *Altersdiskriminierung*.

(3) Den Gegner:innen der Wahlaltersenkung geht es nicht zuletzt darum, *Macht und Privilegien* gegen den Zugriff der nachwachsenden Generation abzusichern. Dies beschädigt demokratische Grundwerte.

(4) Die Senkung des Wahlalters erzeugt einen *Jugendbonus*, der die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie stärken kann.

(5) Junge Menschen können und wollen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Begrüßen wir sie, indem wir ihre *politischen Bürgerrechte* stärken!

(6) Wenn 16- und 17-Jährige erstmals wählen können, entsteht ein *Pioniereffekt*, der auch längerfristig die Wahlbereitschaft und damit die repräsentative Demokratie stärkt.

7.2 Handlungsfelder und strategische Ansatzpunkte

7.2.1 Eltern und Familie als primäre politische Sozialisationsinstanz – der „Nesteffekt“

(7) Partizipation beginnt in der Familie. Die Unterstützung eines demokratischen Erziehungsstils in Familien stellt eine wichtige Investition in die politische Kultur dar. In „Verhandlungsfamilien“ können junge Menschen grundlegende politische Kompetenzen erwerben, die auch ihre Wahlbeteiligung fördern.

(8) Kinder und Jugendliche sind alltäglich mit oft beunruhigenden politischen Themen konfrontiert. Familien sollten deshalb ermuntert werden, politischen Debatten Raum zu geben, anstatt politische Streitthemen eher auszublenden.

(9) Eltern sind Vorbilder. Dies gilt auch für die Beteiligung an Wahlen. Dies dürfte nicht allen Eltern bewusst sein. Gefragt sind Ideen und Aktionen, die diese elterliche Vorbildwirkung am Wahltag und darüber hinaus stärken.

(10) Hilfreich dürfte die sichtbare öffentliche Mobilisierung von Eltern für ein Wahlrecht mit 16 (nicht nur) für ihre Kinder sein: „Unsere Kinder sind politisch interessiert, sie können wählen und sollen eine Stimme haben!“ Prominente könnten dies unterstützen.

7.2.2 Bildung und Schule

(11) Demokratie muss gelernt und gelebt werden. Politische Bildung und eine demokratische Schulkultur gehören deshalb zusammen. „Mehr und besser“ lauten die Anforderungen an eine zukunftsfähige Demokratiebildung, die dazu beitragen kann, Wahlalter 16 zu einem demokratischen Erfolg zu machen (vgl. Hertie Stiftung 2023). Besonders vielversprechend sind dabei Formate, repräsentativ-demokratische Verfahren mit konkreten Umsetzungsmöglichkeiten zu verknüpfen, wie dies zum Beispiel bei Schüler:innenhaushalten der Fall ist, wo Schüler:innen die Möglichkeit eröffnet wird, ihre Schule durch ein Budget mit eigenen Vorschlägen zu gestalten.

(12) Die innere und äußere Öffnung der Schulen gehört schon lange zum Kernbestand von Reformdebatten. Es geht dabei einerseits um die verbesserte Mitsprache und Mitwirkung von Schüler:innen und des pädagogischen Personals, andererseits um die Öffnung der „Anstaltsschule“ für die kommunale Umwelt. Schulen öffnen sich für die politischen Themen und Anliegen aus der Schülerschaft und werden zu wichtigen Kooperationspartner:innen für die faire und erfolgreiche pädagogische Begleitung von Wahlen.

(13) Voraussetzung für die Akzeptanz demokratiepolitischer Bildungsangebote ist die Gestaltung eines diskriminierungsarmen und anerkennenden Schulalltags.

(14) Angesichts des vorhandenen Gefälles zwischen den Schultypen sollten eine handlungsorientierte politische Bildung und die Ausweitung politischer Diskussionsräume besonders an Förder-, Haupt- und Realschulen sowie berufsbildenden Schulen gefördert werden, um Ungleichheitseffekte beim Wählen mit 16 abzumildern.

(15) Die digitale Ertüchtigung des Schulwesens ist eine notwendige Voraussetzung, um an die Kommunikationskultur der nachwachsenden Generation Anschluss zu halten.

(16) Lokale Bildungsberichte haben dafür sensibilisiert, wie notwendig die besondere Förderung vulnerabler Gruppen und benachteiligter Quartiere ist, damit die Bildungsgerechtigkeit und damit auch gleiche Wahlchancen gestärkt werden.

(17) Besonders wichtig und aussichtsreich ist die Kooperation mit Jugendmigrant:innenorganisationen und -initiativen, die Wählen in ihrer Community populär machen können.

7.2.3 Politisches Interesse und Selbstwirksamkeit

(18) Alle Formen politischer Beteiligung setzen politisches Interesse voraus. Grundschulstudien zeigen, dass junge Menschen schon früh politisches Interesse entwickeln können. Wählen mit 16 kann zum Erfolg werden, wenn spätestens die 12- bis 15-Jährigen die Chance erhalten, politische Lernprozesse zu machen.

(19) Das Vertrauen, die eigenen Lebensbedingungen durch Beteiligung beeinflussen zu können, kann am besten durch Partizipationsgelegenheiten in allen Lebensbereichen gefördert werden.

Gestaltungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen sind wichtige Voraussetzungen für die spätere Beteiligung an Wahlen.

7.2.4 Soziale Einbettung und Peers

(20) Gleichaltrigengruppen spielen für 16- und 17-Jährige eine wichtige Rolle. Sie können Wählen zur Selbstverständlichkeit machen oder das Desinteresse daran festigen. Die Interaktion zwischen unterschiedlichen Jugendmilieus und -szenen kann bestehende Abschottungen aufbrechen und neugierig auf politische Themen machen.

(21) Jugendeinrichtungen und Jugendbildungsstätten kann dabei eine wichtige Rolle zukommen, wenn sie sich für das Thema Wahlen gewinnen lassen. Ihre Verankerung im Alltag der von ihnen erreichten Jugendlichen verleiht ihren Angeboten besondere Glaubwürdigkeit.

7.2.5 Vertrauen in repräsentative Politik: politische Parteien, Parlamente und Regierungen

(22) Um die Sichtbarkeit junger Menschen und ihrer Themen in der repräsentativen Politik steht es eher schlecht. Wählen mit 16 wird erst dann zum demokratischen Erfolg, wenn die vernachlässigten Themen der nachwachsenden Generation aufgegriffen und angemessen berücksichtigt werden.

(23) Repräsentative Formate in der Kinder- und Jugendbeteiligung – wie etwa kommunale Kinder- und Jugendparlamente, Jugendbudgets oder Schüler:innenhaushalte – können dazu beitragen, das Interesse und das Verständnis für repräsentative Politik zu stärken. Dabei kommt es auch darauf an, jugendgemäße Rahmenbedingungen für repräsentative Politik zu schaffen (beispielsweise durch Sitzungszeiten und -gelder, Freistellungen oder Bildungsurlaube).

(24) Ohne den Druck der nachwachsenden Generation, werden sich die bestehenden Institutionen repräsentativer Politik vermutlich nicht für junge Menschen öffnen. Protestinitiativen und Wahlmobilisierungen können dabei zum Beispiel auf witzige Formen des „blaming“ und „shaming“ setzen, wie die dänischen Videospots „Opa entscheidet“.

(25) Stilbildend und mutmachend können Wahlinitiativen sein, die sich gezielt für junge Kandidat:innen in Parteien stark machen und damit ein Zeichen gegen einen verbreiteten Adultismus in Parteien, Parlamenten und Regierungen setzen (vgl. „Brand New Bundestag“).

(26) Parteien, Parlamente und Regierungen sind gut beraten, mit dem breiten politischen Engagement junger Menschen, ihren Initiativen, selbst organisierten Gruppen (wie etwa „Schüler Helfen Leben“) und Jugendorganisationen wertschätzend umzugehen, wenn sie ihre Repräsentationskraft erhalten und steigern wollen.

(27) Dazu gehört nicht zuletzt der Umgang mit jugendgeprägten sozialen Bewegungen, die sich, wie „Fridays for Future“, mit viel Energie und Handlungsbereitschaft für Generationengerechtigkeit und

die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft einsetzen, ohne im politischen Betrieb entsprechende Resonanz zu finden.

7.2.6 Bürgerschaftliches Engagement

(28) Statt Pflichtdienste ins Spiel zu bringen, sollten sich Wahlkampagnen für eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen durch verbesserte Rahmenbedingungen einsetzen. Dies gilt nicht zuletzt für die Ausgestaltung von Freiwilligendiensten.

(29) Junge Menschen, die in Freiwilligenorganisationen aktiv sind, dürften für die Forderung nach einem Wahlalter 16 besonders ansprechbar sein. Vor allem die Jugendorganisationen großer Verbände (Jugendfeuerwehren, Landjugend, Sportjugend, kirchliche Jugendverbände etc.) können wichtige Multiplikatoren gerade im ländlichen Raum sein.

(30) In den „Erwachsenen“-Organisationen sollte die Unterstützung von Wahlalter 16 Bestandteil einer Anerkennungskultur für ihre jüngeren Mitglieder und Aktiven sein (Motto: „Wer Brände löscht, kann auch Wählen“).

(31) Bei lokalen Initiativen und Kooperationen für eine Senkung des Wahlalters kommt den „klassischen“ Vereinen und Jugendorganisationen vor Ort eine wichtige Verstärkerrolle zu.

7.2.7 Erweitertes politisches Handlungsrepertoire

(32) Themen und Personen der neuen jugendgeprägten Bewegungen sind hilfreich, um junge Erstwähler:innen anzusprechen.

(33) Die Mobilisierungen für eine Wahlbeteiligung dürfen andere Formen der politischen Beteiligung nicht abwerten. Ein wertschätzender Umgang mit dem gesamten politischen Handlungsrepertoire ist gerade für jüngere Generationen motivierend.

(34) Direkte Beteiligungsangebote – etwa durch lokale Jugendfonds, Jugendbeiräte in Bürgerstiftungen – unterstützen dabei, die jüngere Generation für den Gang an die Wahlurne zu mobilisieren, weil sie zeitnahe Umsetzungsperspektiven in Aussicht stellen.

(35) Wahlmobilisierungen dürften erfolgreicher sein, wenn sie mit dem Angebot von pragmatischen Mitwirkungsmöglichkeiten (wie z. B. an lokalen Klimaschutzplänen oder Verkehrsplanungen) verbunden werden.

7.2.8 Digitale Medien

(36) Wahlbenachrichtigungen, Wahlwerbung und perspektivisch auch das Wählen selbst sollten stärker die Kommunikationspraxis der nachwachsenden Generation berücksichtigen.

7.2.9 Angebots- und Nachfragestrategien, Kampagnen

(37) Junge Menschen wollen davon überzeugt werden, warum und mit welchen Aussichten sie für bestimmte Parteien bzw. Kandidat:innen stimmen sollen. Dazu gehört auch, dass mit ihnen wertschätzend kommuniziert wird und die vordringlichen Themen der nachwachsenden Generation angesprochen werden.

(38) Abwertende Konnotationen sind zu vermeiden, denn Jung- und Erstwähler:innen sind kein „unreifes“, aktivierungsbedürftiges und politisch apathisches Klientel.

(39) Junge Menschen haben ein Recht, in ihren bevorzugten Kommunikationsformen informiert und angesprochen zu werden. Das gilt auch für Veranstaltungsformate und Events, die jugendlichen Lebenswelten entsprechen und ein Maximum an Mitgestaltung erlauben. Peer-to-peer-Formate und die maßgebliche Beteiligung von jugendgeführten Initiativen und Organisationen sollten selbstverständlich sein.

(40) 16- und 17-Jährige sind keine homogene Gruppe. Die Senkung des Wahlalters kann politische Ungleichheit verstärken. Inklusive Strategien sind daher unabdingbar (z. B. für vulnerable Gruppen, benachteiligte Stadtquartiere und periphere ländliche Räume). Im Bildungsbereich sind Initiativen besonders gefragt, die etwas für Förder-, Haupt- und Realschulen anbieten.

(41) Die persönliche Ansprache durch möglichst gleichaltrige neutrale Akteur:innen an der Haustür ist auch für die Wahlmobilisierung von 16- und 17-Jährigen der „Goldstandard“.

(42) Alltagsinstitutionen und -einrichtungen junger Menschen sind wichtige Orte für die Wahlmobilisierung.

(43) Mobilisierende Musikfestivals in Wahlzeiten und am Wahltag, aber auch das gemeinsame Anschauen von Debatten der Kandidat:innen mit anschließender Aussprache haben sich bewährt.

(44) Eine stärkere Vernetzung und verbesserte Kampagnenfähigkeit proaktiver Akteur:innen und Initiativen scheinen unabdingbar, um zumindest mittelfristig Wahlalter 16 auf allen politischen Ebenen in Deutschland zu erreichen.

8 Literatur

Abendschön, Simone (2017). „Special Issue ‘Children and Politics’”. *American Behavioral Scientist*. (61) 2. 163–166.

Abendschön, Simone (2022). „Politische Bildung in Kindheit und Jugend“. *Empirische Bildungsforschung*. Hrsg. Heinz Reinders et al. Wiesbaden. 639–660.

Abendschön, Simone, Philipp B. Kleer und Thorsten Faas (2022). „Out-of-school learning as an effective tool of civic education? Evidence from Germany”. *Citizenship, Social and Economic Education* (21) 2. 1–19.

Achour, Sabine, und Susanne Wagner (2020). „Ungleicher Zugang zur politischen Bildung: ‚Wer hat, dem wird gegeben‘“. *Die Deutsche Schule* (112) 2. 143–158.

Ahn-Tauchnitz, Veronika (2023). „Lieder über die Demokratie: Song-Contest zur U18-Wahl geplant“. *Münchener Merkur* 12.05.2023. (Auch online unter <https://www.merkur.de/lokales/bad-toelz/bad-toelz-ort28297/bad-toelz-wolfratshausen-lieder-ueber-die-demokratie-song-contest-zur-u18-wahl-geplant-92271818.html>, letzter Download 26.10.2023.)

Alscher, Mareike, Luise Burkhardt und Eckhard Priller (2021). „Zivilgesellschaftliches Engagement“. *Datenreport 2021*. 399–440.

Althoff, Martin (2020). „Der Nichtwähler: Ein noch immer ‚unbekanntes Wesen‘“. *Politische Vierteljahresschrift* (61). 151–174.

Andersen, Kim, und David Nicolas Hopmann (2018). „Compensator, Amplifier, or Distractor? The Moderating Role of Informal Political Talk on the Effect of News Media Use in Current-Affairs Learning among First-Time Voters”. *Political Communication*. (35) 4. 1–21. DOI: 10.1080/10584609.2018.1478917

Barkhausen, Barbara (2022). „Gericht in Neuseeland bezeichnet Wahlalter von 18 Jahren als ‚diskriminierend‘“. *RedaktionsNetzwerk Deutschland*. 22.11.2022.

Bartz, Adolf, Katharina Gerarts, Lothar Krappmann und Claudia Lohrenscheit (2023). *Praxis der Kinderrechte an deutschen Schulen. Eine Zwischenbilanz*. Frankfurt am Main.

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (2022). *Gesamtkonzept zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Bayern*. München. (<http://www.partizipation.bayern.de>)

Bergh, Johannes (2013). „Does voting rights affect the political maturity of 16- and 17-year-olds? Findings from the 2011 Norwegian voting-age trial”. *Electoral Studies* (32) 1. 90–100.

Bergh, Johannes, Dag Arne Christensen und Richard E. Matland (2021). „When is a Reminder Enough? Text Message Voter Mobilization in a European Context”. *Political Behavior* (43) 1. 1091–1111.

- Bertelsmann Stiftung und Kantar Public (2022). *Jugend und Nachhaltigkeit. Was die Next Generation mit Nachhaltigkeit verbindet und wie sie sich engagiert*. Gütersloh.
- Bessant, Judith (2020). „From Denizen to Citizen: Contesting Representations of Young People and the Voting Age”. *Journal for Applied Youth Studies* (3) 1. 223–240.
- Blais, André (2007). „Turnout in elections”. *The oxford handbook of political behavior*. Hrsg. Russel J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann. New York. 621–635.
- Borg, Maria, und Andrew Azzopardi (2021). „Political interest, recognition and acceptance of voting responsibility, and electoral participation: young people’s perspective”. *Journal of Youth Studies* (25) 4. 1–25. DOI: 10.1080/13676261.2021.1902963
- Bronner, Laura, und David Ifkovits (2019). „Voting at 16: Intended and unintended consequences of Austria’s electoral reform”. *Electoral Studies* (61). <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.102064>
- Bundeswahlleiter (2022). *Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen*. Hrsg. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden.
- Bundeswahlleiter (2022a). *Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Heft 5, Teil 2: Textliche Auswertung (Repräsentative Wahlstatistik und Wahlbezirksstatistik)*. Hrsg. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden.
- Calmbach, Marc, Bodo Flaig, James Edwards, Heide Möller-Slawinski, Inga Borchard und Christoph Schleier (2020). *Sinus-Jugendstudie 2020. Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*. Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Cammaerts, Bart, Michael Bruter, Shakuntala Banaji, Sarah Harrison und Nick Anstead (2014). „The Myth of Youth Apathy: Young Europeans’ Critical Attitudes Toward Democratic Life”. *American Behavioral Scientist* (58) 5. 645–664. DOI: 10.1177/0002764213515992
- Coletto, David. Und Oksana Kishchuk (2019). *Another Youthquake? Exploring the concerns, priorities, and political engagement of Canadian youth aged 15 to 30*. Ottawa.
- Dávila, Maria Celeste, Anna Zlobina und Gloria Alvarez-Hernandez (2022). „Young People’s Social Engagement: Personal Motivations and Social Networks”. *Voluntas* (33) 1. 587–598.
- Dassonneville, Ruth, Marc Hooghe und Bram Vanhoutte (2012). „Age, Period and Cohort Effects in the Decline of Party Identification in Germany: An Analysis of a Two Decade Panel Study in Germany (1992–2009)”. *German Politics* (21) 2. 209–227. DOI: 10.1080/09644008.2012.679659
- de Moor, Joost, Katrin Uba, Mattias Wahlström, Magnus Wennerhag und Michiel De Vyd (2020). „Protest for a future II. Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 20-27 September, 2019, in 19 cities around the world”. https://www.academia.edu/42054910/Protest_for_a_future_II

Dermody, Janine, und Stuart Hanmer-Lloyd (2005). „Safeguarding the Future of Democracy”. *Journal of Political Marketing* (4) 2-3. 115–133. DOI: 10.1300/J199v04n02_06

DKHW – Deutsches Kinderhilfswerk (2016). *Absenkung des Wahlalters. Eine Auseinandersetzung mit Argumenten gegen eine Absenkung der Altersgrenzen bei politischen Wahlen*. Berlin.

Dionne, E. J. Jr. (1991). *Why Americans Hate Politics*. New York.

Döbele, Christoph, Jan Niklas Engels, Roberto Heinrich, Nicole Loew, Catrina Schläger, Anja Miriam Simon und Anne-Kathrin Vitt (2023). *Krisenerwachsen. Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?* Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

Eichhorn, Jan, und Johannes Bergh (2020). *Lowering the Voting Age to 16. Learning from Real Experiences Worldwide*. Cham.

Eichhorn, Jan, und Christine Hübner (2022). *Wählen ab 16. Wie wird es ein Erfolg? Hintergrundrecherche zu nationaler und internationaler Forschung und Praxis*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Eichhorn, Jan, und Christine Huebner (2022a). *Evidence from Germany: Does reducing the voting age to 16 lead to higher turnouts at elections?* LSE–Europablog vom 20. Oktober 2022.

Eichhorn, Jan, und Christine Hübner (2022b). *Wählen ab 16. Was können wir aus anderen Ländern für Deutschland lernen?* Hrsg. Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten. Berlin.

Eichhorn, Jan, und Christine Hübner (2023). *Votes-at-16 in Scotland, 2014–2021*. Hrsg. dlpart u. a. Berlin.

Ellison, Mark, Gary Pollock und Robert Grimm (2020). „Young people’s orientations towards contemporary politics: Trust, representation and participation”. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaften* (23) 6. 1201–1226.

Elsässer, Lea, und Armin Schäfer (2022). „Repräsentation und Responsivität. Wie die Zusammensetzung der Parlamente politische Entscheidungen beeinflusst“. *Handbuch Regierungsforschung*. Hrsg. Karl-Rudolf Korte und Martin Florack. Wiesbaden. 683–693.

Faas, Thorsten, und Arndt Leininger (2020). „Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters“. *OBS-Arbeitspapier 41*. Hrsg. Otto Brenner Stiftung. Frankfurt am Main.

Faas, Thorsten, und Arndt Leininger (2022). „Sie dürfen wählen, sie dürfen nicht, sie dürfen wählen ... Zur aktuellen Situation rund um das Wahlalter in Deutschland“. *Verfassungsblog* vom 19.11.2022. DOI: 10.17176/20221120-001545-0

Faas, Thorsten, und Arndt Leininger (2023). *Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen*. Hrsg. Otto Brenner Stiftung. Frankfurt am Main.

Faas, Thorsten, Carsten Koschmieder, Lisa Preyer und Annette Wallentin (2022). *Bericht zum Projekt „Wahlscouts“*. Berlin (Ms.)

Fatke, Reinhard, Helmut Schneider und Sigrid Meinhold-Henschel (2006). „Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft“. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 12. 24–32.

FÖV – Deutsches Institut für öffentliche Verwaltung (2022). *Wählen mit 16. Hearing von Expertinnen und Experten zur Herabsetzung des Wahlalters zur Wahl zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament*. Speyer.

FES/dlpart – Friedrich-Ebert-Stiftung und dlpart (2022). *Wie haben junge Menschen 2021 gewählt? Analyse des Wahlverhaltens junger Wähler_innen bei der Bundestagswahl 2021*. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

Gabriel, Oscar W. (2022). *Politische Partizipation. Eine Einführung in Theorie und Empirie*. Wiesbaden.

Giugni, Marco (2021). „Broadening political participation: The impact of socializing practices on young people’s action repertoires“. *Politics* 42 (1). 58–74.

Grasso, Maria, und Marco Giugni (2022). „Youth doing politics in times of increasing inequalities“. *Politics* 42 (1). 3–12.

Grasso, Maria, und Marco Giugni (2022a). „Intra-generational inequalities in young people’s political participation in Europe: The impact of social class on youth political engagement“. *Politics* 42 (1). 13–38. DOI: 10.1177/02633957211031742

Green, Donald P., und Alan S. Gerber (2019). *Get Out the Vote (GOTV) – How to Increase Voter Turnout*. Fourth Edition. Washington, DC.

Greenwell, Marianne (2020). *Fridays for Future and Children’s Rights*. Frankfurt am Main.

Greiner, Ramona (2023). *Moderner Wahlkampf*. Wiesbaden.

Grunert, Cathleen, Karin Bock, Nicole Pfaff und Wolfgang Schröer (2020). *Erziehungswissenschaftliche Jugendforschung. Ein Aufbruch*. Wiesbaden.

Hertie Stiftung (2023). *Mehr und besser. Vorschläge für eine Demokratiebildung von morgen*. Frankfurt am Main.

Heußner, Hermann K. (2022). *Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Europawahlen)*. Hrsg. Deutscher Bundestag, Ausschuss für Inneres und Heimat, Ausschussdrucksache 20(4)120B. Berlin.

Holbein, John B., und D. Sunshine Hillygus (2020). *Making Young Voters. Converting Civic Attitudes into Civic Action*. Cambridge.

Holderberg, Per, und Michael Corsten (2019). „Zur Differenzierung von Alters-, Perioden- und Kohorteneffekten in Zeitreihendaten am Beispiel der Wahlbeteiligung“. *Einstellungen und Verhalten der deutschen Bevölkerung. Analysen mit dem ALLBUS*. Hrsg. Pascal Siegers, Sonja Schulz und Oshrat Hochman. Wiesbaden. 191–227. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21999-4_7

Hooghe, Marc, und Dieter Stiers (2020). „Political Discussion Begins at Home. Household Dynamics Following the Enfranchisement of Adolescent Children”. *Applied Developmental Science* 26 (1). 141–154. DOI: 10.1080/10888691.2020.1712207

Hoskins, Bryony, Jan Germen Janmaat, Christine Han und Daniel Muijs (2014). „Inequalities in the education system and the reproduction of socioeconomic disparities in voting in England, Denmark and Germany: the influence of country context, tracking and self-efficacy on voting intentions of students age 16–18”. *Compare: A Journal of Comparative and International Education* (46) 1. 69–92. DOI: 10.1080/03057925.2014.912796

Huber, Sascha (2018). „Wählermobilisierung und Ungleichheit in Deutschland: Ein Feldexperiment zur Steigerung der Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016”. *Ungleichheit: Interdisziplinäre Perspektiven auf Ursachen und Implikationen. Science Policy Paper 2*. Hrsg. Philipp Harms, Claudia Landwehr, Mario Scharfbillig und Daniel Schunk. Frankfurt am Main. 47–52.

Hübner, Christine, und Jan Eichhorn (2018). *Wie haben junge Deutsche 2017 gewählt?* Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

Hübner, Christine, Jan Eichhorn, Sascha Nicke und Neele Eilers (2022). *Wie haben junge Deutsche 2021 bei der Bundestagswahl gewählt?* Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

International IDEA (International Institute for Democracy and Electoral Assistance) (2022). *The Global State of Democracy 2022*. Stockholm.

Janta, Barbara, Michaela Bruckmayer, Annemari de Silva, Lucy Gilder, Andreas Culora, Sam Cole, Emma Leenders, Mieke Schuurman und Alice Hagger-Vaughn (2021). *Study on child participation in EU political and democratic life. Final Report*. Hrsg. European Commission. Brussels.

Kausmann, Corinna, Julia Simonson und Nicole Hameister (2017). *Freiwilliges Engagement junger Menschen. Sonderauswertung des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys*. Hrsg. Bundesministerium für Frauen, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Khoban, Zohreh (2019). „What citizens learn from elections. The normative consequences of voter eligibility”. *Electoral Studies* (62). <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.102090>

Kiess, Johannes (2022). „Learning by doing: The impact of experiencing democracy in education on political trust and participation”. *Politics* 42 (1). 75–94.

Kitanova, Magdelina (2019). „Youth political participation in the EU: evidence from a cross-national analysis”. *Journal of Youth Studies* (23) 2. 1–18. DOI: 10.1080/13676261.2019.1636951

Klein, Markus (2005). „Die Entwicklung der Beteiligungsbereitschaft bei Bundestagswahlen”. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (57) 3. 494–522.

Kober, Ulrich (2023). „Zeitenwende bei der Antidiskriminierungspolitik?“ *Migazin*. 3. Mai 2023.

Kösemen, Orkan (2014). „Wenn aus Ausländern Wähler werden: Die ambivalente Rolle der Parteien bei der Repräsentation von Migranten in Deutschland“. *Vielfältiges Deutschland*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Kritzinger, Sylvia, Eva Zeglovits und Patricia Oberluggauer (2013). *Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2013*. Universität Wien (Ms.).

Kritzinger, Sylvia, und Markus Wagner (2023). „Wähler*innen und Wahlverhalten“. *Das Politische System Österreichs*. Hrsg. Katrin Praprotnik und Flooh Perlot. Wien/Berlin. 415–440.

Kuger, Susanne, und Martina Gille (2020). „Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Jugend- und jungen Erwachsenenalter“. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaften* 23. 1103–1123.

Lau, Richard, Parina Patel, Daliah Fahmy und Robert Kaufman (2014). „Correct voting across thirty-three democracies: a preliminary analysis“. *British Journal of Political Science* 44 (2). 239–259.

Leininger, Arndt, Marie-Lou Sohnius, Thorsten Faas, Sigrid Roßteutscher und Armin Schäfer (2022). „Temporary Disenfranchisement: Negative Side Effects of Lowering the Voting Age“. *American Political Science Association* (117) 1. 1–7.

Liebel, Manfred, und Philip Meade (2023). *Adulthood. Die Macht der Erwachsenen über die Kinder. Eine kritische Einführung*. Berlin.

Lijphart, Arend (1997). „Unequal Participation: Democracy’s Unresolved Dilemma. Presidential Address, American Political Science Association, 1996“. *American Political Science Review* (91) 1. 1–14.

Marschall, Stefan, und Martin Schultze (2014). „German E-Campaigning and the Emergence of a ‘Digital Voter’? An Analysis of the Users of the Wahl-O-Mat“. *German Politics* (24) 4. 1–17. DOI: 10.1080/09644008.2014.949681

Meade, Philip (2020). „Reaktionen auf Schüler*innenrebellion: Adulthood im Diskurs um Greta Thunberg und die ‚Fridays for Future‘-Bewegung“. *Childhood and Children’s Rights between Research and Activism. Honoring the Work of Manfred Liebel*. Hrsg. Rebecca Budde und Urszula Markowska-Manista. Wiesbaden. 85–119.

Nickerson, David W. (2006). „Hunting the Elusive Young Voter“. *Journal of Political Marketing* (5) 3. 47–69. DOI: 10.1300/J199v05n03_03

Niedermayer, Oskar (2020). „Parteimitglieder in Deutschland“. *Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 31*. Hrsg. Freie Universität Berlin.

Ohme, Jakob (2019). „When digital natives enter the electorate: Political social media use among first-time voters and its effects on campaign participation“. *Journal of Information Technology & Politics* (16) 2. 119–136. DOI: 10.1080/19331681.2019.1613279

Ohme, Jakob, Claes H. de Vreese, und Erik Albaek (2018). „The uncertain first-time voter: Effects of political media exposure on young citizens' formation of vote choice in a digital media environment”. *New media & society* (29) 9. 3243–3265.

Ohme, Jakob, Franziska Marquart und Lisa Merete Kristensen (2020). „School lessons, social media and political events in a get-out-the-vote campaign: successful drivers of political engagement among youth?” *Journal of Youth Studies* (23) 7. 886–908.

Okolikj, Martin, und Marc Hooghe (2022). „Political congruence between adolescence and their parents: evidence from a quasi-experimental local elections in the city of Ghent (Belgium)”. *Acta Politica* (58) 1. 101–117. <https://doi.org/10.1057/s41269-022-00236-9>

Picot, Sibylle (2011). *Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher von 1999 bis 2009*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Reitz, Anne Kristin, Julia Zimmermann, Roos Hutteman und Jule Specht (2014). „How Peers Make a Difference: The Role of Peer Groups and Peer Relationships in Personality Development”. *European Journal of Personality* (28). 279–288.

Rekker, Roderik (2022). „Young trendsetters: How young voters fuel electoral volatility”. *Electoral Studies* 75. 1–13. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2021.102425>

Rome, Sunny Harris (2022). *Promote the Vote. Positioning Social Workers for Action*. Cham.

Rossteutscher, Sigrid, Thorsten Faas, Arndt Leininger und Armin Schäfer (2022). „Lowering the Quality of Democracy by Lowering the Voting Age? Comparing the Impact of School, Classmates, and Parents on 15- to 18-Year-Olds' Political Interest and Turnout”. *German Politics* (31) 4. 483–510. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2117800>

Roth, Roland (2020). „Bürgerhaushalte, Bürgerbudgets und Beteiligungsfonds als Formen direkter Demokratie auf kommunaler Ebene“. *Direkte Demokratie. Chancen, Risiken, Herausforderungen*. Hrsg. Stiftung Mitarbeit. Bonn. 121–156.

Roth, Roland (2021). *Junge Menschen und ihre Rechte in Schulen*. Berlin.

Roth, Roland (2022). „Licht und Schatten. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019“. *Voluntaris* (10) 1. 109–124.

Roth, Roland (2023). *Demokratie wirksam fördern. Handlungsempfehlungen für eine demokratische Praxis. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 32*. Bonn.

Roth, Roland, und Waldemar Stange (2020). *Starke Kinder- und Jugendparlamente*. Hrsg. Deutsches Kinderhilfswerk. Berlin.

Roth, Roland, und Udo Wenzl (2019). *Jugendlandtage in den Bundesländern. Zwischen Dialog, Beteiligung, politischer Bildung und Nachwuchsförderung*. Hrsg. Deutsches Kinderhilfswerk. Berlin.

- Rottach, Andreas, Svenja Wielath, Frederike Hofmann-van de Poll und Gloria Goebel (2022). *Political Participation of Young People and Democracy in Europe. Literature Review and Overview of Quantitative International Data-bases*. München.
- Schäfer, Armin, Sigrid Roßteutscher und Simone Abendschön (2019). „Rising start-up costs of voting: political inequality among first-time voters”. *West European Politics* (43) 2. 1–26. <https://doi.org/10.1080/01402382.2019.1638141>
- Schiffers, Maximilian (2022). „Grassroots Lobbying im Spannungsfeld von unorganisierten und organisierten Interessen“. *Handbuch Lobbyismus*. Hrsg. Andreas Polk und Karsten Mause. Wiesbaden. 1–17. https://doi.org/10.1007/978-3-658-32324-0_46-1
- Schlozman, Kay Lehman, und Henry E. Brady (2022). „Political Science and Political Participation”. *The Oxford Handbook of Political Participation*. Hrsg. Marco Giugni und Maria Grasso. Oxford. 25–44. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198861126.013.3>
- Schmidt, Renate (2013). *Lasst unsere Kinder wählen!* München.
- Schubert, Peter, Birthe Tahmaz und Holger Krimmer (2023). *Erste Befunde des ZiviZ-Survey 2023. Zivilgesellschaft in Krisenzeiten: Politisch aktiv mit geschwächten Fundamenten*. Berlin.
- Shell Deutschland Holding (2019). *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort*. Weinheim/Basel.
- Silbaugh, Katharine (2020). „Developmental Justice and the Voting Age”. *Fordham Urban Law Journal* (47) 2. 253–292.
- Simonson, Julia, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann und Clemens Tesch-Römer (2022). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9>
- Sloam, James, und Matt Henn (2019). *Youthquake 2017. The Rise of Young Cosmopolitans in Britain*. Cham.
- Sloam, James, Ben Kisby, Matt Henn und Ben Oldfield (2021). „Voice, equality and education: the role of higher education in defining the political participation of young Europeans”. *Comparative European Politics* (19) 3. 296–322. DOI: 10.1057/s41295-020-00228-z
- Sloam, James, Sarah Pickard und Matt Henn (2022). „Young People and Environmental Activism: The Transformation of Democratic Politics”. *Journal of Youth Studies* (25) 6. 683–691. DOI: 10.1080/13676261.2022.2056678
- Smets, Kaat (2012). „A Widening Generational Divide? The Age Gap in Voter Turnout Through Time and Space”. *Journal of Elections, Public Opinion & Parties* (22) 4. 407–430. DOI: 10.1080/17457289.2012.728221

Smets, Kaat, und Carolien van Ham (2013). „The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual level research on voter turnout”. *Electoral Studies* (32) 2. 344–359.

<https://doi.org/10.1016/j.electstud.2012.12.006>

Stadelmann-Steffen, Isabelle, und Linda Sulzer (2018). „Just Another Brick in the Wall? The Relationship Between Classroom-Based Political Education and the Political Interest of Young Adults in Switzerland”. *Journal of Youth Studies* (21) 4. 550–573. DOI: 10.1080/13676261.2017.1395832

Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2021). *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn.

Stiers, Dieter, Marc Hooghe und Silke Goubin (2020). „Are 16-years-olds able to cast a congruent vote? Evidence from a ‘voting at 16’ initiative in the city of Ghent (Belgium)”. *Electoral Studies* (63). 102–107. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.102107>

Stockemer, Daniel, und Aksel Sundström (2022). *Youth without Representation. The Absence of Young Adults in Parliaments, Cabinets, and Candidacies*. Ann Arbor.

Sturgis, Patrick, und Will Jennings (2020). „Was there a ‘Youthquake’ in the 2017 general election?” *Electoral Studies* (64). <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.102065>

Sturm, Daniel Friedrich (2023). „’Entwertung des Wahlrechts’. Union gegen Absenkung des Wahlalters auf 16“. *Der Tagesspiegel* 17.05.2023. (Auch online unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/entwertung-des-wahlrechts-union-will-keine-absenkung-des-wahlalters-auf-16-9838160.html>, letzter Download 26.10.2023.)

Tatar, Marius Ioan, und Dan Apateanu (2019). „Multiple Exclusions: Civic and Political Disengagement of Vulnerable Youth in the European Union”. *The Role of Intercultural Communication in Adapting Ethnic Groups to the European Union Social Space*. Hrsg. Karia M. Barth, Mircea Brie, Dragos Dărăbăneanu und Istvan Polgár. Saarbrücken. 477–505. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-65599-5>

Torney-Purta, Judith, und Jo-Ann Amadeo (2011). „Participatory Niches for Emergent Citizenship in Early Adolescence: An International Perspective”. *The Annals of the American Academy* (633) 1. 180–200.

Tremmel, Jörg, Anthony Mason, Petter Haakenstad Godli und Igor Dimitrijoski (2015). *Youth Quotas and other Efficient Forms of Youth Participation in Ageing Societies*. Cham.

United Nations (2022). *Be Seen Be Heard. Understanding young people’s political participation*. https://beseenbeheardcampaign.com/static/media/UN_REPORT_TBS_ACCESSIBLE.b891cbcf84c773f78e5.pdf

Vehrkamp, Robert, und Lars Bischoff (2022). „Negative Parteidentifikationen als (neue) Chance zur Wählermobilisierung?” *Rechtspopulismus in Deutschland*. Hrsg. Heinz Ulrich Brinkmann und Karl-Heinz Reuband. Wiesbaden. 57–83.

Vehrkamp, Robert, Niklas im Winkel und Laura Konzelmann (2015). *Wählen ab 16. Ein Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Vetter, Angelika, Achim Hildebrandt und Patrick Bernhagen (2021). „Franchise extensions and second-order contests: evidence from German local elections”. *Local Government Studies* (49) 1. 100–119. DOI: 10.1080/03003930.2021.1996358

von Rochow, Moritz (2019). „BverfG for Future: zum Wahlalter bei Europawahlen“. *Verfassungsblog*, 2019/5/17. <https://verfassungsblog.de/bverfg-for-future-zum-wahlalter-bei-europawahlen/>. DOI: 10.17176/20190520-172213-0

Wall, John (2022). *Exploring Children’s Suffrage. Interdisciplinary Perspectives on Ageless Voting*. Chur.

Weber, Till (2021). „Themensetzung, Bevölkerungsstruktur und Stimmenpotenziale“. *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*. Hrsg. Bernhard Weißels und Harald Schoen. Wiesbaden. 163–178.

Weinschenk, Aaron C. (2017). „Big Five Personality Traits, Political Participation, and Civic Engagement: Evidence from 24 Countries”. *Social Science Quarterly* (98) 5. 1406–1421.

Weinschenk, Aaron C., und Christopher T. Dawes (2022). „Civic Education in High School and Voter Turnout in Adulthood”. *British Journal of Political Science* (52) 2. 934–948.

Weißels, Bernhard (2021). „Politische Integration und politisches Engagement“. *Datenreport 2021*. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. 379–385.

Weißels, Bernhard, und Harald Schoen (2021). *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden.

Wiebusch, Rainer (2019). *Strategien zur Steigerung der Wahlbeteiligung von Jugendlichen. Kurzexper-tise*. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Ms.). Berlin.

Wiesendahl, Elmar (2021). „Parteiendemokratie in der Transformation“. *Soziologie der Parteien. Neue Zugänge zu einer alten Organisationsform des Politischen*. Hrsg. Jenni Brichzin und Jasmin Siri. Wiesbaden. 243–265.

Willeck, Claire, und Tali Mendelberg (2022). „Education and Political Participation”. *Annual Review of Political Science* (25) 1. 89–110.

Ziekow, Jan (2021). *Rechtsgutachten zur Frage einer Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters zur Wahl des Deutschen Bundestages auf 16 Jahre*. Freisbach.

9 Endnoten

¹ „Die Wahlbeteiligung stieg (2021) gegenüber der Bundestagswahl 2017 um 0,4 Prozentpunkte. In fast allen Altersgruppen waren nur geringfügige Änderungen der Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 2017 zu erkennen. Die stärkste Abnahme erfolgte mit 1,0 Prozentpunkten bei den 60- bis 69-Jährigen. Der stärkste Zuwachs war mit 4,3 Prozentpunkten unter den 21- bis 24-Jährigen zu verzeichnen. Bei den 25- bis 29-Jährigen nahm die Wahlbeteiligung um 3,8 Prozentpunkte zu; in der Altersgruppe der 30- bis 35-Jährigen war eine um 1,4 Prozentpunkte gestiegene Wahlbeteiligung zu erkennen“ (Bundeswahlleiter 2022a: 19).

² Als Beleg mag ein aktuelles Handbuch zum „modernen Wahlkampf“ (Greiner 2023) genügen, das jungen Wähler:innen keine Aufmerksamkeit schenkt.

³ Die Alterslücke beschreibt den prozentualen Abstand zwischen der Wahlbeteiligung der unter 30-Jährigen von der Wahlbeteiligung der über 60-Jährigen – vgl. Holbein/Hillygus 2020: 4.

⁴ Der Grundsatz der Gleichheit der Wahl „gebietet, dass alle Wahlberechtigten das aktive und passive Wahlrecht möglichst in formal gleicher Weise ausüben können“. BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 19. September 2017 - 2 BvC 46/14 -, Rn. 59.

⁵ Die „Make It 16“-Kampagne war in Neuseeland nach etlichen Schulstreiks und wachsendem Unmut unter Jugendlichen über die Klimapolitik ihres Landes ins Leben gerufen worden. „Wie können wir jungen Menschen mehr Mitspracherecht und mehr Möglichkeiten geben, Veränderungen in großem Maßstab zu bewirken? Abstimmen war eine dieser Ideen“, so Sanat Singh, einer der Mitbegründer von „Make it 16“ (makeit16.org.nz/).

⁶ Über die Dynamik der weltweiten Demokratie-Entwicklung informiert in den letzten Jahren u. a. ein Projekt von IDEA, das jährliche Zustandsberichte vorgelegt hat – vgl. „The Global State of Democracy 2022“ (International IDEA 2022).

⁷ Der Jugendbonus ist für etablierte Parteien in der Regel eher gering, während er für neue Parteien fünfmal so groß ist (Rekker 2022: 10).

⁸ Für den Zeitraum von 2002 bis 2018 bildeten die Nur-Wähler:innen mit 30 Prozent der Befragten die größte Gruppe, 23 Prozent beteiligten sich an Wahlen und legalen Protesten, 20 Prozent nutzten zudem weitere konventionelle und unkonventionelle Aktivitäten. Der Durchschnitt der gänzlich Inaktiven lag für diesen Zeitraum bei nur zwölf Prozent. Als Trend lässt sich beobachten, dass in dieser Zeit die Inaktiven und die Gruppe der Nur-Wähler kleiner geworden ist (Gabriel 2022: 131f.).

⁹ Dies belegt z. B. eine Befragung von 16- und 17-Jährigen nach der Senkung des Wahlalters in Malta (Borg/Azzopardi 2021).

¹⁰ Für diese im Kontext von Wahlen zentrale demokratische Kompetenz wird gelegentlich auch der missverständliche Begriff „correct voting“ (z. B. Lau et al. 2014) verwendet.

¹¹ „Apparently, there seems to be something special about becoming eligible. It boosts turnout because those affected are – essentially – thrilled by the rights they are given for the first time in their lives“ (Rossteutscher et al. 2022: 6).

¹² „First-time voters are indeed more interested in politics than those who are not eligible to vote. On top of that, there is also a small and unexpected difference between younger and older first-time voters – in favour of the former“ (Rossteutscher et al. 2022: 12).

¹³ „Young voters who vote once are more likely to turn out in future elections as well“ (Bronner/Ifkovits 2019: 1).

¹⁴ „Taken together, lowering the voting age does not harm the quality of the democratic process. While it would improve inter-generational equality by giving young citizens more voice ..., it will provide no simple cure against political inequality. After all, it seems that Franklin and others were overly optimistic about the

inequality reducing impact of a lower voting age. It hardly matters whether one still lives at home or visits school. By contrast, political interest and turnout depend heavily on which type of school one attends and whether one lives with politically alert parents” (Rossteutscher et al. 2022: 18).

¹⁵ „But the more we study it, the more we realize that voting may not be as simple as we may think, or at least the reasons for which people do or do not vote are more complex as we initially thought“ (Blais 2007: 621).

¹⁶ „Overall, the synopsis of the findings shows some facts that are not surprising. For example, it becomes very clear that there is a difference between the political participation of young people compared to that of older people. Even within the group of young people, many studies (at least those that covered this age group in the first place) consistently report significant differences between the under-16 and the over-16 years old. The findings are also very clear with regard to socio-economic status. Underprivileged young people have a lower chance of political participation, with the studies concluding that therefore, they are also less positive about democracy. However, the findings show that, more than socio-economic status, a higher level of education was observed to be a stronger predictor for the participation of young people“ (Rottach et al. 2022: 19).

¹⁷ „It follows that as the factors that influence participation behaviour are so diverse and complex, the overview in this working paper can only be a first step into understanding the topic better“ (Rottach et al. 2022: 19).

¹⁸ „The examined studies show that young people, when it comes to their attitudes towards democracy, have faith in democracy. An important psychological factor for this is the expectation of political self-efficacy. However, the level of satisfaction of young people with democracy, as it functions in their respective countries, varies widely across Europe. In particular after the financial crisis, the studies show a general and not age-dependent decline in satisfaction with democracy all throughout Europe. This decrease was so considerable, that in the latest findings it is not possible to find a substantial correlation between age and democracy ratings“ (Rottach et al. 2022: 19).

¹⁹ „Parents are the major agents of political socialisation and thus strongly influence the political orientations and behaviour of their offspring ... Families are the prime and most important source of children’s political interest, participation and partisanship“ (Rossteutscher et al. 2022: 4).

²⁰ „Young persons’ political interest is strongly influenced by parental political interest and political discussions within the family, i.e. the interaction with politically alert parents matters“ (Rossteutscher et al. 2022: 12).

²¹ „Family influences such as talking with parents about politics and parents voting have significant positive effect on participation“ (Ellison et al. 2020: 1222).

²² „We find that adolescents resemble the political ideology and positional attitudes of their parents. This seems to be transmitted through communication channels within the family, when ideology is taken into account ... Our findings suggest that adolescents follow their parents in both ideological views and political attitudes, and they show that the family remains one of the stronger predictors of future political attitudes of their children“ (Okolikj/Hooghe 2022: 14f.).

²³ „Political attitudes ... are surprisingly already formed at age 15, and lowering the voting to 16, we believe would not make a big difference regarding the political maturity of these voters, nor will it have an effect on the option to vote, as some other research has argued“ (Okolikj/Hooghe 2022: 15).

²⁴ Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt ein jüngst vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales vorgelegtes „Gesamtkonzept zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Bayern“ (2022) dar, das die Bedeutung von positiven Partizipationserfahrungen in der Herkunftsfamilie hervorhebt und der Alltagspartizipation in allen Lebensphasen und -kontexten besondere Aufmerksamkeit widmet.

²⁵ „First, schools are places where young citizens experience to be part of a broader community compared to their private homes – including encounters with norms and duties of the school community and society at large ... Schools and classes are also a type of mini-polity where pupils regularly become acquainted with

democratic practices ... Finally, there is, of course, the part played by teachers and especially the curriculum ... Schools may help pupils in developing civic skills and teaching the necessary knowledge for political participation ..., but some question whether schools actually do so effectively" (Rossteutscher et al. 2022: 5).

²⁶ Vgl. hierzu die Zwischenbilanz von Bartz et al. (2023).

²⁷ „The dividing line is not ‘still in school’ vs. ‘having left school’, but rather being on a higher track vs. the rest. ... However, it is not the official, curricular coverage in class that matters. To the contrary, that kind of talk is completely irrelevant for pupils’ interest in politics. It is the effect of the frequency of political discussions among pupils that turns out large and consistently positive ... Schools matter because pupils talk about politics with each other and not because of teaching politics in the classroom ... In the full model, the effects of all structural variables (living at home, being in school) have disappeared; only substance matters: Parental interest in politics, talking with parents and talking with peers matters (while curricular talking in classrooms does not). Interest in politics seems to be passed on from parents to their offspring, but also from political classmates to peers" (Rossteutscher et al. 2022: 14).

²⁸ Zu diesem Schluss kommt auch die Metastudie zu europäischen Vergleichsstudien (vgl. Rottach et al. 2022: 14f.).

²⁹ Dass es bei den Schüler:innenstreiks fürs Klima auch um fundamentale Rechte der nachwachsenden Generation (nachhaltige Lebensbedingungen, gesunde Umwelt etc.) geht, wurde in den von Erwachsenen geführten öffentlichen Debatten häufig ignoriert und stattdessen das „Schulschwänzen“ in den Vordergrund geschoben, um den jungen Menschen das Recht abzusprechen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen (Greenwell 2020; Meade 2020). Eine Reihe von Kommunen haben jedoch die Initiativen der „Schulkinder“ aufgegriffen, den „Klimanotstand“ ausgerufen und entwickeln seither gemeinsam mit den Protestierenden neue lokale Klimaschutzpläne.

Aber die Schüler:innenproteste haben auch ein bekanntes Manko noch einmal verdeutlicht. Von der Schulpflicht war oft die Rede, aber dass Kinder auch politische Rechte haben, sich also zusammenschließen und demonstrieren können, wenn sie ihre Interessen bedroht sehen, schien weithin unbekannt. Die Bereitschaft von Erwachsenen und politisch Verantwortlichen, Kinderrechte zum Maßstab der öffentlichen Debatte zu machen, erwies sich als wenig ausgeprägt.

³⁰ „A large body of research has demonstrated that civic education and political activities in schools are important predictors of adolescents’ later political engagement ... Studies suggest that, in contrast to adults, adolescents may be more susceptible to educational initiatives targeting political interest and behavior... Hence, classroom discussion may positively affect interest, increase knowledge about political matters, and foster efficacy and political confidence ... We thus acknowledge that ‘education through citizenship has lasting and positive effects on both expressive and electoral political engagement’ (Ohme et al. 2020: 888).

³¹ „Das konkrete Interesse an der Bundestagswahl war unter vielen jungen Menschen hoch. Doch spielt politisches Wissen, ob gemessen oder nach Selbsteinschätzung, unter jungen Menschen eine große Rolle für den Zugang zu Politik und konkret zum Wählen, eventuell sogar eine größere als in älteren Gruppen der Bevölkerung. Allerdings fallen die Unterschiede in Bezug auf das politische Wissen zwischen potentiellen Wähler*innen und Nichtwähler*innen bei 16- und 17-Jährigen deutlich geringer aus als in älteren Gruppen. Das spricht dafür, dass politischer Bildung in der Schule eine besondere Rolle zugeschrieben werden kann, wenn es darum geht, jungen Menschen Zugang zu politischen Themen zu verschaffen“ (Hübner/Eichhorn 2018: 69).

³² „Thus experiences of inequalities in the education system as a whole appear to matter in terms of reducing general self-efficacy, political self-efficacy and, subsequently, future voting” (Hoskins et al. 2014: 23).

³³ „Teaching curricula that emphasize and clearly describe classroom-based political education do not increase students’ political interest in a more or less automatic way. On the one hand, whereas we analyzed three dimensions of political education (knowledge, skills, arousing interest in politics), the skills dimension was the only one that exhibited a consistent positive (and mostly significant) relationship with young peoples’ political interest ... classroom-based political education does not compensate for a lack of political resources at home,

and tends to affect those students most who have politically interested parents, i.e. those who most probably are already politically socialized at home" (Stadelmann-Steffen/Sulzer 2018: 14).

³⁴ „Learning democracy through direct engagement in the school or university has, as expected, notable effects on whether citizens later engage in voting or other forms of political participation, and on the establishment of political trust. For voting, this effect is only visible in Switzerland and Italy, while in France and Sweden, there is even a negative relationship. However, for other forms of participation, I find consistent support of my hypothesis. That democratic engagement in school and university is inconsistently related to voting could result not only from country-specific contexts but also from the fact that voting is much wider spread among the population than other forms of political participation.

Moreover, I would argue based on my findings that voting is less related to learning democracy. Notwithstanding that in representative democracies, voting is crucial, the hard test for democratic citizenship is additional political participation. Citizens engage for (what they perceive as) the collective good and in the public formation of politics more frequently if they have 'learned' engagement in the school/university previously. Thus, strengthening democracy, following Dewey, relies on civic education. This should not stop at curricular attainment of political knowledge. On the contrary, it is the actual experience that was shown here to be an important factor for developing democratic citizenship" (Kiess 2022: 87).

³⁵ Detaillierte Informationen bieten zwei Netzseiten: <https://www.bpb.de/themen/wahl-o-mat/>

<https://www.sozwiss.hhu.de/institut/abteilungen/politikwissenschaft/politik-ii/prof-dr-stefan-marschall/forschungsprojekte/wahl-o-mat-forschung>

³⁶ Auf diesen Umstand haben bereits frühere Begleitstudien hingewiesen: „Tools like the Wahl-O-Mat are used by people already interested and active in politics. Given that the micro-level influence of VAAs on electoral behaviour and political participation is heavily mediated by the characteristics of the group, the Wahl-O-Mat currently 'preaches to the choir'. Thus, it has to be carefully observed whether and under which conditions e-campaigning applications foster the existing divides within the electorate. In the face of what has been described as a growing estrangement between citizens and politicians within representative democracies, it remains a crucial challenge for civic education to find (online) ways to reach out to those who are not interested in political affairs" (Marschall/Schultze 2014: 15f.).

³⁷ Ob es eine größer werdende Generationenkluft in der Wahlbeteiligung gibt, ist zumindest für die Zeit zwischen den 1960ern und den 2000ern strittig: „Recent research suggests that in some countries, such as Canada, Great Britain and the United States, turnout among young adults is declining rapidly. It does so at a much faster pace than the turnout decline among older voters. This article shows that trends in the age gap vary significantly from one country to the next. While some countries indeed show evidence of a widening age gap, in other countries the difference in turnout between younger and older citizens is fairly stable through time" (Smets 2012: 424). Zu den Ländern mit einem stabilen Altersgefüge für diese Zeitspanne zählen Deutschland, Italien, Niederlande und Schweden (ebd.: 416).

³⁸ „Je höher der Bildungsabschluss der Befragten ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, sich an Wahlen beteiligt zu haben. Betrachtet man diesen Effekt genauer unter Einbezug der Generationenzugehörigkeit, kann bei den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für die Wahlbeteiligung nach Schulabschluss und nach Generationenzugehörigkeit der Zusammenhang der Verstärkung der sozialen Spreizung beobachtet werden. Bei der Kriegs- und Nachkriegsgeneration (1922–1934) besteht nur ein minimaler Abstand der prognostizierten Wahlwahrscheinlichkeit zwischen den verschiedenen Schulabschlüssen, während bei den Befragten der Generation Y (1986–2000) dieser Abstand sich vervierfacht hat. Über die Generationenzugehörigkeit betrachtet, besteht eine zunehmende soziale Spreizung für den vorgefundenen Bildungseffekt“ (Holderberg/Corsten 2019: 216).

³⁹ „Our analysis showed strong evidence for an impact of social class, on the political engagement of young people aged 18–34 years. This was seen in the analyses showing that young people's engagement in different modes of political participation considered here including community and online – suffers from inequalities, meaning that their social background forms an obstacle for their involvement" (Grasso/Giugni 2022a: 34).

⁴⁰ Eine Metaanalyse vorhandener Untersuchungen resümiert die bekannten Ungleichheitseffekte bei EU-Jugendlichen entlang von Klassenlagen, Einkommen, Migrationsgeschichte und Arbeitslosigkeit (Rottach et al. 2022: 14).

⁴¹ Obwohl sie sich zunehmend als demokratiestärkende Professionen verstehen, ist die Förderung der Wahlbeteiligung bislang für Sozialberufe in Deutschland – im Unterschied etwa zu den USA (vgl. Rome 2022) – kein anerkanntes Aufgabenfeld.

⁴² Diesen engen Zusammenhang bestätigt eine Metastudie zu den vorhandenen europäischen Datensätzen (Rottach et al. 2022: 16).

⁴³ „Im ALLBUS kann der in seiner Stärke zunehmende Zusammenhang zwischen dem politischen Interesse und der Wahlbeteiligung in der Messreihe über 30 Jahre beobachtet werden. Personen mit einem geringen politischen Interesse weisen eine niedrigere Beteiligungsrate an Bundestagswahlen auf im Vergleich zu Personen mit einem starken politischen Interesse“ (Holderberg/Corsten 2019: 202).

⁴⁴ „Deutliche Unterschiede beim Interesse an der Politik zeigen sich zwischen jüngeren und älteren Bürgerinnen und Bürgern. Die 18- bis 29-jährigen West- und Ostdeutschen sind deutlich seltener politisch interessiert als der Durchschnitt der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Unterschied entstand nach 1990. Davor interessierten sich Jüngere nur geringfügig weniger für Politik. Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2018 lag der Anteil der 18- bis 29-Jährigen, die sich für Politik interessierten, in den alten Bundesländern 10 Prozentpunkte und in den neuen Bundesländern 8 Prozentpunkte unter dem jeweiligen Bevölkerungsdurchschnitt. In den vergangenen Jahren ist der Unterschied in den alten Bundesländern etwas kleiner geworden, blieb aber 2018 mit 5 Prozentpunkten immer noch deutlich sichtbar ... Noch größer als die Differenz zwischen jüngerer Bevölkerung und Bevölkerungsdurchschnitt ist jene zwischen Personen mit Abitur und dem Bevölkerungsdurchschnitt. Unter den Bürgerinnen und Bürgern mit Abitur lag der Anteil derjenigen, die sich stark oder sehr stark für Politik interessierten, 2018 in den alten Bundesländern bei 55% und in den neuen Bundesländern bei 53 %. Damit lagen Personen mit Abitur im Westen wie im Osten etwas mehr als 15 Prozentpunkte über dem Bevölkerungsdurchschnitt“ (Weßels 2021: 380).

⁴⁵ „What is clear from these first pieces of descriptive evidence is ... that youngsters below age 18 are still in closer reach of major socialisation agents. Almost all of those who are 16 or 17 years old live with at least one parent and visit school. Already at age 18 nine percent have left the nest and ten percent no longer visit school. Moreover, there are striking differences in the frequency of political discussions with classmates, particularly between higher track pupils and pupils on vocational tracks; quite in contrast to the picture that emerges for political coverage in class: Teachers in lower tracks and vocational schools address politics far more often than teachers in higher tracks“ (Rossteutscher et al. 2022: 11f.).

„Overall, electoral participation is fostered by parental voting habits, political talks in the family, attending higher tracks, particularly the classic Gymnasium, compared to lower tracks or vocational schools and own political interest. These patterns are identical for 16- and 17-year-olds as well as 18-year-olds“ (Rossteutscher et al. 2022: 16f.).

⁴⁶ Aussage einer Fraktionsvorsitzenden nach der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein 2023 („In der Kommunalpolitik herrscht Nachwuchsmangel“ https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/kommunalwahl_schleswig-holstein_2023/ vom 21.05.2023).

⁴⁷ „The importance of rebuilding young people’s trust in parliamentary politics is critical to the survival of democratic governance“ (Dermody/Hanmer-Lloyd 2005: 128). Die Autorin und der Autor empfehlen differenzierte Strategien für die unterschiedlichen Wähler:innengruppen von jungen Menschen: „Understanding their trusting-distrusting relationships is critical to engaging with young people as voters and non-voters. Segmenting young people based on their trust-distrust attitudes also facilitates a more considered way of understanding and responding to the needs, hopes, anxieties and fears of the ambivalent and ardently cynical non-voters and the party loyalists and selfish voters. Given these differences, a universal strategy is unlikely to succeed; instead calculative, predictive and identification trust-building strategies need to be applied in

different ways to foster trust and reduce distrust in each of these four segments” (Dermody/Hanmer-Lloyd 2005: 128f.).

⁴⁸ Davon zu unterscheiden ist die „substanzielle“ Repräsentation im Sinne der Vertretung der Interessen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe.

⁴⁹ Zu den Folgen schreibt Wiesendahl: „Die brüchigen Bindungen der Parteien zur Gesellschaft haben an Spannweite verloren und sind auf die höheren Etagen des gesellschaftlichen Ungleichheitsgefüges verengt worden. Parteien liefern den gehobenen Mittelschichten ein exklusives Privileg auf Teilhabe an der Politik und der Besetzung politischer Spitzenämter. Parteienherrschaft ist tendenziell gleichbedeutend mit dem Herrschaftsübergewicht und der selektiven Interessenrepräsentation der besseren Hälfte der Gesellschaft geworden“ (Wiesendahl 2021: 261). Als Legitimationskonzept gegenüber der Bevölkerung bleibe Parteiendemokratie dennoch zentral. „Nur von responsiver, verantwortlicher, repräsentativer und wirksamer Parteienherrschaft ist kaum noch etwas zu spüren“ (ebd.: 262).

⁵⁰ „When expressing their emotions concerning climate change and global warming, the majority of protesters felt worried, frustrated and angered, as well as anxious about the future, although they did not often express a feeling of hopelessness. Therefore, despite a general tendency of decreasing hopefulness that important environmental issues can be addressed through policies, FFF participants show that their action is driven by feelings, awareness of the issues and a willingness to engage in finding solutions“ (de Moor et al. 2020: 4).

⁵¹ „Wenn man junge Menschen zur Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben motivieren möchte, so indizieren die Befunde der vorliegenden Studie die Bedeutung eines frühen Starts“ (Kuger/Gille 2020: 1120).

⁵² Die zentrale Botschaft lautet: „Bei freiwillig Engagierten ist der Anteil der Personen, die die Demokratie als gute Regierungsform bewerten, höher als bei Nicht-Engagierten. Auch die Zufriedenheit mit der Demokratie ist bei freiwillig Engagierten höher als bei Nicht-Engagierten. Unter den Engagierten geben 71,0 Prozent an, die Demokratie als gute Regierungsform zu bewerten und mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden zu sein. Unter den Nicht-Engagierten beträgt dieser Anteil 63,3 Prozent“ (Simonson et al. 2022: 292). Dies ist keine atemberaubende, aber eine signifikante Differenz.

⁵³ „Folgt man dem Freiwilligensurvey bis zum Jahr 2014, zählten vorrangig Personen im Alter von 14 bis 29 Jahren zu den stärker zivilgesellschaftlich aktiv gewordenen Gruppen. Der deutliche Wachstumstrend im Engagementverhalten junger Menschen wird in neueren Studien, wie der Shell Jugendstudie 2019, der Studie »Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten« (AID:A 2015) oder dem SOEP so nicht bestätigt. Hier zeichnet sich jeweils eine moderate Zunahme oder sogar rückläufige Engagementquote unter jungen Menschen ab. Dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) folgend, verzeichnete das Engagement der 17- bis 29-Jährigen lediglich einen leichten Anstieg von 31 % im Jahr 2009 auf 34% im Jahr 2017. Laut der Shell Jugendstudie 2019 ist der Anteil der Engagierten unter den 12- bis 25-Jährigen seit 2010 zurückgegangen. So berichteten 2010 noch 40 %, dass sie oft für soziale oder politische Ziele aktiv sind, 2019 lag ihr Anteil bei 36%“ (Alscher et al. 2021: 403).

⁵⁴ „Das Engagement in weniger organisationsgebundenen Kontexten wird besonders von jungen Menschen gelebt. Personen im Alter von 14 bis 29 Jahren engagierten sich im Jahr 2014 zu 18 % in der Nachbarschaftshilfe, in Initiativen, Projekten, selbst organisierten Gruppen und »allein«“ (Alscher et al. 2021: 404ff.).

⁵⁵ So wird z. B. im Landkreis Bad-Tölz – Wolfratshausen zu einem Song-Contest mit Liedern über die Demokratie anlässlich einer U18-Wahl eingeladen (Münchner Merkur vom 12.05.2023).

⁵⁶ „Das Repertoire der Beteiligungsformen hat sich über klassische institutionalisierte Formen wie Wahlen hinaus in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgeweitet. Neben organisatorischen Formen der Beteiligung wie der Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen, Vereinen und Organisationen nutzen Bürgerinnen und Bürger vermehrt Formen nicht institutionalisierter politischer Beteiligung wie die Kontaktaufnahme zu Politikerinnen und Politikern, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen. Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er-Jahre kontinuierlich zugenommen“ (Weßels 2021: 381).

⁵⁷ Zu den Rückwirkungen jugendlich geprägter Proteste auf das Engagement im Allgemeinen und auf repräsentative Politik im Besonderen vgl. Kuger und Gille (2020: 1104).

⁵⁸ „Bei der Bundestagswahl 2017 sagten noch die allermeisten jungen Menschen, dass sie soziale Medien eher nicht nutzten, um sich politisch zu informieren. ... Im Bundestagswahlkampf 2021 waren soziale Medien für viele junge Menschen der wichtigste Informationskanal für politische Themen. Über 40 Prozent der unter 30-Jährigen nutzten Instagram, Youtube und Co, um sich im Wahlkampf über Politik zu informieren. Damit waren die sozialen Netzwerke mit Abstand die wichtigste politische Informationsquelle für junge Menschen, weit vor Fernsehen, Zeitung, Radio oder auch anderen Internetquellen wie Blogs oder Infoseiten. Unter den Jüngsten bis einschließlich 25 Jahre nutzte sogar fast jede_r Zweite als allererstes soziale Medien (46 Prozent), um politisch auf dem Laufenden zu bleiben. Bei der Bundestagswahl 2017 sagten noch nur gut zehn Prozent der jungen Menschen das Gleiche“ (Hübner et al. 2022: 33).

⁵⁹ „Particularly first-time voters increasingly use social media platforms as news sources“ (Ohme et al. 2018: 3243).

⁶⁰ „Social media play an increasingly important role in political campaigns, but few studies could confirm a positive influence on engaging young voters with an upcoming election. ... The use of specifically created social media channels in a locally restricted campaign, however, has not been investigated so far“ (Ohme et al. 2020: 891).

⁶¹ Zum Konzept und zur Bedeutung negativer Parteidentifikationen in der deutschen Parteienlandschaft s. Vehrkamp/Bischoff (2022).

⁶² „First-time voters are more exposed to direct communication from political actors than experienced voters while content from news media on social media plays an equal role in both groups' media diet. Results suggest that a digital media environment potentially socializes young voters into polarized information environments that nevertheless may increase their involvement in an upcoming election“ (Ohme 2019: 119).

⁶³ „Damit lösen soziale Medien insgesamt zwar das Fernsehen als wichtigste Informationsquelle über Politik für junge Menschen ab. Aber für ein Viertel der unter 30-Jährigen bleibt das Fernsehen dennoch der wichtigste Informationskanal zu politischen Themen. Und auch diejenigen, die eher soziale Medien nutzen, um sich über Politik zu informieren, griffen dabei häufig auf die Inhalte klassischer Medienformate in den sozialen Netzwerken zurück, wie auf die Social-Media-Kanäle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks oder von Online-Nachrichtenseiten“ (Hübner et al. 2022: 34; weitere Daten bei FES/dIpart 2022: 35).

⁶⁴ „Dabei werden nicht alle sozialen Medien von den gleichen jungen Menschen oder auf die gleiche Art und Weise für politische Informationen genutzt. Die Mehrheit der Jüngeren, 56 Prozent der unter 25-Jährigen, nutzte im Wahlkampf 2021 Instagram, um politische Inhalte zu teilen oder zu erlangen. Von den 25- bis 29-Jährigen dagegen informierte sich nur gut ein Drittel auf Instagram und viele eher auch auf Facebook (30 Prozent). Letzteres hat unter den unter 21-Jährigen dagegen überhaupt keine Relevanz“ (Hübner et al. 2022: 34). Eine aktuelle Übersicht zu den jeweils bevorzugten digitalen Plattformen auch bei Faas/Leininger (2023).

⁶⁵ „With an increasing number of young people turning away from traditional news sources, an important question for democracy is whether alternative sources can help learning about politics and current affairs. In this study, we examine to what extent informal political talk with friends, family, and peers narrows or widens knowledge gaps amongst young people by compensating those with low news media use („helping the poor“), amplifying news media effects amongst those with high news media use („the rich get richer“), or distracting those with high news media use („taxing the rich“). To test these different potentials, we take advantage of a four-wave panel study fielded ahead of the Danish National Election in 2015 among a sample of Danish first-time voters (ages 17 to 21). Our results show that informal political talk functions mostly as a compensator by informing those with low news media use about current political affairs and thereby helps decrease knowledge gaps caused by different levels of news media use“ (Andersen/Hopmann 2018: 1).

⁶⁶ „Irrespective of the frequency of news media use or informal political talk, there is a positive marginal effect of time on learning. Individuals learn over time. We also see that for those who never or rarely use the news media, it makes a difference how often they talk about politics. Most importantly, when the frequency of

informal political talk increases, the difference in learning between those with high and low news media use gradually disappears” (Andersen/Hopmann 2018: 12).

⁶⁷ Von Angebot und Nachfrage ist hier in einem eher umgangssprachlichen Sinne die Rede. Analogien zur nachfrage- und angebotsorientierten Wirtschaftspolitik sind nicht beabsichtigt.

⁶⁸ In den USA gibt es in den Gliedstaaten neben den bei uns bekannten Wahlen zahlreiche Gremien und Funktionen, deren Besetzung durch Wahlen entschieden wird (etwa School-Boards oder die Leitung von Polizeibehörden).

⁶⁹ „The data suggest that young people are willing to engage politically but are turned off by the focus and nature of existing mainstream political discourse and practice, which many believe excludes them and ignores their needs and interests. Contrary to the assumptions of the disaffected and apathetic citizen approach, there is a strong desire among many young Europeans to participate in democratic life, but this desire is not met by existing democratic institutions and discourses” (Cammaerts et al. 2014: 645).

⁷⁰ Die Studie diagnostiziert einen „mismatch between young people’s hopes for democracy and the way these are being addressed (or not) by politicians. Anyone who thinks that the low turnout of young voters is due to young people being too lazy or too selfish to go to the polling station is grossly mischaracterizing the immense political appetite of European youth. However, at the same time, the overwhelming message that young people delivered to us was ‘We want to and are excited to vote, but you need to treat us seriously and like intelligent people’” (Cammaerts et al. 2014: 661).

⁷¹ „Youthquake elections’ are ones in which dramatic changes in how many young people vote, who they vote for and how active they are in the campaign have, quite literally, shaken up the status quo” (Sloam/Henn 2019: 8).

⁷² „Young people increasingly engage in politics on a case-by-case basis, when an issue is relevant to their everyday life” (Sloam/Henn 2019: 6).

⁷³ „Als die ‚Klimajugend‘ oder ‚Generation Fridays-for-Future‘ werden junge Menschen heutzutage öfter beschrieben, unter anderem deshalb, weil das Thema Klima seit Jahren regelmäßig bei ihnen an der Spitze der Liste ihrer wichtigsten politischen Probleme steht“ (Hübner et al. 2022: 27). Dies bestätigt auch eine Studie der Bertelsmann Stiftung (Bertelsmann Stiftung/Kantar Public 2022).

⁷⁴ „Zu den anderen Themen, die jungen Menschen im Wahlkampf 2021 wichtig waren, gehörten Corona und die Auswirkungen der Pandemie (nannte immerhin jede_r Fünfte), soziale Fragen zu Gerechtigkeit und Armut sowie zum Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich (sagten ebenso knapp 20 Prozent der 16- bis 29-Jährigen). Jede_r Sechste nannte zudem Sorgen um den Zustand der Demokratie in Deutschland, die die neue Regierung dringend angehen sollte: Korruption und Lobbyismus, steigende Demokratieverdrossenheit sowie Links- und Rechtsextremismus“ (Hübner et al. 2022: 28).

⁷⁵ „Als Partei konnten die Grünen vor der Wahl zudem viel Aufmerksamkeit unter jungen Menschen auf sich ziehen. Erstmals seit 2017 erzeugten die Grünen im Wahlkampf ebenso viel Aufmerksamkeit unter jungen Menschen wie die SPD und die Union und sie traten besonders häufig mit jungen Wähler*innen in Kontakt, zum Beispiel direkt oder durch den Versand von Informationsmaterial“ (Hübner et al. 2022: 22).

⁷⁶ Das vom Bundesministerium des Innern zunächst geförderte Pilotprojekt „Wahlscouts“ wurde 2021 wegen rechtlicher Bedenken des Ministeriums abgebrochen.

⁷⁷ „Political campaigns, in particular, are poorly suited for mobilizing young voters. The operational time frame is short, so low contact rates are a major frustration. Also, young people do not have significant income and therefore do not make campaign contributions. And while they often adopt the same political leanings as their parents, young voters are as not as steadfast in their preferences as older voters. The high rate of abstention and lack of alternative benefits affords political parties and campaigns little reason to court the young voter” (Nickerson 2006: 64).

⁷⁸ „It is generally assumed that mobilizing young voters is infeasible. This belief can be broken into two separate questions: (1) Are young people responsive to Get Out The Vote appeals? (2) Is it possible to deliver the message to the intended audience? By pooling together the results of six GOTV field experiments, this paper demonstrates that young voters are equally responsive to blandishments to vote as mature voters, but that they are roughly three times more difficult to contact” (Nickerson 2006: 47).

⁷⁹ „The correct strategy may be to let the young people come to the mobilization message rather than vice versa” (Nickerson 2006: 63).

⁸⁰ „Door-to-door canvassing by enthusiastic volunteers is the gold-standard mobilization tactic; chatty, unhurried phone calls seem to work well, too” (Green/Gerber 2019: 9).

⁸¹ „While not shifting political opinions in favor of one candidate, participation in the event raised students’ self-reported voter registration, their intentions to go to the polls, and their vote certainty. In addition, the festival left students feeling better informed about issues and candidates and raised their community-related political involvement” (Ohme et al. 2020: 891).

⁸² „However, event participation does not always affect politically relevant outcomes in a significant way: Feldman and colleagues (2007) showed that students participating in the Student Voices program in the U.S. increased in their political interest after interacting with a political candidate, but only marginally and inconsistently across semesters. These results stress that while the lasting impact of singular events may be limited, they may still foster shortterm engagement such as going to the polls” (Ohme et al. 2020: 891).

⁸³ „One does get the impression that the current generation of adolescents is not equally convinced that they should have the right to vote” (Okolikj/Hooghe 2022: 15).

⁸⁴ Ausführlicher in Roth 2023: 33–40.

⁸⁵ Maßstab für die Nutzung von GOTV-Methoden sollten solche längerfristig wirksamen Impulse sein: „Only if young citizens become more interested in politics and feel more capable of acting politically in the beginning of their political life, longer lasting effects on their development as citizens can be established. ... Being politically knowledgeable, interested, and feeling politically efficacious can be important preconditions for a political action such as voting” (Ohme et al. 2020: 890).

⁸⁶ „Participating in school lessons about the election is partly responsible for an increase in political interest and external efficacy throughout campaign time” (897) ... „We found that civic education in schools and universities plays a particular important role in fostering political engagement of young voters over time. Discussing the election in a classroom setting or employing practical ways of demonstrating the importance of politics to students are promising ways for increasing young citizens’ political interest: Students that reported a higher level of political interest after Election Day were also the ones who participated in more school lessons dedicated to the election. While this result is in line with a large body of research highlighting the importance of civic education, it should be noted that high levels of confrontation with political topics in school may also bore students and thereby have a reversed effect. However, in our case, we see that civic education can increase political interest and – to a certain extent – external political efficacy among students” (Ohme et al. 2020: 898).

⁸⁷ „Overall, we find no clear positive relationship between higher exposure to social media campaign content and political engagement. Following the campaign on social media does not show any significantly positive relationship to political engagement variables, whereas following the campaign on Instagram seems even to be negatively related to political interest. ... In sum, receiving information from a campaign’s social media presence does not automatically translate into higher levels of political engagement” (Ohme et al. 2020: 897). Es zeigen sich sogar negative Effekte: „Active engagement with campaign content on social media platforms does not increase young citizens’ political engagement. On the contrary: A strong negative relationship between active engagement with content on Snapchat (i.e. sharing or reacting to it) and political interest is found” (Ohme et al. 2020: 897).

⁸⁸ Ausführlicher in Roth 2023: 22–33.

⁸⁹ Für den Antrag haben in einer ersten Phase bis Anfang Oktober 2023 mehr als 25.000 Wahlberechtigte in Bayern gestimmt. In einer zweiten Phase müssen innerhalb von 14 Tagen zehn Prozent der Wahlberechtigten (insgesamt 950.000 Menschen) das Volksbegehren unterstützen. Schließlich hängt es vom Bayerischen Landtag ab, ob die einfache Mehrheit oder ein bestimmtes Quorum für den Volksentscheid zur Senkung des Wahlalters erforderlich ist.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
bertelsmann-stiftung.de

Sigrid Meinhold-Henschel
Senior Project Manager
Demokratie und Zusammenhalt
Telefon +49 5241 81-81252
s.meinhold-henschel@bertelsmann-stiftung.de

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/engagement-junger-menschen-fuer-demokratie>